



IM DIALOG MIT
CHRISTEN WELTWEIT

3 | VORWORT

4 | EINLEITUNG

- *Christliche Werte in der deutschen Politik* 5
- *Christliche Werte in der internationalen
Zusammenarbeit* 8

14 | GLOBALES SCHWERPUNKTTHEMA

Für den Schutz bedrohter Christen weltweit

16 | AKTIVITÄTEN IM AUSLAND – DIE KAS VOR ORT

EUROPA

- *Brüssel* 18
- *Rom* 19
- *Polen* 22
- *Tschechische Republik und Slowakische Republik* . . 24
- *Russland* 26
- *Ukraine* 28
- *Weißrussland und Baltische Staaten* 30
- *Rumänien und Bulgarien* 32
- *Serbien, Montenegro und Kosovo* 35
- *Bosnien und Herzegowina* 37
- *Mazedonien und Kroatien* 40

Überregionale Maßnahmen:

- *Soziallehre der orthodoxen Kirchen* 42
- *Soziale Seminare für Südosteuropa* 43

44 | SÜDKAUKASUS

46 | DER NAHE OSTEN UND NORDAFRIKA

50 | SUBSAHARA-AFRIKA

54 | ASIEN

58 | USA

60 | LATEINAMERIKA

72 | AKTIVITÄTEN IM INLAND – FÜR DAS AUSLAND

75 | ANHANG

Ausgewählte Veröffentlichungen zum Thema

ALS CHRISTEN – IM DIALOG MIT CHRISTEN

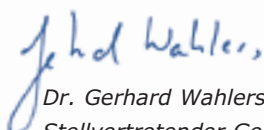
Jedes Handeln ist wertegeleitet. Erst der Bezug auf handlungsleitende Werte ermöglicht das Treffen und Begründen von Entscheidungen. Dies gilt auch und vor allem für die Politik: Politik ist ohne Werte nicht möglich. Sie muss um ihre Werte wissen, sie vermitteln können, deren Quellen kennen. Politik muss sich legitimieren lassen.

Auch ethisch – davon sind wir überzeugt. Als eine Deutsche Politische Stiftung, die den Leitlinien christlich-demokratischer Politik folgt, ist die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Hieraus leitet sie ihre Grundwerte ab: Freiheit und Gerechtigkeit, Menschenwürde und Menschenrechte, Solidarität und Subsidiarität, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Christliche Werte sind für die Stiftungsarbeit, sind für eine Politik aus christlicher Verantwortung Grundlage und Kompass zugleich.

Dies verbindet uns mit zentralen Anliegen der christlichen Kirchen. Als politisch ausgerichtete Stiftung geht es uns dabei aber nicht um einen theologischen Diskurs. Uns geht es um die politische und gesellschaftliche Orientierungsfunktion, die der Religion zukommt. Denn Religion bestimmt nicht nur Denkweisen und Weltbilder, sondern auch Rechts- und Ordnungsvorstellungen. Kirchen und Religionsgemeinschaften haben in einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft ein erhebliches Gestaltungspotential. Darüber suchen wir das Gespräch mit ihnen.

Den gesellschaftspolitischen Dialog mit Glaubensvertretern führen wir im Inland, wenn es um die Gestaltung deutscher Politik geht, von Berlin und von zahlreichen Bildungswerken aus. Wir führen ihn aber ebenso im Ausland, in mehr als 70 Ländern, in denen die KAS vertreten ist – und darum soll es in dieser Broschüre gehen. Im internationalen Kontext gilt die Herausforderung umso mehr, die eigenen Werte reflektieren zu müssen: über deren Universalität besteht ja kein weltweiter Konsens. Zudem ist deren Verständnis fortwährend im Wandel begriffen. Heute in besonderem Maße durch die Folgen der Globalisierung, durch die Zunahme der Vernetzung und des Austauschs von Wertvorstellungen, der Begegnung mit anderen Kulturen und Weltanschauungen. Dies erzeugt Orientierungsbedarf und verlangt nach einer beständigen inhaltlichen Klärung dessen, was unsere Richtschnur ausmacht und unser Handeln fundiert.

Für eine Stiftung, deren internationale Zusammenarbeit sich als wertegeleitet versteht, ist der Dialog hierüber unverzichtbar. Dies mit Blick auf die konkreten gesellschaftlichen und politischen Anliegen, um die es uns geht. Welches diese Anliegen sind, wo wir uns dafür einsetzen und wie wir das tun – darüber wollen Ihnen die folgenden Seiten einen Eindruck verschaffen. Über den weltweiten Dialog, den wir mit Muslimen und Juden führen, informieren Sie zwei weitere Broschüren, zu denen Sie im Anhang weitere Informationen finden. Nun kommt der dritte Band hinzu: Nach einem kurzen Einblick in das Engagement der KAS für christliche Werte in der deutschen Gesellschaft und Politik laden wir Sie ein, sich auf eine grenzüberschreitende Lektüre zu begeben: über den Dialog der KAS mit Christen weltweit.



Dr. Gerhard Wahlers

Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

FÜR EINE POLITIK AUS CHRISTLICHER VERANTWORTUNG

„Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgt auf christlich-demokratischer Grundlage ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke“. So knapp ist in der Satzung der Stiftung formuliert, was sie im Innersten zusammenhält: das christliche Menschenbild und die christlich-demokratischen Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Um den Grundimpuls christlich-demokratischen Denkens und christlich-demokratischer Politik zu verstehen, lohnt sich ein Rückblick in die Reden des damals ersten Vorsitzenden der CDU in der Britischen Zone, Konrad Adenauer. Der spätere Bundeskanzler hat schon 1946 in einer Reihe von Grundsatzreden seine politischen Standpunkte und Leitmotive erläutert. Die dort geäußerten Gedanken sind die Essenz christlich-demokratischen Denkens, vertieft und verstärkt durch die traumatische Erfahrung des Zweiten Weltkrieges.

Konrad Adenauer war davon überzeugt, dass das deutsche Volk schon vor der Zeit des Nationalsozialismus an einer „falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson“ gekrankt habe: „Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert hat es diesem Götzen geopfert.“ Diese Staatsüberhöhung, der totalitäre Kollektivismus sei das Verhängnis der deutschen Geschichte. Daraus zog Adenauer Schlüsse, die zwar nicht neu, aber in ihrer politischen Wirkungsmacht einzigartig sind.



Das „C“ als Kompass: Was leistet die christliche Wertegrundlage als Wegweiser für die Politik von heute? Dazu hat die KAS aus Anlass des 2. Ökumenischen Kirchentags in München 2010 den Sammelband „Damit ihr Hoffnung habt: Politik im Zeichen des ‚C‘“ herausgebracht. Neben einem Geleitwort von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem Vorsitzenden der KAS und Herausgeber des Bandes, Dr. Hans-Gert Pötering (im Bild), geben namhafte Kirchenvertreter und Politiker hierauf eine Antwort: darunter Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lamert, Volker Kauder, Hermann Gröhe, Dr. Wolfgang Schäuble, Prof. Dr. Annette Schavan, Dr. Thomas de Maizière und viele andere. Für verschiedene Themenbereiche erörtern sie Ausrichtung und Auswirkungen einer dem „C“ verpflichteten konkreten Politik.

„Die menschliche Person hat eine einzigartige Würde“

In der Kölner Grundsatzrede formuliert Adenauer diese wie folgt: „Wir wollen die Grundsätze des christlichen Naturrechts wiederherstellen. Nach der dem Programm der CDU zugrunde liegenden Auffassung ist die Person dem Dasein und dem Range nach vor dem Staat. An ihrer Würde, Freiheit und Selbständigkeit findet die Macht des Staates sowohl ihre Grenze als auch ihre Orientierung. Freiheit der Person ist nicht Schrankenlosigkeit und Willkür, sie verpflichtet jeden eingedenk zu sein der Verantwortung, die jeder einzelne für seine Mitmenschen und für das ganze Volk trägt. Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes Menschen ist unersetzlich.“

Die Strahlkraft des „C“ lässt sich also auf folgende Elemente zurückführen:

- die Verwurzelung der Akteure im Nährboden der christlichen Lebensführung, in den christlichen Begriffen und Festen, in den Verbänden und Institutionen
- ihr Bemühen, politische Entscheidungen auch ethisch zu begründen
- die Prägung der Programmatik durch eine Synthese von Personalismus und christlicher Sozialethik
- die daraus folgende enge Zusammenarbeit von politischen und kirchlichen Vertretern, in dem Wissen und Vertrauen, dass ein Dialog für beide Seiten eine Bereicherung und ein Gewinn sei.



*„Das Christliche ist der Leitmaßstab für all das, was wir tun.“
(Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei dem gemeinsamen Empfang der Konrad-Adenauer- und Hanns-Seidel-Stiftung beim Ökumenischen Kirchentag in München 2010)*

Ein Weiteres kommt hinzu: Aus dem Versagen der konfessionell geprägten Parteien in der Weimarer Republik wurde der Schluss gezogen, dass eine Politik des „C“ nicht ohne das „U“, also der Union von katholischen und evangelischen Christen, wirksam sein kann. Trotz der historisch bedingten Fremdheit und natürlich nicht ohne zeitweilige Irritationen haben sich Christen beider Konfessionen auf den Weg begeben, aus dem sie einigenden Geist Politik zu gestalten.

Seitdem konnte das christlich-demokratische Denken trotz mancherlei Veränderungen neue politisch-gesellschaftliche Herausforderungen in sich aufnehmen und fruchtbar machen. Vieles, was für das Werden der Bundesrepublik prägend wurde – Soziale Marktwirtschaft, Europäische Einigung, Aussöhnung mit Israel, Verankerung in der westlichen Wertegemeinschaft, später Umweltpolitik und Integration von Migranten – steht in einem organischen Verhältnis zum Wesen und Überzeugungskern des „C“. Es stellt zugleich die Agenda des Wirkens der Konrad-Adenauer-Stiftung dar.

FÜR EINEN DIALOG MIT DEN KIRCHEN

Vor diesem Hintergrund hat der lebendige Austausch mit Vertretern der Kirchen seinen unverrückbaren Platz. Nur in gegenseitigem Interesse aneinander kann Politik aus christlicher Verantwortung, will sie denn diesem Anspruch gerecht werden, eine lebendige Entwicklung nehmen. Der geistige Zusammenhalt zwischen dem politischen und dem kirchlichen Bereich ist eine Grundbedingung der Christlichen Demokratie.

Für die KAS, die sich diesen Grundbedingungen und dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlt, bedeutet das zweierlei: Zum einen, ihre Arbeit an den aus christlicher Motivation gewonnenen Grundwerten und den Grundpfeilern christlich-demokratischer Politik auszurichten. Zum anderen, ein Forum zu bieten für deren Reflexion – für Wertedebatten der Christdemokraten untereinander wie mit den Kirchen.

I. CHRISTLICHE WERTE IN DER DEUTSCHEN POLITIK

EINE BLEIBENDE VERMITTLUNGSAUFGABE

Christliche Werte in die Politik zu integrieren ist eine Vermittlungsaufgabe der KAS. Diese Aufgabe ist aktueller denn je: Die Säkularisierungsthese, dass Moderne und Religion nicht kompatibel seien, hat sich als überholt erwiesen. Religion ist aus modernen Gesellschaften nicht verschwunden, sie zeigt sich nur in vielfältigerer Gestalt. Für die Politik bleibt es wichtig, sich mit der gesellschaftlichen Dimension von Religion zu beschäftigen und zu untersuchen, welche Bedeutung sie für den Zusammenhalt der Menschen hat.

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Gesellschaft massiv verändert: konfessionell geschlossene Milieus haben sich meistens aufgelöst, die Bindungen des Einzelnen an die Amtskirchen gelockert. Im Vergleich zu den 50er Jahren gehören nur noch etwa 60 Prozent der Bevölkerung den großen christlichen Kirchen an, in Ostdeutschland ist eine weitgehende Entfremdung gegenüber dem christlichen Glauben festzustellen. Gleichzeitig befürworteten aber nicht wenige, dass christliche Werte in der Politik eine Rolle spielen sollten, teilweise auch deshalb, weil sie darin ein Korrektiv gegenüber fehlgeleiteten Entwicklungen vermuten.

Diese auf den ersten Blick widersprüchliche Situation wird noch dadurch verkompliziert, dass das Wissen um die Fundamente der spezifisch christlichen Impulse nicht zuletzt auch wegen der schwindenden Verwurzelung in christlichen Verbänden und Gemeinschaften immer mehr verblasst. Daher ist es eine Aufgabe, die Grundlagen, die die evangelische Sozialethik und die katholische Soziallehre zur Beurteilung gesellschaftlicher Problemstellungen bieten, aufzuarbeiten und für die Politik verwertbar zu machen.

SOZIALETHIK NEU DENKEN –

– dies ist ein Kernanliegen der KAS. Dazu hat sie einen Gesprächskreis von vierzehn führenden evangelischen und katholischen Sozialethikern ins Leben gerufen. Schon die ökumenische Zusammensetzung war ein Experiment, da es eine Zusammenarbeit über die Konfessionsgrenzen hinweg bisher so nicht gegeben hatte. Ihr erstes großes Projekt war eine Stellungnahme zu politischen Auswirkungen der Idee



der Menschenwürde. Unter dem Titel „Im Zentrum: Menschenwürde“ ist ein Grundlagentext entstanden, der die Menschenwürde als ethisches Leitprinzip herausarbeitet – mit dem Ziel, auf der Basis christlicher Ethik in einer pluralistischen Gesellschaft Orientierung zu bieten. Vor allem die konkreten Folgerungen aus dem Gedanken der Menschen-

würde tragen zu einem soliden Fundament politischen Handelns bei. Das Ergebnis hat eine große Resonanz erfahren. Sie spiegelt sich unter anderem darin, dass der Text inzwischen in zahlreiche Sprachen übersetzt worden ist. Vor allem in osteuropäischen Ländern ist das Dokument sehr nachgefragt, da seine Grundgedanken beim Aufbau demokratischer Gesellschaften in den Transformationsländern eine wertvolle Anregung bieten.

Die Veröffentlichung wurde begleitet von einer Reihe von Veranstaltungen und weiteren Publikationen. Die Aufmerksamkeit richtete sich zunächst auf die Begründung der Menschenrechte. Ein erstes Symposium forschte interdisziplinär, ob und unter welchen Voraussetzungen von Staaten mit anderer historischer, kultureller oder religiöser Prägung als der unsrigen erwartet werden kann, die Menschenwürde und die Menschenrechte in ihrer jeweiligen Rechtsordnung zu verankern und zu respektieren. Ein zweites Symposium untersuchte, ob und inwiefern sich grundsätzlich für Menschenwürde und Menschenrechte Begründungen finden lassen, die kulturübergreifend – und somit universal – akzeptiert werden können. Die Ergebnisse beider Tagungen wurden dokumentiert und veröffentlicht.

POLITISCHER IMPULS: CHRISTLICHE SOZIALETHIK UND CDU-PROGRAMMATIK

Direkte politische Anregung gab der Band „Im Zentrum: Der Mensch“. Hier zogen Politiker und Wissenschaftler von ihrer christlichen Wertebasis aus konkrete Schlüsse daraus, was es bedeutet, den Menschen mit seiner unantastbaren Würde in den Mittelpunkt allen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Handelns zu stellen.

Unter dem Motto „Christ-Sein in der Politik“ wurde zudem grundsätzlichen politischen Gestaltungsmöglichkeiten aus christlicher Motivation heraus nachgegangen. So wurde der Zusammenhang von Gewissen und politischer Macht, die Idee der solidarischen Leistungsgesellschaft mit ihren Grundpfeilern Subsidiarität, Solidarität

und Personalität ebenso behandelt wie die christlichen Prägungen des modernen Verfassungsstaates.

Auch die Reihe „Sozialethik konkret“ liefert ein sozia-

ethisches, wissenschaftliches Fundament, um politische Sachverhalte beurteilen zu können. Gemeinsam mit den Katholischen Akademien in Essen und Münster wendet sich die Konrad-Adenauer-Stiftung konkreten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartfragen zu. Bei der interdisziplinär angelegten Tagungsreihe standen bisher Fragen der Bildung und Bildungsgerechtigkeit, der Globalisierung und globalen Gerechtigkeit sowie die gerechte Gestaltung der EU-Erweiterung im Mittelpunkt.

VERMITTLUNG ZWISCHEN POLITIK UND KIRCHE

Auch Stellungnahmen und Denkschriften der Kirchen werden von der KAS aufgenommen und für die politische Diskussion fruchtbar gemacht. So wurde etwa der Impulstext der Deutschen Bischofskonferenz „Das Soziale neu denken“ von 2003 kommentiert. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Verlautbarungen des Papstes. Die Enzykliken „Spe salvi“ (2007) und „Caritas in veritate“ (2009) wurden vor allem im Hinblick auf ihr reichhaltiges Potential für eine aktive Gestaltung der Gesellschaft analysiert. Wie die Sozialenzyklika von 2009 nimmt auch der zeitnah erschienene EKD-Text „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise Stellung und konfrontiert die politische Wirklichkeit mit ethischen Maßstäben. Die Argumentation und sozialpolitischen Forderungen beider Kirchen sind einander ähnlich. Dies unterstreicht ihre Glaubwürdigkeit als Gesprächspartner für die Politik.

Die wissenschaftlich ausgerichteten Stellungnahmen und Tagungen reichen aber allein nicht aus, um das Gespräch zwischen Politikern und Kirchenvertretern aufrechtzuerhalten. Die KAS beteiligt sich deshalb auch an den Kirchen- und Katholikentagen, die katholische und evangelische Laien in verschiedenen deutschen Städten veranstalten. Diese bieten die Gelegenheit, politische Themen einer kirchlich geprägten Öffentlichkeit nahezubringen. Die KAS nimmt diese Möglichkeit wahr und lädt auch selbst zu Veranstaltungen ein, bei denen die vom Kirchentag jeweils aufgeworfenen Fragen diskutiert werden können.



Michael Thielen, Generalsekretär der KAS, bei der Diskussion über die Einführung des Wahlpflichtbereichs „Religion/Ethik“ in Berlin 2009

IM SPANNUNGSFELD VON KIRCHE UND POLITIK

Ein wichtiges, immer wiederkehrendes Thema ist dabei die Spannung zwischen Kirche und Politik. Zwar sorgen sich Kirche und Politik beide um das Wohl der Menschen, aber mit verschiedenem Impetus und in unterschiedlichen Bereichen. Während Kirchen ihrem Anspruch folgen, grundlegende Wahrheiten zu verkünden, müssen Politiker die hieraus resultierenden Forderungen im konkreten, politischen Alltag umsetzen und tragfähige Kompromisse finden. Mangelndes Einfühlungsvermögen und Verständnis für die Position des jeweils anderen ist gelegentlich die Folge. Diese will die KAS mit Gesprächsangeboten überwinden helfen. Ihre Angebote zum Dialog beschränken sich daher nicht auf die Kirchentage, sondern finden regelmäßig auf verschiedenen Ebenen während des gesamten Jahres statt. Sie versuchen, Vertrauen aufzubauen, um Schwierigkeiten und Missverständnisse aufzudecken und auszuräumen.

HERAUSFORDERUNGEN UND THEMEN

Beispiele für Auseinandersetzungen finden sich etwa im Bereich der Bioethik, bei Fragen zu Anfang und Ende menschlichen Lebens. In den vergangenen Jahren hat sich die Diskussion insbesondere an der Stammzellenforschung und Patientenverfügung entzündet, aber auch an den Wegen einer zukunftsweisenden Familienpolitik. Oft fühlen sich christliche Politiker und Politikerinnen in ihrem Bemühen um tragfähige Kompromisse von ihren Kirchen nicht ausreichend gestützt und gewürdigt. Um eine solide Gesprächsgrundlage zu ermöglichen, hat die KAS diverse Publikationen herausgebracht, wie etwa „Herausforderungen der Bioethik“, die über den Stand der aktuellen Debatte informieren.

Die Gesprächsbereitschaft gilt auch gegenüber einzelnen christlichen Gemeinschaften wie der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA), mit der die KAS einmal jährlich eine gemeinsame Konferenz unter dem Motto „Christ und Politik“ durchführt. Themen waren in den vergangenen Jahren eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit, Gerechtigkeitsvorstellungen im Sozialstaat und Generationengerechtigkeit.

*CDU-Generalsekretär
Hermann Gröhe bei der
KAS-Veranstaltung „Christ
und Politik“, Berlin 2009*



Auch umstrittene Themen wie etwa der Kreationismus werden aufgenommen, wie in dem Band „Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie“ nachzulesen ist.

Darüber hinaus nimmt die KAS auch an dem grundsätzlichen öffentlichen Diskurs um das Verhältnis von Werten, Religion und Kirche teil. Die Reihe „Religion im Gespräch“ greift Themen auf, die die Menschen in einer immer vielfältiger werdenden religiösen Landschaft bewegen. Zum Beispiel die Rolle der „Aufklärung“ in den Religionen mit Blick auf die weltweit steigenden fundamentalistischen Tendenzen. Oder das Thema „Individualität und religiöse Werte“, das keinen Rückgang, sondern eine Rückkehr der – allerdings stark individualisierten – Religiosität aufzeigt. Auch in punktuelle, polarisierende Debatten bringt sich die KAS mit ein: Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung über die freie Wahl zwischen Ethik- und Religionsunterricht an Berliner Schulen informierte ein Abend über die jeweiligen Ziele und Inhalte beider Optionen und ihren Wert für das Zusammenleben in der multireligiösen Stadt.

„WERT-VOLLE“ POLITIK AUS CHRISTLICHER ÜBERZEUGUNG

Grundlegendes zum Thema „Religion und Glauben im 21. Jahrhundert“ erörterte eine gleichnamige Reihe in den Jahren 2005 und 2006. Die Kooperationsveranstaltung mit der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Robert Bosch Stiftung sowie dem Veranstaltungsforum der Verlagsgruppe Holtzbrinck und dem Info-Radio Berlin versammelte für fünf Podien Theologen, Philosophen, Historiker, Sozialwissenschaftler, Naturwissenschaftler und Politiker aus verschiedenen Ländern. Themen waren die vielfältigen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen Glaube und Wissen, das Spannungsverhältnis von politischem und religiösem Denken sowie das Thema „Zivilreligion“ und Integration. Auch die Identität Europas und die Rolle des „C“ in der europäischen Politik wurden thematisiert, ebenso wie die Beziehung zwischen Glaube und Werten oder das Verhältnis von christlicher Soziallehre und Wirtschaft in der modernen Gesellschaft.

All diese Themen sind auch Teil der politischen Bildung, welcher die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihren zahlreichen Bildungswerken in Deutschland in Podiumsdiskussionen, Seminaren und Workshops nachgeht. Mit ihren politischen Bildungsangeboten will die KAS Orientierung bieten und die Teilnehmer auskunftsfähig machen, worauf christliche Werte sich gründen und wie sie in das gesellschaftliche Zusammenleben eingebracht werden können. Ein starkes Wertebewusstsein soll der Anstoß hierfür sein.

II. CHRISTLICHE WERTE IN DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

EINE GLOBALE HERAUSFORDERUNG

Auch in ihrer internationalen Zusammenarbeit haben christliche Werte für die KAS eine Leitfunktion. Von ihren Vertretungen aus engagiert sie sich weltweit in über 100 Ländern vor Ort: auf der Basis dieser Werte für diese Werte. Dabei hängt es entscheidend von den kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen ab, in welcher Intensität oder Art und Weise der Dialog mit Christen geführt wird oder geführt werden kann. Nicht überall sind christliche Kirchen vertreten, nicht überall ist ein direkter Austausch ziel führend oder gar möglich. Dialog setzt Dialogbereitschaft voraus – auch der Umgebung: Ein Dialog der Werte ist nicht nur ein Dialog über Werte, sondern ist bereits ein Wert in sich selbst.

Globalisierungsprozesse verändern die Rahmenbedingungen für die Stiftungsarbeit zudem beständig. Doch gerade dadurch müssen wir uns immer wieder fragen: Welche Wertbindung ist in der internationalen Zusammenarbeit nötig, möglich und umsetzbar? Welche Geltung kommt ihr heute und in den kommenden Jahren zu? Der gesellschaftliche Wandel verlangt nach neuen Antworten auf immer komplexere Fragen. Er verlangt nach Wegmarken der Orientierung.

Diese sucht die KAS auch international mit christlichen Glaubensgemeinschaften gemeinsam und bringt deren Vertreter mit Entscheidungsträgern aus Politik und Gesellschaft ins Gespräch. Je nach Thema und Zielrichtung bindet die KAS dabei sowohl verschiedene christliche Konfessionen wie auch unterschiedliche Religionen ein und pflegt somit den interkonfessionellen wie interreligiösen Dialog.

Ihre thematischen Schwerpunkte sind:

INTEGRATION DURCH WERTEREFLEXION –

– ist ein Kernanliegen, das die KAS vor allem auf EU-Ebene verfolgt. Denn zur Reflexion über das christliche Erbe und dessen Verbindlichkeit im künftigen Europa gehören Fragen der Zuwanderung und Integration.

Das Europäische Projekt ist selbst ein „Integrationsprojekt“. Seit mehr als 30 Jahren erbringt Europa den Beweis dafür, dass Vielheit in der Einheit möglich ist und zeigt Wege auf, wie Integration funktionieren kann. Das Europäische Projekt ist ein Erfolgsprojekt – das aber beständig gepflegt werden muss. Zumal es auf zwei Weisen doppelt herausgefordert wird – durch neue Mitgliedsstaaten sowie durch Migration.

Migration: Öffnung und Verankerung

Zuwanderer bringen auch eigene Traditionen und Werte mit. Diese können eine Bereicherung sein, werfen aber auch Fragen auf, denen begegnet werden muss. Denn auf der Basis welcher Werte kann oder sollte Integration erfolgen? Eine Vielzahl von EU-Mitgliedsstaaten steht derzeit vor der Herausforderung, vor allem zugewanderte Muslime verstärkt gesellschaftlich und politisch einzubinden. Lösungsmöglichkeiten werden bislang auf nationaler Ebene gesucht und erprobt, da die EU keine Kompetenz zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften besitzt. Die KAS stellt den Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene her, um nationale Integrationsmodelle vergleichen und gegenseitige Erfahrungen austauschen zu können. Dabei bindet sie die Kirchen mit ein: denn Öffnung für den anderen, so die Überzeugung der KAS, kann nur auf der Basis einer Verankerung im Eigenen erfolgen. Das Ziel ist eine Zivilgesellschaft, die durchlässig ist und andere Gruppen integrieren kann – dies aber auf dem soliden Fundament einer Wertegemeinschaft, in der sie gleichwohl verwurzelt bleibt.

Ostintegration: „Das Christentum ist die gemeinsame Muttersprache Europas“

Im Zuge der Osterweiterung ist Integration ein wichtiges Thema mit Blick auf die neuen Mitgliedsstaaten. Sie erfordert eine Verständigung über die gemeinsamen Werte eines zusammenwachsenden Europa. Auf der Grundlage der Überzeugung, dass christliche Werte Ost und West verbinden, dass, um mit Papst Johannes Paul II. zu sprechen, das Christentum die „gemeinsame Muttersprache Europas“ ist, ist der Dialog zwischen Ost- und Westkirchen ein weiteres Anliegen der KAS.

Zwischen den Kirchen besteht zwar Einigkeit in vielen Fragen. Doch zu Fragen der Umsetzung in staatliches Handeln, der Nähe der Kirche zum Staat oder deren Trennung gibt es unterschiedliche Standpunkte – nicht nur zwischen orthodoxen oder römisch-katholischen Christen, sondern auch innerhalb der Konfessionen.

Die KAS setzt sich für die Vernetzung von christlich-demokratischen Politikern und Experten mit Vertretern aller christlichen Kirchen ein. So fand im August 2006 mit Unterstützung der KAS in Istanbul ein Gespräch zwischen dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I. und dem damaligen Generalsekretär der CDU, Ronald Pofalla MdB, statt (beide im Bild). An dem Austausch nahmen auch der Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz MdB, und führende Vertreter der EKD und der katholischen Kirche aus Deutschland teil.



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (r.), mit den Abgeordneten Dr. Andreas Schockenhoff und Ingrid Fischbach bei der Mexikanischen Bischofskonferenz im Sommer 2008

Die Trennlinien gehen quer durch die Rechtsordnungen der Länder Europas. Dies betrifft auch Fragen der Wirksamkeit und Verbindlichkeit im gesellschaftlichen Leben, der Zivilgesellschaft oder dem, was man als politische Kultur bezeichnet. Um Ost- und Westkirchen in ihrem Beitrag für eine konstruktive Entwicklung der Gesellschaft zu verbinden, fördert die KAS seit vielen Jahren diesen Dialog.

CHRISTLICHE WERTE IN DEN TRANSFORMATIONSLÄNDERN OSTEUROPAS

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs standen sowohl die Staaten als auch die Kirchen des ehemaligen Ostblocks vor einer Neustrukturierung. Die KAS sah und sieht dabei die christlichen Kirchen vor Ort als Partner im Transformationsprozess dieser Länder und unterstützt den gesellschaftspolitischen Austausch mit ihnen. Die Voraussetzungen sind dabei sehr unterschiedlich: Während etwa in Polen und in einigen orthodox geprägten Ländern die Bindekraft der christlichen Kirchen noch groß ist, zeigen sich andere – etwa Ungarn, die Tschechische Republik oder auch Bulgarien – stärker säkularisiert. Doch auch hier nehmen die Kirchen eine wichtige Rolle ein, denn gerade in den tiefgreifenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen bietet der Glaube vielen Menschen Halt und Orientierung. Im Kommunismus war es untersagt, sich offiziell zu seinem Glauben zu bekennen. Gleichzeitig wurde den Kirchen eine sinnstiftende Relevanz abgesprochen. Mit dem Fall der Mauer hat sich das geändert – die KAS begreift dies als Chance, christliche Werte zu stärken und die Kirchen zu motivieren und zu befähigen, das Sinnvakuum zu füllen, ihre neue Rolle in der Zivilgesellschaft aktiv zu ergreifen und zur Mitarbeit am Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft beizutragen.

ORTHODOXE SOZIALLEHRE: GRENZEN UND MÖGLICHKEITEN

Der Aufruf, sich in den Gestaltungsprozess mit einzubringen, ist vor allem in den orthodoxen Kirchen weniger verbreitet. Anders als im lateinischen Westen, wo sich die Kirchen über Jahrhunderte als eigenständige institutionelle und gesellschaftliche Kraft etablieren konnten, blieb die Orthodoxie der Staatsautorität untergeordnet. Die traditionsbedingt enge Verbindung zwischen Orthodoxie und Obrigkeit erklärt unter anderem die bislang geringe Offenheit für ein breites gesellschaftliches Handeln. Während zudem in der westlichen Christenheit der Auftrag an die Laien zum gesellschaftlichen und politischen Engagement weit verbreitet ist, liegt der Schwerpunkt in den orthodoxen Kirchen eher auf Spiritualität und Liturgie. Eines der Hauptanliegen, mit dem sich die KAS daher an die orthodoxen Kirchen wendet, ist, sie zu ermutigen, auch sozial-ethische Ansichten zu reflektieren und aus orthodoxer Sicht zu formulieren. Ein Thema, dem sich die Kirchen zu öffnen beginnen: Nach den Zeiten des Umbruchs und unter den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wächst auch bei ihnen das Bedürfnis, ihre Möglichkeiten in der entstehenden freiheitlichen Zivilgesellschaft neu zu definieren und Einflussbereiche geltend zu machen.

CHRISTLICHE SOZIALETHIK: FREIHEIT BRAUCHT ORDNUNG

Und Freiheit braucht Verantwortung. Die katholische Soziallehre bietet eine Möglichkeit, beides zusammenzusehen und einem Handeln aus christlicher Verantwortung den Weg zu weisen. Besonders in sozialen Fragen kann ihre Richtschnur eine wertvolle Hilfe sein: Sie nimmt den Menschen als Ganzen in den Blick – in seiner Freiheit wie als Teil einer sozialen Ordnung. Die Bekanntmachung und Verbreitung der katholischen Soziallehre ist ein Anliegen der internationalen Stiftungsarbeit vor allem dort, wo soziale Probleme besonders virulent erscheinen: In Afrika und Lateinamerika ist die wachsende Armut und Ungleichheit eine der größten nicht nur humanitären und pastoralen,

sondern auch politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Zeit. Der Zusammenhang zwischen Armut, Demokratiemüdigkeit und Populismusanfälligkeit ist vielerorts deutlich und erfordert nicht nur materielle, sondern vor allem auch strukturelle Lösungen. Vor diesem Hintergrund arbeitet die KAS auf beiden Kontinenten sehr eng mit den Kirchen zusammen, um mithilfe der christlichen Soziallehre auf Lösungsmöglichkeiten hinzuweisen. Ihr Ansatz lautet dabei: Die beste Sozialpolitik ist Bildungspolitik. So richtet sich die KAS vor allem an kommende Eliten und künftige Entscheidungsträger, um sie für die Bedeutung sozialer Verantwortung zu gewinnen und sie zu einem stärker wertebasierten Handeln anzuleiten. Armut ist die größte Anfrage an den sozialen Auftrag der Kirche. Die KAS unterstützt die Kirchen dabei, dieser Herausforderung zu begegnen.

CHRISTLICHE WERTE IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Neben sozialen sind nicht zuletzt auch entwicklungspolitische Fragestellungen – Entwicklungsmodelle, soziale Gerechtigkeit – der Ausgangspunkt einer Zusammenarbeit der KAS mit den Kirchen. Entwicklungspolitik ist aus Sicht der KAS immer auch wertegeleitet und verfolgt nicht nur ökonomische Ziele. Dies setzt eine Reflexion über die Paradigmen voraus, auf deren Grundlage eine Wertorientierung erfolgen kann: denn neue Akteure bestimmen die Entwicklungszusammenarbeit mit und machen Regeln geltend, in denen gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit oder die Einhaltung von Menschenrechten eine untergeordnete Rolle spielen. Es gilt, diese Werte zu verteidigen und angesichts der neuen Herausforderungen zu legitimieren. Auch hierbei sind die

Kirchen, sind engagierte Christen ein wertvoller Partner der KAS. Sie sind es darüber hinaus auch bei dem Aufbau menschenwürdiger Lebensbedingungen und Strukturen. Von einer Politischen Stiftung werden zwar keine Brunnen gebaut, wohl aber Rahmenbedingungen geschaffen, die dieses möglich machen. Hierzu arbeitet die KAS vor allem in Lateinamerika eng mit den kirchlichen Hilfswerken zusammen.

CHRISTLICHE WERTE IM INTERRELIGIÖSEN DIALOG

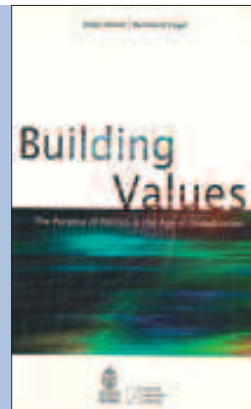
Ein Hauptanliegen der KAS ist nicht zuletzt der interreligiöse Dialog. Dieser hat viele Facetten und wird von der KAS mit unterschiedlichem Fokus geführt:

■ Vom Gegeneinander zum Miteinander

In einer Konflikt- oder Postkonfliktsituation ist der Aufbau friedensfördernder, stabiler Strukturen ein Hauptziel der Stiftungsarbeit. Prozesse der Wiedernäherung und Versöhnung sind hierfür Voraussetzungen, zu denen der interreligiöse Dialog wesentlich beitragen kann. Dies vor allem dort, wo Konflikte religiös bedingt oder entsprechend instrumentalisiert worden sind. Ein besseres wechselseitiges Verständnis der Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Vergleich gegenseitiger Bilder und die Korrektur von Fehlwahrnehmungen sind ein konkretes Ziel des Dialogs. Sie dienen primär der Aufklärung und Information, denn häufig ist Unkenntnis der fremden, aber auch der eigenen Religion Ursprung und Anlass für Missverständnisse, Vorurteile und Ablehnung. Der Abbau der Unwissenheit ist zudem ein wirksames Gegenmittel gegen Versuche der Fundamentalierung der Religion und ihrer Instrumentalisierung für andere Interessen.



Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit eine bedeutende Rolle spielen, diese jedoch häufig unterschätzt wird, organisierte die KAS zusammen mit dem Forschungsinstitut für Philosophie Hannover eine Konferenz zum Thema „Kirche und Zivilgesellschaft in Schwellenländern“. Anhand von vier „Ankerländern“ wurde exemplarisch der Einfluss christlicher Kirchen auf die politische Entwicklung und auf die Ausbildung einer aktiven Zivilgesellschaft analysiert. „Church and Civil Society“ dokumentiert die Ergebnisse.



„Werte schaffen. Vom Zweck der Politik in Zeiten der Globalisierung“: An ihrem 55. Gründungstag im Oktober 2006 hat sich die Fakultät für Sozialwissenschaften der Päpstlichen Universität Gregoriana gemeinsam mit der KAS diesem Thema gewidmet. Denn: Globalisierung verändert Werte. Doch können wir uns an den neuen Werten orientieren? Globalisierung schafft auch Werte. Aber mit welchem Wert? Autoren aus Kolumbien, Argentinien und Chile, aus Kenia, Sambia, Singapur und Südafrika, aus Deutschland und Italien suchen hier Antwort auf diese Frage.

Der sogenannte „Westliche Balkan“ etwa ist ein Beispiel dafür, wie in einem zunächst nicht religiösen Interessenskonflikt die Religion nach und nach vereinnahmt und missbraucht werden konnte. Religion ist hier meist auch ein nationales Unterscheidungs- und Identifikationsmerkmal. So sind Serben meist orthodox, Kroaten und Ungarn meist katholisch oder protestantisch, und wer dem Islam angehört, ist entweder Bosniake oder Albaner. Daher verstehen sich die Religionsgemeinschaften immer auch als Sachwalter nationaler Interessen, was aufgrund der jüngsten Konfliktvergangenheit nach wie vor zu Belastungen führt. Ein auf Versöhnung abzielender Dialog in der Gesamtregion kann nur funktionieren, wenn die Gesprächsfäden alle Religionen einbinden. Daher hat der Dialog, den die KAS hier mit den christlichen Kirchen führt, fast immer auch eine interreligiöse Komponente. Dies ist nur ein Beispiel für viele andere multiethnische Gesellschaften, in denen interreligiöse Aspekte eine Rolle spielen und die KAS tätig ist.

Religiöse Autoritäten genießen in vielen Ländern der Welt großes Ansehen, oft mehr als politische Führungskräfte. Daraus erwächst Verantwortung. Dort, wo das Vertrauen der Volksgruppen in die Politik durch Kriegserfahrungen oder Zwangsherrschaft erschüttert ist, umso mehr. Vor diesem Hintergrund führt die KAS den interreligiösen Dialog auch dort, wo Vertrauensbrüche und Spannungslinien nicht direkt zwischen den Ethnien oder Religionsgemeinschaften verlaufen. Auch hier versucht die KAS die Religionsgemeinschaften dazu zu ermutigen, ihr friedensförderndes Potential zu mobilisieren und ihren spezifischen Beitrag zu Versöhnung und Stabilität in der jeweiligen Region zu leisten. Dies auch, um Religion nicht nur als Quelle von Differenzen zu begreifen und damit als Teil des Problems, sondern sie als Teil der Lösung in die Pflicht zu nehmen. Gerade das Christentum bietet ein beachtliches Reservoir an Grundsätzen der Vergebung und Friedfertigkeit. Sich hierauf zu besinnen und zu einer auch bewusst gelebten und gepflegten Geisteshaltung zu gelangen, ist ein Anliegen der KAS. Ob auf dem Westlichen Balkan, im Südkaukasus oder in Afrika – der interreligiöse Dialog mobilisiert Energien für diese so notwendigen Prozesse und stärkt Respekt und Toleranz.

■ Vom Nebeneinander zum Miteinander

Interreligiös agiert die KAS auch in pluralistischen Gesellschaften, die nicht primär von Konflikten gezeichnet sind, aber der Verständigung der Religionen untereinander bedürfen – und zwar mit Blick auf

übergeordnete gemeinsame Anliegen. Denn der interreligiöse Dialog hat mehrere Ebenen. Das tagtägliche Zusammenleben etwa kann gut funktionieren und in verschiedener Intensität vonstatten gehen – unter gegenseitigem Austausch und Anteilnahme oder auch einfach nur reibungslos. Dennoch kann es zu Differenzen oder klärungsbedürftigen Situationen kommen. Oft sind es Fragen der gesetzlichen Stellung der Kirche im Staat oder der Gleichstellung mit anderen Glaubensgemeinschaften, die eine Quelle der Spannungen und Frustrationen im Alltag bilden. Den rechtlichen Status der Religionsgemeinschaften im Staat und zueinander regeln zu helfen, ist daher eines der konkreten Ziele des interreligiösen Dialogs der KAS. Auch mit Blick auf Sachthemen, die einem gemeinsamen Interesse entspringen (etwa soziale Verantwortung, Umweltschutz, Menschenrechte, gute Regierungsführung u.a.), kann es in heterogenen Gesellschaften sinnvoll sein, die Religionen und Konfessionen an einen Tisch zu bringen. Die KAS tut dies in der Hoffnung, dadurch auf die zweite Ebene interreligiöser Verständigung zu gelangen – zu einem tiefergehenden Dialog, der zu einem gemeinsamen Engagement und Taten führt: wenn Gläubige der verschiedenen Religionen sich auf gemeinsame Ziele nicht nur einig, sondern sich auch gemeinsam für sie einsetzen.

■ Beispielhaftes Miteinander

Ein solches „gelebtes Miteinander“ ist in einigen Ländern der Fall. Wo sich das Zusammenleben der Religionen exemplarisch zeigt, ist es das Ziel der KAS, dessen Modellcharakter hervorzuheben und auf seine Beispielhaftigkeit hin zu untersuchen. Auch dies mit Blick auf gesellschaftliche und politische Prozesse, die es durch Bündelung und Mobilisierung gemeinsamer Kräfte wertegeleitet zu gestalten gilt. Zeugnisse friedlichen Zusammenlebens können so gleichzeitig gestärkt und Gefährdungen rechtzeitig aufgespürt werden.

Auch für den interreligiösen Dialog kann die Herangehensweise der KAS mit dem Begriffspaar „Verankerung und Öffnung“ umschrieben werden – das Verbindende wie Trennende kennen und benennen, andere Traditionen respektieren, aber die Unterschiede nicht verschweigen. Die Verortung im Eigenen, hiervon ist die KAS überzeugt, ist die Basis der Begegnung mit dem Anderen. Denn jeder Weg – um von einem Gegen- oder Nebeneinander zu einem aktiven Miteinander zu gelangen – braucht nicht nur ein Ziel, sondern auch einen Ausgangspunkt.

Der interreligiöse Dialog stößt aber auch an Grenzen. Vor allem in der muslimischen Welt ist es nicht immer geboten, Christen oder Angehörige anderer Religionen in den Dialog mit einzubinden. Dies gilt für Bereiche des Nahen Ostens, aber auch für asiatische Länder, in denen der Islam die Religion der Mehrheit ist. Entsprechend richtet sich die KAS hier an Muslime, um sie für den Wert des Dialogs als solchen zu gewinnen. So ist es zum Beispiel im asiatisch-europäischen Wertedialog zeitweise gelungen, sich zum Thema „Weltreligionen und ihre gemeinsamen Werte“ zu verständigen. Denn auch in heterogenen Gesellschaften gilt es, ein ethisches Rüstzeug als Minimalkonsens zu formulieren, auf das sich die Traditionen einigen können.

CHRISTLICHE WERTE IM TRANSATLANTISCHEN DIALOG

Die Diskussion mit Partnern um Wertefragen und Gemeinsamkeiten hat auch eine transatlantische Dimension: in der Versöhnung mit der jüdischen Welt, der Aufarbeitung der Vergangenheit und der Erinnerungskultur. Dies allerdings nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Ländern, in denen sich jüdische Gemeinden befinden. In den USA pflegt die KAS außerdem den Kontakt zu Vertretern evangelikaler Gruppen, was dem Abbau von Vorurteilen, dem Auffinden verbindender Elemente und der Formulierung gemeinsamer Anliegen aus christlicher Verantwortung dient. Engagierte Christen in den USA haben zudem eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion und sind auch daher eine Zielgruppe der KAS.

CHRISTLICHE WERTE IN WACHSTUM UND WANDEL

Auch auf anderen Kontinenten zeigt sich das Christentum in durchaus vielfältigen Facetten. Während es in Europa nach wie vor überwiegend die „Amtskirchen“ sind, die es repräsentieren, wachsen in Lateinamerika, Afrika und auch Asien neue, dynamische Bewegungen heran. Das Christentum ist derzeit die am schnellsten wachsende Religion der Welt, allerdings in eine nicht immer erkennbare Richtung. Protestantisch-evangelikale, pfingstlerisch-charismatische, aber auch katholische Erneuerungsbewegungen gewinnen an Einfluss. In welcher Weise dies die christliche Landschaft und tradierten Kirchen, vor allem aber auch Politik und Gesellschaft herausfordern und verändern wird, ist eine noch offene Zukunftsfrage. Aufgrund der Heterogenität der Gruppen und deren unterschiedlicher Motivation führt die KAS nur punktuell den Dialog mit ihnen, verfolgt aber aufmerksam diese Entwicklung.


CHRISTLICHE WERTE – BEDROHT UND BEDRÄNGT

Das Christentum wächst nicht nur am schnellsten, es ist auch am stärksten bedroht. Christen sind derzeit die am meisten benachteiligte und diskriminierte Glaubensgemeinschaft. 80 Prozent aller religiös motivierten Übergriffe gelten nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte ihnen. Zwar sind Zahlen und Statistiken schwer zu ermitteln, doch kommt man um diese Feststellung nicht umhin: In vielen Ländern der Welt ist es gefährlich, sich zum christlichen Glauben zu bekennen. Berichte über massive Bedrohungen und Verfolgung von Christen, Beschädigungen und Zerstörungen von Kirchen nehmen zu. Schlagzeilen machen vor allem die Situation der Christen im Irak, aber auch Eskalationen in Indien oder Nigeria. Auch moderate Länder geraten in die Diskussion, etwa Ägypten oder die Türkei. Christliche Werte schützen zu helfen ist ein wichtiges Anliegen der KAS. Sie fragt dabei nicht nur nach Ursachen und Hintergründen, sondern vor allem auch nach politischen Lösungen: Welchen Beitrag zur Durchsetzung der Religionsfreiheit und zum Schutz der Christen kann die Politik leisten? Welchen Beitrag leisten die Kirchen selbst in der Verteidigung ihres Freiheitsrechts? Die Antworten auf diese Fragen sucht die KAS im Dialog mit den Kirchen: Der Einsatz für die Christen weltweit ist ein gemeinsames Anliegen. Es erfordert auch einen gemeinsamen Weg.

Die folgenden Seiten zeichnen den gemeinsamen Weg zwischen der KAS und den Kirchen nach – nicht nur in diesem, sondern auch in den zahlreichen anderen verbindenden Themen. Auf allen genannten Gebieten führt die KAS Maßnahmen durch, die hier exemplarisch vorgestellt werden. Dass Europa dabei die Hauptrolle spielt, ist evident und liegt in der Sache: In der europäischen Kultur- und Wertegemeinschaft gehören christliche Werte zum Selbstverständnis dazu.

Mit dem Dialog mit Christen betritt die KAS oft Neuland. In vielen Ländern wird die Zielgruppe der Glaubensgemeinschaften von internationalen weltlichen Akteuren kaum angesprochen. Sei es, weil das Potential nicht erkannt oder der Dialog als zu schwierig empfunden wird. In ihrer Arbeit mit Religionsvertretern, insbesondere mit den christlichen Kirchen übernimmt die KAS oft eine Vorreiterrolle. Vielerorts kommt ihr somit das zu, was man ein „Alleinstellungsmerkmal“ nennt. Es dient einer Politik am Maßstab des Menschen, aus ethischer Verantwortung und auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.

Denn das „C“ verpflichtet. Weltweit.

A close-up photograph of a hand holding a rosary. The hand is positioned at the top of the frame, with the thumb and index finger gripping the top of the chain. The rosary consists of a chain of small, dark beads, with a larger cross pendant hanging from the bottom. The background is a solid, light blue color. The lighting is soft, highlighting the texture of the hand and the metallic sheen of the chain.

„Für die Minderheitenkirchen ist es von großer Bedeutung, dass die Kirchen in Europa immer wieder das Signal aussenden: ‚Ihr seid nicht vergessen! Wir wissen um eure Lage. Wir bringen eure Sorgen auch bei uns zu Hause zu Gehör.‘ Das Eintreten für bedrängte Glaubensgeschwister ist eine Aufgabe aller Christen.“

Karl Kardinal Lehmann, Bischof von Mainz, zur Lage der christlichen Minderheiten bei der KAS-Veranstaltung „Glaubensfreiheit“ – Schutz der Christen in der islamischen Welt“ am 30. Oktober 2008 in Mainz.

FÜR DEN SCHUTZ BEDROHTER CHRISTEN WELTWEIT

ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

Artikel 18: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kult-handlungen zu bekennen.“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung teilt nicht nur christliche Werte, sie will sie auch schützen – und diejenigen Menschen, die dieser Werte wegen Repressalien erleiden oder bedroht werden.

Das Bekenntnis zum Christentum hat in vielen Ländern einen hohen Preis: Schikanen, Ausgrenzung, Bedrohung – bis hin zu Gewalttaten, Erpressung, Vertreibung oder sogar Mord. Brisant ist die Situation vor allem dort, wo der Islam sich radikalisiert und an Einfluss auf die Politik gewinnt: in Nigeria oder auf den Philippinen, in Somalia, Iran und Afghanistan, Pakistan oder Jemen, aber auch in Algerien und im Sudan, in Indonesien und jüngst in Malaysia, wo in einigen Bundesstaaten die Scharia besonders streng ausgelegt wird. Vom Irak, wo sunnitische Terrorgruppen gezielt Andersgläubige verfolgen, ganz zu schweigen. Blasphemie heißt einer der Hauptvorwürfe: Beleidigung der Grundwerte des Islam. Doch Blasphemie ist ein dehnbarer Begriff, der zu vielerlei Anklagen instrumentalisiert werden kann. Apostasie heißt der andere: Abfall vom Islam, was mit dem Tode bestraft werden kann. Dies ist die vielleicht größte Gefahr, denn die Konvertiten – Muslime, die zum Christentum konvertieren – sind oftmals gefährdeter als die traditionellen Christen.

Auch in nicht-islamischen Ländern sind Ausschreitungen gegen Christen zu beklagen, etwa durch radikale Hindus in Indien. Und Nordkorea, wo zehntausende Christen in Arbeitslagern inhaftiert sind, führt seit Jahren die Liste an. In anderen asiatischen Ländern fallen Repressalien weniger brutal aus, äußern sich aber durch Behinderungen im Alltag und in der Ausübung des Glaubens durch indirekten Druck und vielerlei bürokratische Hürden.

Die KAS hat diese Entwicklungen vor Ort im Blick und macht immer wieder darauf aufmerksam. Die deutsche und europäische Öffentlichkeit zu informieren und zu sensibilisieren, Bewusstsein und Wahrnehmung für die Problematik zu schärfen und, nicht zuletzt, Lösungen dafür zu finden, war das Anliegen mehrerer Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen. 2009 etwa wurde in Berlin das Thema „Christenverfolgung heute“ unter dem Aspekt der „Religionsfreiheit als Menschenrecht“ in einem grundsätzlichen Sinne diskutiert. Denn Religionsfreiheit ist nicht nur ein Gebot der Toleranz und Nächstenliebe: Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht. Sie ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in zahlreichen nationalen wie internationalen Menschenrechtsvereinbarungen festgehalten – etwa im UN-Zivilpakt und in der Europäischen Menschenrechtskonvention. In Deutschland ist sie im Grundgesetz verankert. In Artikel 4 heißt es: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltan-

Politik trifft Kirche:
Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Erika Steinbach MdB, und der Stellv. Fraktionsvorsitzende Arnold Vaatz MdB (oberes Bild) diskutieren mit dem Bevollmächtigten der EKD in Berlin, Prälat Dr. Bernhard Felmborg, und der Geschäftsführerin der deutschen Kommission Justitia et Pax, Gertrud Casel (unteres Bild), über Religionsfreiheit als Menschenrecht 2009 bei der KAS in Berlin.



Die Zusammenarbeit mit der AG Menschenrechte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der die weltweite Lage der Christen ebenfalls ein Kernanliegen ist, wird mit Gründung des „Stephanuskreises“ durch die Stellv. AG-Vorsitzenden Ute Granold MdB (Bild oben) zusätzlich intensiviert.

BEISPIEL IRAK

Die Lage der Christen im Irak war und ist dramatisch: Experten sprechen von der größten Flüchtlingskrise im Mittleren Osten seit 50 Jahren. Und doch hat das Schicksal der irakischen Flüchtlinge bei der Weltgemeinschaft bisher nur wenig Aufmerksamkeit gefunden. Die UN-Flüchtlingskommission (UNHCR) weist schon lange auf dieses Krisengebiet hin: 2007 belegte der Irak sowohl bei der Zahl der Flüchtlinge als auch der Binnenvertriebenen den zweiten Platz weltweit. 1,45 Mio. Iraker waren auf der Flucht und 1,83 Mio. Menschen innerhalb des Landes von ihrem ursprünglichen Wohnort vertrieben worden.

Unter den Angehörigen religiöser Minderheiten, die vor dem islamistischen Terror fliehen, sind Christen besonders betroffen. Von 2003 bis heute hat sich ihre Zahl im Irak von 1,2 Mio. mehr als halbiert. Vor allem im Süden des Landes und in Bagdad sind sie Anfeindungen und Gewalttaten ausgesetzt. Doch auch im vergleichsweise sicheren kurdischen Norden des Landes haben die Heimatlosen kaum eine Perspektive. Eine Rückkehr oder Wiedereingliederung ist problematisch, das Ende der jahrtausendealten christlichen Gemeinden im Irak zu befürchten.

Daher hat die Konrad-Adenauer-Stiftung sich dieses Themas angenommen und engagierte Politiker mit Kirchenvertretern aus Deutschland, dem Nahen Osten und der Türkei im Februar 2008 zu einer Podiumsdiskussion zusammengebracht. Besonders die syrischen Teilnehmer haben in ihrer Arbeit täglich mit flüchtigen Christen aus dem Irak zu tun und richteten eindringliche Appelle an die Menschen in Europa, hinzuschauen. Die Aufnahmekapazität für Christen im sichereren Norden des Landes sei erschöpft. Und in den benachbarten Zufluchtsländern – neben Syrien auch Jordanien und die Türkei – schwierig: Die Flüchtlinge bekommen keinen oder zu teuren Wohnraum, dürfen nicht arbeiten und haben kaum Zugang zu Schulen und Krankenhäusern. Sie werden nicht integriert oder müssen gar neue Repressalien erleiden: Sie kommen nicht in einer neuen Heimat an.

Dennoch waren sich die Teilnehmer einig: Die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa sei aus Solidarität und christlicher Barmherzigkeit geboten, könne und solle aber nur „ultima Ratio“ sein. Das Fundament der christlichen Gemeinden im Irak dürfe nicht aufgegeben und den Verursachern der Eindruck vermittelt werden, mit ihren Repressalien erfolgreich zu sein. Mit den Christen würde auch das Gleichgewicht der Religionen im Nahen Osten verschwinden. Auch daher sei es wichtig, die christliche Präsenz im Irak zu erhalten. Zusätzlich müssten die Länder unterstützt werden, welche Flüchtlinge aufnehmen, um dort eine bessere Behandlung gewährleisten zu können.

Mit all diesen Mitteln, so die gemeinsame Überzeugung, muss den irakischen Christen geholfen und der konkrete Weg dahin zum Gegenstand der politischen Debatte werden.

schaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich“. Und weiter: „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet“. Religionsfreiheit kann zudem als „Wahrzeichen einer demokratischen Gesellschaft“, als eine „Quelle gesellschaftlicher Stärke und Stabilität gelten“, so Madeleine Albright, US-Außenministerin a. D.

Was bei uns selbstverständlich ist, ist in vielen Teilen der Welt nicht gegeben. Glauben respektieren, ohne ihn teilen zu müssen – wie lassen sich Gesellschaften dazu bringen? Wie geht man mit denen um, die sich nicht daran halten? Unter dem Motto „Politik trifft Kirche“ brachte die KAS in Berlin engagierte Politiker mit Kirchenvertretern hierzu ins Gespräch – unter ihnen der Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz MdB und Erika Steinbach MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Fraktion, mit dem Bevollmächtigten des Rates der EKD in Berlin, Prälat Dr. Bernhard Felmborg, und Gertrud Casel, Geschäftsführerin der deutschen Kommission Justitia et Pax. Dr. Otmar Oehring, Leiter der Fachstelle Menschenrechte von „missio e. V.“, gab der Debatte ebenfalls wertvolle Impulse, wie auch Repräsentanten von Menschenrechtsorganisationen und Wissenschaftler. So forderte der Kirchenrechtler Gerhard Robbers, Professor an der Universität Trier, dazu auf, alle Religionen im Kampf für die Religionsfreiheit zu gewinnen: „Religionsfreiheit geht nicht gegen Religionen, sondern nur mit den Religionen“. Das sei eine internationale Herausforderung und verlange die Gründung von Institutionen, die sich auf interreligiöser Ebene für die Religionsfreiheit einsetzen.

Denn Religionsfreiheit ist mehr als ein Plädoyer für Toleranz. Sie ist ein Rechtsanspruch. Die Verfolgung von Christen ist ein drängendes – aber weitgehend verdrängtes Thema. Dies ins Bewusstsein zu rufen, ist und bleibt der Konrad-Adenauer-Stiftung ein wichtiges Anliegen. Mit Veranstaltungen zur Situation der Christen weltweit und menschenrechtlichen Verletzungen von Religionsfreiheit wird das Thema auch künftig auf der Agenda bleiben.



EUROPA – CHRISTLICHE WURZELN UND WERTEGEMEINSCHAFT

*„Die christdemokratische Vision Europas ist ein Europa der christlichen und humanistischen Werte, in dessen Zentrum der Schutz der Würde des Menschen steht.“
(Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Bild rechts)*

Was macht Europa zu Europa? Mit Blick auf die Osterweiterung der Europäischen Union hat eine in der Geschichte Europas einzigartige Debatte über das europäische Selbstverständnis stattgefunden. Eine Debatte, die mit Fragen wie nach dem „Gottesbezug“ in der Präambel der Europäischen Verfassung oder dem Beitrittsgesuch der Türkei immer neue Dimensionen erreicht hat und weiterhin erreicht. Denn was macht Europa aus? Geographisch ist es kaum festzulegen, da kontrovers beurteilt wird, wo die „Halbinsel Asiens“ aufhört und wo sie beginnt. Auch ethnisch ist kein gemeinsamer Nenner zu bestimmen, da hier unterschiedliche Völker und Sprachen in der Geschichte – mehr gegeneinander als miteinander – zu Hause waren. Was also stellt Einheit in der Vielheit her?

Für die Europäer der ersten Stunde – Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman – lautete die Antwort ohne Zweifel: Europa ist eine Wertegemeinschaft. Aus christlichen Wurzeln genährt. Die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs noch vor Augen, stellten die Gründerväter der Union programmatisch etwas anderes ins Zentrum als sozialen Fortschritt und materiellen Wohlstand allein. Die Würde des Menschen und die „Erhaltung der abendländisch-christlichen Werte, die unserem Leben einen Sinn geben“, wie es Konrad Adenauer 1951 in einer Rede sagte, gingen für ihn allem anderen voran – als Ausgangspunkt und Ziel des Integrationsprozesses und der Bildung größerer Völkergemeinschaften zugleich. Europa ist auf drei Hügeln gebaut: der Akropolis, dem Kapitol und vor allem Golgatha – der antiken griechischen Philosophie, der römischen Rechtsordnung und dem christlichen Erbe.

Ob der Gottesbezug explizit in der Europäischen Verfassung zum Ausdruck kommt oder nicht – indirekt ist er vorhanden. Denn die Werte, auf denen die Europäische Union sich gründet – die Achtung der Menschenwürde und Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – sind inspiriert und geprägt durch das Christentum, sind säkulare Derivate des Christentums. Europa steht auf einem christlichen Sockel und dieser muss fest verankert sein, damit er Hinzufügungen halten und verkraften kann.

Hiervon ist die KAS überzeugt. Ein Leitthema der Stiftungsarbeit in Europa ist daher die Verständigung über die gemeinsamen Werte der zusammenwachsenden Gemeinschaft – eine Aufgabe, die nicht ohne die Kirchen unternommen werden kann. Gemeinsam werden das europäische Wertgefüge und die christlich-abendländische Kulturtradition analysiert, Begründungswege demokratischer und rechtsstaatlicher Überzeugungen, Möglichkeiten der Wahrnehmung ethischer und sozialer Verantwortung gesucht und aufgezeigt. Die Frage nach der Rolle und Identität der



Metropolit Emmanuel, Vertreter des Ökumenischen Patriarchen bei der EU, im Gespräch mit Kardinal Husar von der griechisch-katholischen Kirche der Ukraine bei einer Veranstaltung der KAS in Kiew im Juli 2008.



Diese grundlegende Frage wurde während der Europa-Kirchen-Konferenz der KAS Polen in Krakau 2008 erörtert. Der Sammelband dokumentiert das Ergebnis.

Kirchen und Religionsgemeinschaften in diesem Reflektionsprozess wie auch grundsätzlich in demokratischen, säkularen und heterogenen Gesellschaften wird dabei ebenfalls beleuchtet.

Vor allem letztere Frage stellt sich immer wieder neu, denn schon jetzt ist Europa in irreversibler Weise kulturell wie religiös pluralistisch geworden. Dies erfordert umso mehr die Besinnung darauf, welche Überzeugungen es sind, die Europa als Wertegemeinschaft auch künftig zusammenhalten sollen. Zuwanderung erfordert Eingliederung und dieser Prozess wirft unweigerlich Fragen auf nach der Wertebasis, auf welcher er erfolgen kann. Die KAS stellt sich diesen Fragen und wirkt an dem Aufbau einer offenen, toleranten und durchlässigen Zivilgesellschaft mit, welche die verschiedenen ethnisch-religiösen Gesellschaftsgruppen integriert, gleichzeitig aber die geforderte solide Verankerung auf der eigenen Wertebasis nicht aus dem Blick verliert.

ORTHODOXIE – DER UNBEKANNTE NACHBAR

Zudem hat der Fall der Mauer die Entwicklung Europas in eine neue Richtung gewiesen. Die Öffnung des Eisernen Vorhangs hat gezeigt: Das Bild des karolingisch-westlichen Europa, das wir schlicht „das Abendland“ nennen, ist revisionsbedürftig geworden. Oder muss zumindest erweitert werden um das „Morgenland Europa, das von Byzanz geprägt ist, in dem das Römische Reich fast 1000 Jahre länger als im Westen überlebte, und das die Kultur sowohl Griechenlands wie des Balkans und Russlands bestimmte“, wie es Kardinal Kasper einmal zum Ausdruck gebracht hat. Die osteuropäischen, hauptsächlich orthodoxen Kirchen sind bis heute Träger dieser Kultur. Die Integration von Ost- und Westeuropa muss also auch auf einem Wertedialog beruhen, der diesen Aspekt berücksichtigt.

Denn mit der politischen Bruchlinie ist auch eine konfessionelle aufgehoben: Seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens gehören rund 40 Millionen orthodoxe Christen zur Europäischen Union und prägen – mit Griechenland und Zypern – das Gesicht des neuen Europa mit. Spätestens durch die Osterweiterung der Europäischen Union ist der Ausspruch „Europa endet dort, wo die Orthodoxie beginnt“ unhaltbar geworden. Und doch ist diese Haltung noch weit verbreitet, ist Europa für viele „Westeuropa“ geblieben. Die politische Wende ist vollzogen, der geistig-kulturelle Wandel aber steht noch weitgehend aus. Die orthodoxen Kirchen werden meist als ein Fremdkörper des 21. Jahrhunderts wahrgenommen. Doch könnten gerade sie

zu einem integrierenden Faktor des europäischen Geisteslebens werden, der das Zusammenwachsen unterstützt und den gesellschaftlichen und politischen Diskurs bereichert und erneuert. Und zwar auf eben der Basis des gemeinsamen Wertefundaments, das Ost und West verbindet und das ein christliches ist. Die Kirchen begegnen denselben Herausforderungen der Moderne, die Folgen der Globalisierung betreffen West wie Ost: Säkularismus und Pluralismus, die Begegnung mit anderen, konkurrierenden Weltanschauungen und Lebensmodellen erzeugen auf beiden Seiten Orientierungsbedarf. Auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Wertorientierung können die Kirchen – sowohl in der geforderten Orientierungsleistung in der Moderne wie auch für die Integrationsleistung im europäischen Einigungsprozess – für die Politik Grundpfeiler und Partner sein.

Die christlichen Kirchen im Westen haben sich als Dialog- und Reibungspartner für Politik und Gesellschaft bewährt. Vor allem in sozialetischen Fragen machen sie ihre Anliegen geltend und bringen sich in den politischen Diskurs mit ein. Die orthodoxen Kirchen stehen diesbezüglich noch am Anfang. Nach den Zeiten des Umbruchs in ihren jeweiligen Transformationsländern ist ihre Rolle in der neuen Zivilgesellschaft noch vielfach ungeklärt. Hierin liegt aber auch eine unschätzbare Chance, nämlich die Gelegenheit, sich einzubringen und einen signifikanten Beitrag dazu zu leisten, das geistig-moralische Vakuum, das Jahrzehnte kommunistischer Zwangsherrschaft hinterlassen haben, mit Inhalten zu füllen und den Kurs der Gesellschaft mitzubestimmen.

Die orthodoxen Kirchen beginnen, ihre gesellschaftliche Prägekraft und ihr erhebliches Gestaltungspotential zunehmend zu erkennen und suchen den Dialog auch über ihre geistlich-theologische Bestimmung hinaus. In Spannungsregionen entdecken sie zudem ihr friedensförderndes Potential und leisten einen Beitrag zur Verständigung, Versöhnung und Stabilität in ihrem Land.

Die KAS unterstützt in den Ländern Ost- und Südosteuropas seit nunmehr vielen Jahren dieses Bestreben. Es gilt, die vielfältigen und heterogenen byzantinischen Stimmen untereinander und mit den römisch-lateinischen ins Gespräch zu bringen, sie in den europäischen Gestaltungsprozess mit einzubinden. Denn ihre Vielheit sieht sich in eben jener Einheit aufgehoben, welche Europa ausmacht, ihre Dialekte in jener Sprache, die ihre gemeinsame Muttersprache ist: das Christentum.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DAS CHRISTLICHE ERBE VERPFLICHTET

„Die Gleichheit aller Menschen, die Freiheit des Bekenntnisses als Wurzel aller anderen bürgerlichen Freiheiten, Frieden als entscheidendes Element des Gemeinwohls ... das sind alles zentrale Elemente der christlichen Offenbarung, die die europäische Zivilisation auch weiter prägen“ – so Papst Benedikt XVI. bei der Audienz für den neuen Vertreter der Europäischen Union am Heiligen Stuhl im Oktober 2009.

Das christliche Erbe verpflichtet: Den Kirchen wird in der Europäischen Union Verantwortung zugebilligt. Ihr Mitspracherecht ist im Vertrag von Lissabon ausdrücklich erwünscht und verankert. Artikel 17, der so genannte „Kirchenartikel“, legt fest, dass die Union in „Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags“ einen „offenen, transparenten und regelmäßigen“ Dialog mit den Kirchen pflegen will. Die Union weiß, sie ist auf die integrative, zugleich identitätsstiftende wie völkerverbindende Kraft gemeinsamer Glaubensüberzeugungen auf der einen, wie auf die Vermeidung religiöser Konflikte auf der anderen Seite angewiesen.

Das Interesse an diesem Dialog ist beidseitig. Auch die Kirchen haben sich als Gesprächspartner organisiert. 126 orthodoxe, protestantische und anglikanische Kirchen aus allen Teilen Europas haben sich in der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) zusammengeschlossen. Die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) setzt sich aus den delegierten Bischöfen der 24 katholischen Bischofskonferenzen auf dem Gebiet der Europäischen Union zusammen.

Das Europabüro der KAS in Brüssel arbeitet häufig und eng mit der KEK und COMECE zusammen. So organisierte das Europabüro zum „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs“ 2008 mit beiden kirchlichen Verbänden sowie mit Vertretern muslimischer Gemeinden und des Europäischen Parlaments eine Seminarreihe, die sich mit Themen wie „Christliches Europa und Islam in Europa“, dem interkulturellen Dialog oder der Sichtbarkeit von Religion im öffentlichen Raum beschäftigte. Die Seminarreihe wurde im Europäischen Parlament veranstaltet.



Auch mit der EVP-Stiftung erörtert die KAS Themen der Wertebindung, unter anderem während der Konferenz mit dem „Centre for European Studies“ zum Thema „Religion und Politik in der Europäischen Union“ im März 2008. Die Tagung widmete sich Fragen des Dialogs der Religionen sowie ihrer veränderten Rolle in der Europäischen Union. Mehrere Vertreter der Kirche waren als Sprecher geladen.

Den Dialog mit EU-Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen zu stärken ist ein Hauptziel des Europabüros Brüssel, das die KAS auch auf transatlantischer Ebene verfolgt. Als sich einige Jahre davor eine Delegation der Konferenz der katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten (USCCB) mit ihren europäischen Kollegen aus der COMECE in Brüssel traf, organisierte das KAS-Europabüro ein Gespräch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Bei diesem Treffen wurde vor allem über die Rolle der Kirchen in den transatlantischen Beziehungen diskutiert, da eine gute Beziehung zwischen der EU und den USA auch auf einer guten Zusammenarbeit mit den Kirchen basiert.

Außerdem ist das Europabüro auch eine Anlaufstelle für Vertreter christlicher Kirchen aus verschiedenen Ländern, die sich mit der kirchlichen Arbeit auf europäischer Ebene vertraut machen wollen. So kam 2005 im Rahmen eines Informationsprogramms der KAS für den serbischen Patriarchen Pavle seine Delegation mit Vertretern der christlichen Kirchen und Kommissionsmitgliedern in Brüssel zusammen. 2006 folgte der Interreligiöse Rat Bosniens und Herzegowinas, zwei Jahre später der Interreligiöse Rat Mazedoniens. Die Begegnungen zwischen den Vertretern der Religionsgemeinschaften und der EU-Institutionen unterstreichen die Bedeutung des Wertedialogs.

INTEGRATION BRAUCHT WERTE

Die Migrationsbewegungen nach Europa stellen uns vor die Herausforderung, einen offenen und respektvollen Dialog mit islamisch geprägten Kulturen zu führen. Dies im Hinblick auf Integration – und auf der Grundlage von Werten. Die Frage nach der Basis und Zielrichtung der sozialen Integration muslimischer Jugendlicher mit Zuwanderungsgeschichte stand im Zentrum der Fachkonferenz „Chancengleichheit gewährleisten – Gemeinsame Zukunft gestalten“, welche die KAS im September 2007 auf Anregung ihres damaligen Stellv. Vorsitzenden, Anton Pfeifer, und in enger Abstimmung mit dem Päpstlichen Migrantenrat in Berlin organisierte. Die Bedeutung der Kirchen wurde dabei besonders deutlich: Von ihnen erwartet die Politik, so Dr. Hermann Kues MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Orientierungshilfe im Integrationsprozess. Ansätze hierfür lieferte Erzbischof Agostino Marchetto, Sekretär des Päpstlichen Migrantenrates. Die Debatte zeigte, dass eine gezielte Schulung interkultureller Kompetenz bei Jugendlichen ein unerlässliches Mittel zur Integrationsförderung und Demokratieerziehung ist. Denn die Fähigkeit, offen, tolerant und respektvoll mit dem kulturell Anderen umzugehen ist zugleich Ausdruck der Grundwerte eines demokratischen Verfassungsstaates.



Die Initiative zu dieser Konferenzreihe ging maßgeblich von Staatssekretär a.D. und Vorstandsmitglied der KAS, Anton Pfeifer (rechts), aus. Hier mit Erzbischof Agostino Marchetto (Mitte) und dem Parlamentarischen Staatssekretär und Mitglied des KAS-Vorstandes Dr. Hermann Kues MdB (links).

Am 14. Oktober 2008, im Zeichen des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialoges und als Beitrag der KAS zur Unterzeichnung des Migrationspaktes im Europäischen Rat in derselben Woche, wurde die Diskussion auf europäischer Ebene fortgesetzt. In erneuter Abstimmung mit dem dafür zuständigen Päpstlichen Rat fand im Europabüro Brüssel eine Folgekonferenz statt, die einen besonderen Fokus auf die Rolle christlicher Werte in einer nachhaltigen Integrationspolitik von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte richtete. Dazu wurden Experten und Integrationsbeauftragte aus ganz Europa eingeladen, um ihre jeweiligen nationalen Integrationsmodelle vorzustellen und sich über die Erfahrungen ihrer Länder diesbezüglich auszutauschen. Der speziellen, handlungsleitenden Rolle von Kirche und Religion widmete sich Erzbischof Agostino Marchetto. Zur Integrationspolitik in Deutschland sprach Armin Laschet, der nordrhein-westfälische Minister für Integration, zur Strategie der Europäischen Union der CSU-Europaabgeordnete Manfred Weber. Auch EU-Bildungskommissar Ján Figel gab dazu wichtige Impulse. Erörtert wurden die Bedeutung von Bildung und Sprachkenntnissen, die Integration von Immigranten in den Arbeitsmarkt und Maßnahmen zur Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen.



ROM

IM DIALOG MIT DEM VATIKAN

„Seit jeher bemüht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland wie an ihren Standorten im Ausland um gute und lebendige Kontakte zu den Kirchen und zu kirchlichen Einrichtungen. Dass das für Rom in besonderem Maße gilt, bedarf bei einer Stiftung, die sich als christlich begreift, kaum der Erwähnung. Selbstverständlich liegt in der Nähe zum Vatikan ein besonderer Daseinsgrund für unsere neue Vertretung. Wir wollen uns – wozu die Pastoralkonstitution ‚Gaudium et spes‘ auffordert – dafür einsetzen, dass der Staat und die Kirche ein ‚rechtes Zusammenwirken miteinander pflegen‘.“

(Prof. Dr. Bernhard Vogel anlässlich der Wiedereröffnung des KAS-Büros in Rom)

Seit September 2008 ist die Konrad-Adenauer-Stiftung wieder mit einer Repräsentanz in Rom vertreten. Aufgrund ihres christlichen Menschenbildes liegt der KAS die Zusammenarbeit mit dem Vatikan besonders am Herzen. Dabei stehen Fragen des interkonfessionellen und interreligiösen Dialogs sowie der Umgang mit Zuwanderung mit Blick auf die Wertebasis und Gestaltung des gemeinsamen Europa im Zentrum ihres Aufgabenbereichs.

FLÜCHTLINGSSTRÖME UND MIGRATION – EINE HERAUSFORDERUNG FÜR ITALIENS CHRISTEN

Die Immigration hat das religiöse und gesellschaftliche Panorama Italiens verändert und stellt das Land vor neue Herausforderungen. Nach Angaben der Caritas sind in Italien 4.330.000 Immigranten gemeldet – das sind rund 7,2 Prozent der italienischen Bevölkerung. Mehr als die Hälfte davon sind Christen. Der größte Teil von ihnen, rund 28 Prozent, gehören den orthodoxen Kirchen an, 19 Prozent sind Katholiken und drei Prozent Protestanten. Muslime sind mit rund 33,2 Prozent vertreten.

In der Einwanderungs- und Flüchtlingsdebatte macht die Kirche ihre Stimme deutlich vernehmbar. Sie kritisiert die wenig nachhaltigen politischen Maßnahmen und setzt sich für menschenwürdige Bedingungen in den überfüllten Flüchtlingslagern ein. Mit dem „Päpstlichen Rat der Seelsorge für die Migranten und Menschen unterwegs“ steht die KAS daher in einem intensiven Austausch zu diesem Thema. Schon bei der Eröffnungsveranstaltung ihrer römischen Repräsentanz diskutierte sie in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft Sant’Egidio unter diesem Aspekt Fragen der Menschenrechte und Menschenwürde in der Globalisierung, der Religionsfreiheit und Identität Europas. Das Symposium „Mare Nostrum – Meer der Menschenrechte“, das die KAS unter der Schirmherrschaft der Päpstlichen Universität Gregoriana und in Zusammenarbeit mit dem „Centre for European Studies (CES)“ im Oktober 2009 organisierte, schloss sich thematisch daran an. Der Fokus lag hier auf der Flüchtlingsdebatte, die nicht nur unter dem Stichwort „Lampedusa“ in Italien immer wieder Schlagzeilen macht. Zu politischen Brennpunktthemen wie diesen bietet die KAS in Rom Kirche und Politik eine kontinuierliche Plattform an, um auch über punktuelle Veranstaltungen hinaus im steten Dialog konstruktive Lösungen zu finden. In sogenannten „Akademiegesprächen“ werden italienische und europäische Politiker mit Vertretern des Vatikans, der italienischen Landeskirche und kirchlicher Institutionen – wie Verantwortliche von Caritas und Sant’Egidio – mit Experten aus Deutschland ins Gespräch gebracht. Auch anlässlich des Besuchs des Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, lud die KAS zu einem religionspolitischen „Runden Tisch“ ein. Das Thema Immigration und Integration stand dabei erneut im Zentrum. Es wurde deutlich, dass die italienische Politik mit der illegalen Einwanderung und den täglich ankommenden Flüchtlingsbooten an ihre Grenzen stößt und europaweite Hilfe erwartet.

ROM TRIFFT BYZANZ – IM DIALOG MIT DEN ORTHODOXEN KIRCHEN

In der Nachfolge von Papst Johannes Paul II. ist auch Benedikt XVI. der Dialog mit der Orthodoxie ein besonderes Anliegen. Daher hat die KAS in Rom diesen Bereich zu einer ihrer Kernaufgaben gemacht. In Konferenzen und Arbeitsgesprächen ermöglicht sie Begegnungen zwischen Politikern und hohen Vertretern der katholischen sowie orthodoxen Kirchen. So trafen im September 2009, um nur einige zu nennen, der italienische Senator Marcello Pera, der Präsident des internationalen P.E.N., Dr. Jiří Gruša, und der Rechts-



Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ehrenvorsitzender der KAS, im Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone und dem deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhl, Hans-Henning Horstmann

wissenschaftler Prof. Dr. Josef Isensee mit dem Subsekretär des Päpstlichen Rates Cor Unum, Prälat Mons. Giampietro Dal Toso, dem Vorsitzenden des Außenamtes der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats, Archimandrit-Erzbabt Kyrill, und seinem stellvertretenden Pendant in der Russischen Orthodoxen Kirche, Abt Philip, bei der KAS zusammen, um sich über „Religion und politische Kultur“ auszutauschen. Der Direktor des nationalen Büros für Ökumene und Dialog der italienischen Bischofskonferenz, Don Gino Battaglio, nahm an weiteren Gesprächen ebenso teil wie der für Ökumenefragen im Hinblick auf die Orthodoxie verantwortliche Prälat Milan Zust vom Päpstlichen Rat für die Förderung der Einheit der Christen. Dabei wurde deutlich, dass eine gemeinsame Positionierung der christlichen Kirchen in der gesellschaftlichen und politischen Wertediskussion nur dann erfolgreich sein kann, wenn diese zuerst ihr Verhältnis zueinander klären. Eine weitere und vertiefte Vernetzung im Dialog mit der Orthodoxie bleibt Aufgabe der KAS in Rom. Für 2010 ist daher in Zusammenarbeit mit der katholischen Gemeinschaft Sant’Egidio und Renovabis eine Konferenz zum Thema Katholiken und Orthodoxe angesichts der Armutsfrage geplant.

Mit dem Päpstlichen Rat für die Förderung der Einheit der Christen unterstützt die KAS auch den Dialog zwischen Christen und Juden. Denn gerade in Rom ist nicht vergessen, dass die ersten römischen Christen getaufte Juden waren. So fand in Castel Gandolfo, der Sommerresidenz des Papstes, 2009 eine Sommeruniversität zum Thema „Discovering Common Values“ statt. An der „Catholic-Jewish emerging Leadership Conference“ wurde das gemeinsame Wertefundament beider Religionen diskutiert, wie auch die Differenzen, welche die gegenseitigen Beziehungen immer noch belasten.

ZUKUNFTSFRAGEN EUROPAS

Mit einer mehrteiligen Veranstaltungsreihe hat die KAS auch im Rahmen europäischer Zukunftsfragen den besonderen Stellenwert der Religion gewürdigt. So hat die KAS etwa zeitgleich mit der zweiten Afrikanischen Bischofssynode „Eurafrika“ zu ihrem Thema gemacht und damit nicht nur Aktualität hergestellt, sondern auch die Aufmerksamkeit der Kurie in Rom gewonnen.

„Zukunftsfragen Europas“ werden auch weiterhin ein Schwerpunkt bleiben. Denn, um es erneut mit den Worten des Ehrenvorsitzenden der KAS, Prof. Dr. Bernhard Vogel, auszudrücken: „Wo, wenn nicht in Italien, dem Land, in dem auf der Grundlage christlicher Philosophie die ‚Entdeckung der Welt und des Menschen‘ (Jacob Burkhardt) gelang, ließen sich besser zukunftsweisende Ideen für die humane Welt von morgen entwerfen. Das Ingenium des Menschen, sein moralischer, christlich geerdeter Schöpfermut ist auch im 21. Jahrhundert gefragt.“

„EUROPA MUSS MIT BEIDEN LUNGENFLÜGELN ATMEN“

OST- UND WESTKIRCHEN IM GESPRÄCH

Als Papst Johannes Paul II. das so treffende und seitdem immer wieder gebrauchte Bild von den zwei Flügeln einer Lunge, welche Europa beide zum Atmen benötige, zum ersten Mal verwendete, zog sich noch eine Bruchstelle durch Ost und West, war der Kontinent durch einen eisernen Vorhang geteilt. In diesem Jahr gedenken wir der siebenzig Jahre, vor denen der Krieg, der für diese Teilung verantwortlich war, ausgebrochen ist. Und wir feiern zwei Jahrzehnte seit dem Fall der Mauer, der die Teilung wieder aufgehoben hat. (...)

Ost trifft West: Mit Johannes Paul II. hat dieser Dialog schon lange vor der eigentlichen politischen Wende begonnen. Als Karol Wojtyła 1978 zum Papst gewählt wurde, trat mit ihm seit mehr als vier Jahrhunderten nicht nur ein Nichtitaliener, sondern auch zum ersten Mal ein Slawe aus einem kommunistischen Land ins Amt. Selbst an der Bruchstelle aufgewachsen, hat „der polnische Papst“ sein Bemühen, die Bedeutung der osteuropäischen Völker für Europa in Erinnerung zu rufen, ins Zentrum seines Pontifikats gerückt und erste Zeichen der Hoffnung für eine geistig-kulturelle Einheit des Kontinents gesetzt. Eine Einheit, die er auch selbst verkörperte. Entsprechend war es ihm von Anfang an ein Kernanliegen, den Osten in Europa einzubinden, die Aufhebung der Teilung Europas mit vorzubereiten, die Spaltung zwischen West- und Ostkirchen zu überwinden. So hat er die Slawenapostel Kyrill und Methodius zu Schutzheiligen Europas erklärt und sie Benedikt als Vater des Abendlandes zur Seite gestellt. Als geistige Brücke zwischen Ost und West, hat er damit den Blick vom Abendland zur byzantinisch-slawischen Welt, vom Atlantik zum Ural erweitert und mit seinem berühmten Wort von den beiden Lungenflügeln immer wieder unterstrichen: Europa müsse mit beiden atmen, um als Gesamteuropa leben zu können.

West trifft Ost: Dem Brückenbauer Europas und seinem Eintreten für gesamteuropäische, christliche Werte zu folgen, den auch in Rom begonnenen und auch von hier aus maßgeblich geprägten Dialog eben hier wieder aufzunehmen und fortzuführen, ist der Konrad-Adenauer-Stiftung – gerade und vor allem in Rom – eine besondere Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Europa wurde, was es ist, auch und vor allem durch das Christentum. Wie Europa künftig sein wird, ist eine der noch offenen Zukunftsfragen, deren Antwort nicht zuletzt auch vom Gestaltungswillen der Kirchen abhängig ist.

(Aus dem Positionspapier von Rom der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Dialog mit den orthodoxen Kirchen 2009: http://www.kas.de/proj/home/pub/132/1/-/dokument_id-17675/)



Ostkirche trifft Westkirche: Archimandrit Simeone Catsiras von der Griechisch-Orthodoxen Gemeinde in Rom mit Dr. Josef Homeyer, Bischof em. von Hildesheim und Sonderbeauftragter der COMECE. Bischof Homeyer, der im März 2010 verstorben ist, hat zahlreiche Projekte der KAS inspiriert und begleitet. In langjähriger Zusammenarbeit war ihm die Stiftung sehr verbunden, sein Engagement hat den innerchristlichen Dialog befördert und bereichert.

DIE KIRCHE IN POLEN

**„WER SIE NICHT ERREICHT,
ERREICHT DIE GESELLSCHAFT NICHT“**

In Polen spielt der katholische Glaube eine zentrale Rolle für das Selbstverständnis des Landes. Das hat historische wie aktuelle Gründe: Ende des ersten Jahrtausends wurde Polen christianisiert – und damit zu dem am weitesten östlich gelegenen lateinisch-christlichen Land und einer Art „Bollwerk“ der römischen Kirche im Osten Europas. So prägte sich früh eine gewisse „Festungsmentalität“ eines Volkes aus, das seinen Glauben immer wieder durch heidnische, orthodoxe oder später protestantische Kräfte gefährdet sah. Nach der letzten polnischen Teilung 1795 war es vor allem die katholische Kirche, die in den von orthodoxen Russen, protestantischen Preußen und josephinistischen Österreichern besetzten Landesteilen die polnische Sprache und Kultur und den Gedanken an die polnische Nation wach gehalten hat. Damit trug sie ganz erheblich zum Wiedererstehen eines polnischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg bei. Nach 1939 kam Polen unter nationalsozialistische und schließlich unter kommunistische Herrschaft. Hier wurde die Kirche unter der Führung von Primas Stefan Kardinal Wyszyński (1901-1981) zu einer Art „Gegennation“ im kirchenfeindlichen Kommunismus.

Als 1978 der Krakauer Kardinal Karol Wojtyła überraschend zum Papst gewählt wurde, sahen weite Teile der polnischen Gesellschaft sich und ihr Leben in einen neuen Kontext gestellt. Das Motto Johannes Pauls II.: „Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus! Öffnet seiner rettenden Macht die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts. Habt keine Angst!“ entfaltete eine außerordentliche Wirkung, die der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* geistliche Motivation und Rückhalt gab. Der Anfang vom Ende der kommunistischen Herrschaft wurde eingeläutet. Und auch nach der friedlichen Revolution von 1989, als die Kirche sich in einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft orientieren musste, gab der polnische Papst ihr Halt und Orientierung.

So hat sich über die Jahrhunderte in Polen eine Art Symbiose zwischen Nation und Kirche herausgebildet. Ein Verhältnis, in dem das Religiöse mit dem Nationalen, mit der polnischen Kultur eng verwoben ist. Bis heute ist die katholische Kirche mit ihrem moralischen Einfluss und sozialgesellschaftlichen Engagement eine



Politik trifft Kirche – Europa-Kirchen-Konferenz Krakau 2008: Was für ein Christentum für Europa? Was für ein Europa für das Christentum? V.r.: Erzbischof Marx, die Kardinäle Erdö, Dziwisz, Sodano, Sejm-Marschall Komorowski, EU-Parlamentspräsident Dr. Pötering, Vizepremier Pawlak

wichtige Verbündete der Zivilgesellschaft im Transformationsland Polen. Ein Wirken in der Gesellschaft in Polen bedeutet daher immer auch ein Wirken mit der Kirche: „Wer sie nicht erreicht, erreicht die Gesellschaft nicht.“

Dies bekräftigen auch aktuelle religionssoziologische Daten. Die Religiosität in Polen blieb auch nach der Wende 1989 auf einem hohen Niveau relativ stabil. Mehr als 90 Prozent der Menschen gehören der katholischen Kirche an, davon besucht fast die Hälfte regelmäßig am Sonntag den Gottesdienst. Zum Vergleich: In Deutschland geht nicht einmal ein Fünftel der Katholiken in die sonntägliche Messe.

Fünf Gründe erklären die konstant hohe Religiosität in Polen: die Verwurzelung des Religiösen in der polnischen Kultur, die stabile lokale Umgebung, die sogar die Revolution von 1989 überdauert hat, die Funktionsfähigkeit der kirchlichen Institutionen, der Religionsunterricht in der Schule und der polnische Papst, der eine ganze Generation begleitet und geprägt hat. Die Kirche hat somit in Polen ein großes Potential, die gesellschaftlichen Entwicklungen aktiv mitzugestalten.

IM DIALOG MIT DER KIRCHE IN POLEN

Vor diesem Hintergrund engagiert sich die KAS in Polen als politische, christlich-demokratisch orientierte Bildungseinrichtung für eine Zusammenarbeit mit kirchlichen Partnern. Eine herausragende Bedeutung hat dabei die seit 2001 jährlich im September in Krakau stattfindende Europa-Kirchen-Konferenz zur Rolle der katholischen Kirche bei der europäischen Integration. Das Forum wird gemeinsam mit der Johannes Paul II. Universität Krakau, der Robert-Schuman-Stiftung und der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament veranstaltet. Es steht unter der



20 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen: Festpredigt von Erzbischof Alfons Nossol, Warschau, 14. November 2009

Schirmherrschaft der Kommission der Bischofskonferenzen der EU sowie des Krakauer Erzbischofs Stanisław Kardinal Dziwisz, dem langjährigen Privatsekretär Johannes Pauls II. Auf der Konferenz diskutieren Politiker, Kirchenvertreter sowie Experten europapolitische Fragen. Zu den Teilnehmern gehörten u.a. die polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski und Lech Kaczyński, der polnische

Premier Donald Tusk, Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Premier a.D. Tadeusz Mazowiecki, der heutige Vorsitzende der KAS und damalige EU-Parlamentspräsident Dr. Hans-Gert Pöttering, sowie seine damaligen Amtskollegen Bronisław Komorowski (Sejm) und Prof. Dr. Norbert Lammert (Bundestag). Ferner verschiedene EU-Kommissare und Minister sowie von kirchlicher Seite Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone, weitere Kardinalstaatssekretäre und Kurienkardinäle (wie etwa Walter Kasper und Paul Poupard), Kardinäle und Erzbischöfe aus zahlreichen europäischen Ländern. Künftig gilt, diesen Dialog auch ökumenisch zu öffnen, denn die christliche Prägung Europas bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller Konfessionen.

Diese Richtung hat der ökumenische Europa-Dialog in Gnesen, der Wiege des Christentums in Polen, bereits eingeschlagen. Seit 2003 wird hier alle ein bis zwei Jahre in Form eines „kleinen Kirchentages“ mit

1.000 bis 2.000 Teilnehmern eine internationale Gesprächsplattform für religiöse und gesellschaftliche Fragen gebildet. Die KAS unterstützt dieses Projekt und veranstaltet in diesem Rahmen Diskussionen zu Europa und den deutsch-polnischen Beziehungen.

Informations- und Austauschprogramme, die polnische Kirchenvertreter nach Deutschland und deutsche Kirchenvertreter nach Polen führen, um kirchliche Initiativen gegenseitig näher kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen, vervollständigen die Aktivitäten der Stiftung. Vielfältige Projektkooperationen kommen hinzu: mit der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau, der Katholischen Universität Lublin im Osten und der Europäischen Tischner Hochschule in Krakau. Oder auch mit den maßgeblichen, katholisch geprägten polnischen Medien: der landesweit vertriebenen Krakauer Wochenzeitung Tygodnik Powszechny, der Monatszeitschrift Więź und der Katholischen Nachrichtenagentur KAI sowie das Bistum Oppeln unter seinem deutsch-polnischen Erzbischof Alfons Nossol (im Bild) nicht zu vergessen.

SONDERPREIS FÜR DAS ENGAGEMENT DER KAS

Eine Woche vor den vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober 2007 wurde das Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Aufbau christlicher Verantwortung in Politik und Gesellschaft von der polnischen Bischofskonferenz mit einem Sonderpreis gewürdigt: Im Rahmen der prominenten Totus-Preisverleihung – nach dem Wahlspruch Johannes Pauls II. „Totus Tuus“ (Ganz Dein) – im Warschauer Königsschloss wurde dabei erstmals eine ausländische Initiative mit einer Ehrung bedacht.



Christentum-Welt-Politik

Auf Anregung der KAS wurde 2006 gemeinsam mit dem Institut für Politologie der Kardinal-Stefan-Wyszyński Universität Warschau die Reihe „Christentum, Welt, Politik. Hefte zum gesellschaftlichen Nachdenken aus christlicher Verantwortung“ begründet. Die Quartalsschrift bietet eine Basis, um aktuelle

Fragen aus der Sicht christlicher Sozialethik zu reflektieren. Die einzelnen Themen – etwa die Gestaltung der Bürgergesellschaft, Recht, Werte, Demokratie, die EU-Menschenrechtscharta, in-vitro-Befruchtung, der Sonntagsschutz u.a. – werden jeweils bei der Bischofskonferenz in Warschau öffentlich zur Diskussion gestellt und über die Katholische Nachrichtenagentur KAI verbreitet.



Eine neue Ordnung der Freiheit. Die Sozialethik Johannes Pauls II. – eine Vision für das vereinte Europa

Das von Christoph Böhr, dem Vorsitzenden der Deutschen Cusanus-Gesellschaft, und Stephan Raabe, dem Leiter des KAS-Auslandsbüros Warschau, herausgegebene Buch: „Eine neue Ordnung der Freiheit. Die Sozialethik Johannes Pauls II. –

eine Vision für das vereinte Europa“, ist 2007 in Deutschland und Polen gleichzeitig erschienen. Es dokumentiert Beiträge von Wissenschaftlern und Politikern beider Länder zu Mensch und Gesellschaft, Ökonomie und Politik, gesellschaftlicher Transformation und Globalisierung, Sozialethik und politischer Praxis.

TSCHECHISCHE REPUBLIK UND SLOWAKISCHE REPUBLIK

RELIGION IN SCHWIERIGER MISSION

In der Tschechischen Republik sind mehr als 60 Prozent der Bevölkerung konfessionslos. Zwar kann die katholische Mehrheitskirche in einigen Regionen Tschechiens – wie etwa in Mähren – auf breitere Unterstützung setzen, doch hat sie in der fast durchgängig säkularisierten Gesellschaft keinen leichten Stand. Andere Glaubensgemeinschaften sind kaum vertreten – die evangelische Gemeinde bewegt sich bei ca. 1-2 Prozent. Eine kleinere, jüdische Gemeinde ist in erster Linie in Prag konzentriert. In der Slowakei sehen die Zahlen zwar besser aus, aber auch hier hat die Bindekraft der Kirchen während der kommunistischen Zwangsherrschaft merklich gelitten.

Dennoch – und umso mehr – versucht die KAS von ihrem Prager Büro aus, mit mehreren Projekten und Veranstaltungen das Interesse an der Wiederentdeckung der christlichen Wurzeln zu wecken und die Verwurzelung dort, wo vorhanden, zu stärken. Auch hier im Hinblick auf den gesellschaftlichen und politischen Impetus, den das Christentum für die Wertorientierung in Staat und Zivilgesellschaft hat. Säkularer Staat und christliche Werte, Staat und Kirche, Fragen der Religionsfreiheit, Ethik und Verantwortung, der Stellung der Familie in der Gesellschaft – dies sind nur einige der Themen, unter denen die KAS Prag den Dialog mit den Kirchen sucht. Auch Europapolitik spielt hier eine maßgebliche Rolle. Die Konferenzen „Christen und die EU“, „Christliche Visionen für ein gemeinsames Europa“, „Christliche Werte und Menschenrechte“ etwa sind Ergebnisse der vertrauensvollen Zusammenarbeit, welche die KAS vor allem mit der Tschechischen Bischofskonferenz, Justitia et Pax, der Tschechischen Christlichen Akademie (CKA), der Ackermann-Gemeinde und dem Lehrstuhl für Theologie der Universität Olmütz pflegt.



Institutionalisiert haben sich die „Josef-Zverina-Tage zu Fragen der aktuellen Politik“, welche seit beinahe einem Jahrzehnt auch Kirchenvertreter in den entsprechenden Dialog einbindet. Der Name ist zugleich Programm: Josef Zverina, Gründer der CKA und Ehrendekan der katholischen theologischen Fakultät der Karlsuniversität, gilt als Symbol für die moralische und intellektuelle Wiedergeburt des tschechischen Katholizismus im 20. Jahrhundert. Sowohl unter den Nationalsozialisten wie auch den Kommunisten wurde Zverina in Not und Gefangenschaft gebracht. Nach ihm ist auch die Sommerakademie benannt, mit der sich die KAS an die jüngere Generation der Studenten richtet.

Erzbischof Graubner bei der Messe im Rahmen der KAS-Konferenz „Deus Caritas est“



Publikation zum Papstbesuch

Im September 2009 war Papst Benedikt XVI. zu Besuch in der Tschechischen Republik. Zu diesem Anlass hat die KAS in Zusammenarbeit mit der tschechischen Bischofskonferenz und der Zeitschrift „Budoucnost církve“ eine Zusammenstellung von Ansprachen und Botschaften des Papstes herausgebracht. Die Publikation enthält vor allem die grundlegenden Stellungnahmen des Papstes in Bezug auf die Bedeutung der Jugend, womit er die Tradition von Johannes Paul II. fortführt. Die Sammlung erweitert nicht nur die wissenschaftliche Quellenlage, sondern kann vor allem tschechischen Kirchengemeinden an die Hand gegeben werden, die sich in der Arbeit mit Jugendlichen engagieren und eine Orientierungshilfe benötigen.



„DEUS CARITAS EST“:

CARITAS-IDEE

UND WERTORIENTIERUNG IN MITTELEUROPA

Die 2000-jährige Geschichte des Christentums ist zugleich die Geschichte der Diakonie (aus dem griechischen „diakonia“: Dienst) oder der Caritas, dem lateinischen Begriff für Nächstenliebe. Damit ist umschrieben, was den christlichen Glauben ebenfalls ausmacht: Er ist nicht nur auf den religiösen Kultus beschränkt, sondern hat in der tatkräftigen Hinwendung zum Mitmenschen auch eine konkrete, praktische Dimension.

Mit dem Projekt „Deus Caritas est“ wollte die KAS in der Tschechischen Republik auch diese Seite der Kirche in der Gesellschaft in Erinnerung rufen: die Sozial- und Gemeindegarbeit.

Unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Päpstlichen Rates Cor Unum, Paul-Josef Kardinal Cordes, und des Vorsitzenden der Tschechischen Bischofskonferenz, Erzbischof Jan Graubner, hat die KAS in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für christliche Sozialarbeit der Theologischen Fakultät der Universität Olmütz dieses Thema durch eine internationale Konferenz ins Gespräch gebracht. Auf der Tagung im Mai 2007 in Olmütz sprachen Vertreter der Kirche, kirchlicher Sozialverbände, privater Träger und der Regierung, u.a. der damalige Sozialminister Petr Nečas.

Neben den Gastgebern waren insgesamt neun Nationen vertreten, vor allem waren Experten aus Polen, der Slowakei und der Ukraine unter den Hauptrednern, um auch in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern die soziale Verantwortung der Kirche in ihrer karitativen Funktion sichtbar zu machen. Um zudem Theorie und Praxis in einen fruchtbaren Dialog zu bringen, brachte die Konferenz Vertreter der Fachwissenschaften mit Praktikern aus dem sozialen Bereich zusammen. Das Ziel war dabei, die Relevanz des päpstlichen Lehrschreibens „Deus caritas est“ für die karitative Zivilstruktur der Gesellschaften der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer aufzuzeigen und dessen Niederschlag in der Praxis exemplarisch auszuwerten.



Kardinal Cordes, im Hintergrund Erzbischof Graubner, Petr Nečas (damals Sozialminister, heute Parteivorsitzender und Spitzenkandidat der ODS), Prof. Dr. Heinrich Pompey (v.l.n.r.)

Die Tagung war ein wichtiger Anstoß zu mehr „Greifbarkeit“ der Kirche in der tschechischen Gesellschaft, über deren Gemeinde- und Sozialarbeit – aktuell wie in ihrer Tradition – nur wenig bekannt ist. Die KAS Prag ist damit ihrem Ziel, christliche Werte in der tschechischen Gesellschaft fester zu verankern, ein Stück nähergekommen.

UNGARN

WERTEKONSENS IN SOZIALEN FRAGEN

In Ungarn bekennt sich etwa die Hälfte der Bevölkerung zum römisch-katholischen Glauben. Die andere Hälfte enthält ca. 15 Prozent Calvinisten, 3 Prozent Lutheraner sowie einen geringen Prozentsatz griechisch-katholischer, orthodoxer und pfingstlerischer Gemeinden. Von den insgesamt etwa 80 Prozent nominellen Christen sind inzwischen weniger als ein Fünftel praktizierend. Ein Viertel der Ungarn bezeichnet sich als konfessionslos. In einer Gesellschaft, die sich überwiegend säkularisiert zeigt, gehört die Vermittlung ethisch-verbindlicher Politik zu den Hauptanliegen der KAS.



Mit der Ungarischen Katholischen Bischofskonferenz, besonders mit deren Kommission *Justitia et Pax*, verbindet die KAS Budapest eine langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit. Gerechtigkeit, Gemeinwohl und soziale Verantwortung sind Werte, deren Bedeutung sich auch in den gegensätzlichsten politischen Lagern des Landes eines Konsens erfreut: Die tiefgreifenden sozialen Probleme des Landes bewirken hier eine überraschende Einigkeit. Eines der Kernanliegen der KAS vor Ort ist es daher, die katholische Soziallehre Vertretern der unterschiedlichen politischen Standpunkte bekannt zu machen. Neben *Justitia et Pax* wird sie dabei auch von den renommierten katholischen Gelehrten des Batthyány-Kreises und der Sankt-Stephan-Gesellschaft unterstützt.

RUSSLAND

KIRCHE UND STAAT IM SCHULTERSCHLUSS

Nach dem Ende der Sowjetunion standen sowohl die ehemaligen Sowjetrepubliken wie auch die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) vor einem Neuanfang. Die Kirche hat einen maßgeblichen Beitrag zu Aufbau und Entwicklung der Transformationsgesellschaft geleistet. Die KAS sieht in ihr einen unerlässlichen und konstruktiven Partner und arbeitet als einzige der Deutschen Politischen Stiftungen mit der ROK zusammen. Gemeinsam mit ihr will die KAS die christliche Wertebasis in der Gesellschaft stärken und das Verständnis der Religionen und Kulturen füreinander verbessern.

Der gesellschaftspolitische Dialog steht dabei im Vordergrund. Nach stalinistischer Verfolgung und jahrelanger Unterdrückung durch die kommunistische Zwangsherrschaft nimmt der Einfluss der ROK in der russischen Gesellschaft wieder zu. Enteignete kirchliche Besitztümer sind inzwischen überwiegend zurückerstattet, staatliche Hilfe bei Restaurierung und Wiederaufbau von Kathedralen meist gewährleistet. Während der Umbruchzeit in den neunziger Jahren bewährte sich die Kirche als Institution, die vielen Suchenden geistigen Halt und eine Wertebasis bieten konnte und so den inneren Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkte. Das spiegelt sich auch in den Zahlen wider: zählten sich 1990 nur 24 Prozent der Russen zur Orthodoxen Kirche, waren es 2008 bereits 73 Prozent, wenngleich nur wenige aktiv.

Der Dialog mit der ROK ist von besonderen Herausforderungen geprägt. Der Schulterschluss zwischen Kirche und Staat ist traditionsbedingt sehr eng, weswegen die ROK die russische Regierung meist uneingeschränkt unterstützt. Die Art der Verbindung wird gemeinhin als „Symphonie“ bezeichnet, ein harmonisches Zusammenspiel also, bei dem sich der Staat der Politik und die Kirche der Gesellschaft annimmt. Sofern sie nicht gegen ihre eigenen Interessen verstößt, trägt die ROK die Entscheidungen der Regierung mit, sei es in der Debatte um die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine oder in der Kritik an der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Wie sein Vorgänger Alexei II. unterhält auch der seit 2008 amtierende Patriarch Kyrill beste Beziehungen zu hohen russischen Politikern und schaltet sich oftmals in politische Regierungsbelange bestärkend mit ein.

Die KAS führt den Dialog mit der ROK auf geteilter christlicher Wertegrundlage vor allem zu Sachthemen, die nach einer Antwort seitens der Kirche und Politik verlangen: Fragen nach den Grenzen menschlichen Eingreifens in die Schöpfung (Klimawandel und Bioethik), des Religionsunterrichtes oder auch der Menschenrechte. In der Russischen Föderation haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten tiefgreifende politische, ökonomische, technische und wissenschaftliche Entwicklungen abgespielt, zu denen sich die Politik bisweilen vergeblich zu positionieren versucht. Die KAS bringt daher Vertreter der Kirchen mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wissenschaft ins Gespräch, um zu einer differenzierten Verortung in der Moderne beizutragen.

Wegweisend war dabei ein Deutschlandbesuch im Frühjahr 2005. Hierzu lud die KAS hohe Vertreter der russischen orthodoxen Kirche ein, darunter den damaligen Metropoliten und jetzigen Patriarchen Kyrill, um sich mit Abgeordneten des Deutschen Bun-



Moskau 2007: Patriarch Alexej II. empfängt den Vorsitzenden der KAS, Prof. Dr. Bernhard Vogel.

Dreifaltigkeitskloster „Sergijew Possad“, eine der heiligsten Stätten der ROK



Metropolit Ilarion, Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats der ROK (Bildmitte), bei der KAS-Konferenz zur Einführung des Religionsunterrichtes 2010. Die Tagung fand im Danilow-Kloster in Moskau, dem Amtssitz des Patriarchen, statt (Blick in den Konferenzsaal im oberen Bild).

destags auszutauschen. Auch der damalige Vizepräsident des Deutschen Bundestags, Prof. Dr. Norbert Lammert, und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel stellten sich zur Verfügung und erörterten mit den Teilnehmern sowie dem EKD-Vorsitzenden Bischof Wolfgang Huber und Vertretern der katholischen Kirche gemeinsame Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aus christlicher Sicht. Dieser Austausch hat die Beziehungen zwischen der ROK und der KAS außerordentlich gefestigt und zu einer regelmäßigen und vertrauensvollen Zusammenarbeit geführt.

ZU ETHISCHER VERANTWORTUNG ERZIEHEN: RELIGIONSUNTERRICHT IN RUSSLAND

In Russland wird derzeit die Einführung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen geprüft. Die Debatte wurde von der orthodoxen Kirche und dem Präsidenten der Russischen Föderation angestoßen, um dem Wertevakuum nach dem Ende des Kommunismus etwas entgegenzusetzen. Präsident Medwedew selbst hatte Ministerpräsidenten Putin beauftragt, bis 2012 die Fächer „Grundlagen der orthodoxen, muslimischen, jüdischen bzw. buddhistischen Kultur und weltlichen Ethik“ in den Schulen einzuführen – je nach Konfession und Wahl der Schüler oder ihrer gesetzlichen Vertreter. Aus diesem Anlass veranstaltete das KAS-Auslandsbüro Moskau gemeinsam mit dem Patriarchat der Russischen Orthodoxen Kirche im Februar 2010 eine medienwirksame interreligiöse Konferenz zum Thema „Religions- und Werteunterricht an staatlichen Schulen – die aktuelle Diskussion in Russland und Deutschland“. Der Wertedialog und Erfahrungsaustausch mit deutschen evangelischen und katholischen Experten wird von der ROK sehr geschätzt, da sie mit der Einführung des Religionsunterrichts Neuland betritt. Er soll auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Neben der ROK pflegt die KAS Moskau auch zu der evangelisch-lutherischen Kirche in Russland gute Beziehungen. So wurde auf einer gemeinsamen Tagung 2009 deren rechtliche Stellung im Land und ihr Verhältnis zur ROK diskutiert. An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter der Evangelischen Kirche Deutschlands teil. Überhaupt sind auf den KAS-Konferenzen auch Repräsentanten der EKD und der katholischen Kirche in Deutschland unter den Gästen. Im März 2006 etwa diskutierten sie gemeinsam mit orthodoxen Geistlichen, Ethikern, Politikern und Unternehmern über bioethische Normen. Denn die Herausforderungen der Moderne betreffen alle christlichen Konfessionen.

Metropolit Kyrill, der damalige Leiter des Kirchlichen Außenamtes des Moskauer Patriarchats, hat die Notwendigkeit hierfür in einer Konferenz im Jahre 2003 in Wien wie folgt formuliert: „Seit Beginn der 80er Jahre wuchs in unserer Kirche das Bedürfnis, den Sinn des zurückgelegten historischen Weges zu ergründen und eine Strategie für die kirchliche Tätigkeit für die nächste Zukunft zu entwerfen. Außerdem hatten sich viele Fragen angehäuft, auf die keine klare kirchliche Antwort gegeben worden war“ und auch in der Vergangenheit nicht immer geeignete Antworten gegeben werden konnten: „Es war eine echte pastorale Notwendigkeit entstanden, für den Menschen der Gegenwart eine rechte Orientierung im gesellschaftlichen und persönlichen Leben aufzuzeigen.“

Das Ergebnis dieser Bemühungen der Russischen Orthodoxen Kirche ist ihre Sozialkonzeption vom August 2000. Unter dem Titel „Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche“ hat die KAS das Werk ins Deutsche übersetzt und mit einer Einführung sowie einem Kommentar versehen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dieses Dokument nimmt zu



allen wichtigen Fragen des politischen, rechtlichen, sozialen, wirtschaftlichen und bioethischen Bereichs Stellung. Zur Frage der Menschenrechte und ihrer Konsequenzen für Politik und Gesellschaft hat die Russische Orthodoxe Kirche im Juli 2008 ein gesonder-tes Dokument vorgelegt. Es trägt den Titel: „Die Lehre der Russischen Orthodoxen Kirche über die Würde, die Freiheit und die Menschenrechte“. Das Dokument greift vertiefend Fragen auf, die schon in der Sozialdoktrin 2000 behandelt werden, ergänzt und präzisiert jedoch diese spezifische Problematik in vielerlei Hinsicht. Auch für diese Schrift hat das KAS-Büro Moskau die deutsche Fassung erstellt.



Mit diesen beiden Dokumenten hat die ROK als bisher einzige orthodoxe Kirche zu systematisch und programmatisch formulierten sozialetischen Aussagen gefunden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung konnte mit der deutschen Ausgabe dieser ersten kirchenamtlichen Stellungnahme der Orthodoxie den interkonfessionellen sozialetischen Diskurs fördern und so einen Beitrag zum gegenseitigen kulturellen Verständnis leisten.



UKRAINE

IM SPANNUNGSFELD DER KONFESSIONEN

Die Ukraine hat eine mehr als tausendjährige christliche Tradition. Mit etwa 46 Millionen Einwohnern, von denen rund 90 Prozent orthodoxen Glaubens sind, gehört die Ukraine zu den größten christlich geprägten Ländern überhaupt. Mit der Christianisierung im Jahr 988 begann die Blütezeit der Kiewer Rus als einem der mächtigsten und modernsten europäischen Staaten dieser Zeit. Mit der Massentaufe der Bürger der Rus durch den Fürsten Wladimir I. hatte die Orthodoxie eine dominante Stellung in der Region erreicht. Der Ort der Taufe am Ufer des Dnjestr und das Kiewer Höhlenkloster gelten bis heute als größte Heiligtümer der östlich-orthodoxen Kirchen.

Seit der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine bestimmen jedoch interkonfessionelle Konflikte die ukrainische Orthodoxie. Denn inzwischen beanspruchen drei orthodoxe Kirchen das religiöse Erbe der Rus und die Stellung als ukrainische Nationalkirche für sich: die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats, diejenige des Kiewer Patriarchats und die Ukrainische Autokephale Kirche. Die große Feier des 1020-jährigen Jubiläums der Massentaufe im Jahr 2008 machte dies deutlich: An den Feierlichkeiten nahmen sowohl der Moskauer Patriarch Alexej II. und der Kiewer Metropolit Wolodymyr für die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats teil, wie auch Patriarch Filaret II. von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats und Patriarch Method von der Ukrainischen Autokephalen Kirche.

Die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats sieht sich dabei als einzig legitime Kirche und erkennt die anderen Kirchen kanonisch nicht an. Das Moskauer Patriarchat zeigt sich traditionell eng mit dem sowjetischen und später dem russischen Staat verbunden. Das Autonomiebestreben des Kiewer Patriarchats wird als Abspaltung wahrgenommen und nicht akzeptiert. Dies unterstrich der Moskauer Patriarch Kyrill I. zuletzt nachdrücklich bei seinem ersten Besuch in Kiew im Jahr 2009. Kritische Untertöne mit Blick auf die Existenz des ukrainischen Staates schwingen dabei mit.

Die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats wiederum entstand mit der Auflösung der Sowjetunion gerade als Ausdruck des Strebens nach



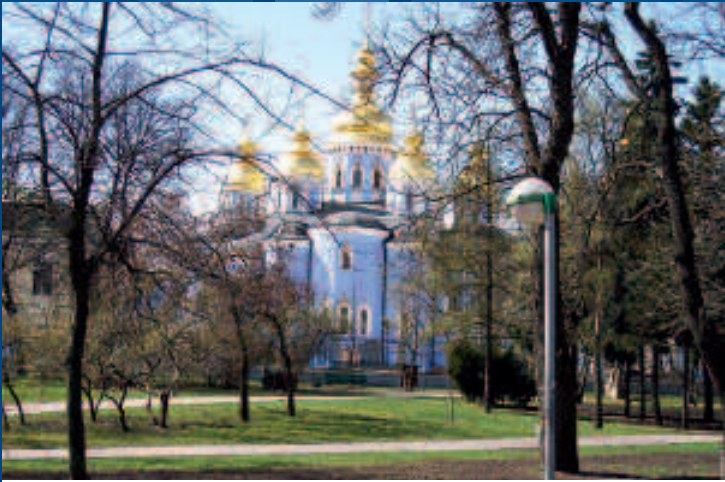
Das Denkmal Wladimir I., Ort der Taufe der Kiewer Rus im Jahr 988

einer eigenständigen, von Moskau unabhängigen Kirche. Sie erhebt den Anspruch, ukrainische Nationalkirche zu werden. Einigungsversuche mit der Autokephalen Kirche Anfang der neunziger Jahre scheiterten jedoch.

Letztere geht auf die kurze Episode der eigenständigen ukrainischen Staatlichkeit im Jahr 1918 zurück. Der gleichzeitige Versuch der Gründung einer nationalen ukrainischen Kirche erhielt großen Zuspruch von den Ukrainern. Von den Bolschewisten wurde er mit dem Ziel der Schwächung der Russischen Orthodoxen Kirche zunächst geduldet, nach deren Bekenntnis zum Sowjetstaat jedoch verboten. Die Ukrainische Autokephale Kirche lebte vor allem in der ukrainischen Diaspora in Nordamerika weiter und ist seit 1989 wieder in der Ukraine zugelassen.

Neben den drei orthodoxen Kirchen existieren insbesondere in der Westukraine eine einflussreiche griechisch-katholische Kirche und eine polnisch geprägte römisch-katholische Kirche. Gemeinsam mit Juden und Muslimen zeigt das Land ein äußerst mannigfaltiges, multireligiöses Bild. Die staatliche Politik ist dieser religiösen Vielfalt und der Spannungen, die sich seit der Unabhängigkeit immer wieder daraus ergeben, bisher wenig gerecht geworden.

Der ehemalige Präsident Wiktor Juschtschenko suchte bewusst die Annäherung des Kiewer Patriarchats an den Patriarchen von Konstantinopel, um eine mögliche kanonische Anerkennung und die Unabhängigkeit von Moskau in die Wege zu leiten. Der zu Jahresbeginn 2010 neugewählte Präsident Wiktor Janukowytsch hingegen hatte sich zuvor recht deutlich auf die Seite des Moskauer Patriarchats begeben. Zuletzt sorgte die Segnung Janukowytschs während seiner Inauguration durch das Moskauer Patriarchat in religiösen Kreisen und in der ukrainischen Gesellschaft für große Unruhe.



Das Kiewer Michaelskloster wurde auf Befehl Stalins gesprengt und in den neunziger Jahren wiederaufgebaut.

Die traditionelle Staatsnähe der orthodoxen Kirchen behindert die Formulierung eigenständiger gesellschaftlicher Positionen. So werden insbesondere die Ukrainischen Orthodoxen Kirchen des Kiewer und des Moskauer Patriarchats im Hinblick auf die ukrainisch-russischen Beziehungen immer wieder auch politisiert.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung nahm nach Aufnahme ihrer Arbeit in der Ukraine im Jahr 1994 schnell eine Rolle als vertrauenswürdiger Moderator für den Dialog zwischen den christlichen Kirchen des Landes ein. Ein Memorandum zur gewaltfreien Austragung von Konflikten zwischen den ukrainischen Konfessionen geht auf eine Initiative der KAS zurück und wurde von den religiösen Führern im Jahr 1998 auf einer KAS-Veranstaltung unterzeichnet. Seitdem organisiert die KAS regelmäßige Gesprächsforen der ukrainischen Kirchen auf höchster Ebene und ist bis heute der einzige Akteur, dem dies erfolgreich gelingt. Zuletzt erweiterte die KAS den Dialog der konfessionellen Oberhäupter durch die Einbeziehung christlich-demokratischer Politiker und Debatten um den Einfluss christlicher Grundwerte in die Gestaltung von Politik. Als Auftakt

Metropolit Emmanuel und der ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko auf der Veranstaltung der KAS im Juli 2008



für diese neuen Gesprächsforen führte die KAS im Juli 2008 ein Treffen aller religiösen Oberhäupter der Region mit den Parteipolitikern der christlich-demokratischen Parteien und führenden Politikern der Europäischen Volkspartei durch. Die Veranstaltung fand unter Teilnahme und Schirmherrschaft des ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko, des Metropoliten Emmanuel, Erzbischof von Frankreich und Vertreter des Ökumenischen Patriarchen bei der EU, sowie des EVP-Fraktionsvorsitzenden Joseph Daul statt.

Die KAS initiierte zudem interkonfessionelle Gespräche zur Rolle der ukrainischen Kirchen in der Zivilgesellschaft. Im Jahr 2008 gelang es auf einem Forum der KAS, eine gemeinsame Erklärung der religiösen Gemeinschaften des Landes zum Zustand der ukrainischen Gesellschaft, zu christlichen Grundwerten und zur Entwicklung der Zivilgesellschaft zu unterzeichnen und zu veröffentlichen.

Über den interkonfessionellen Dialog hinaus bemüht sich die KAS in Zusammenarbeit mit dem Rasumkow-Zentrum um die Schaffung legislativer Grundlagen für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der Ukraine. In einem mehrjährigen Projekt wurde gemeinsam ein Gesetzesentwurf zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche erarbeitet und mit dem Ausschuss für Kirchenfragen des Parlaments, internationalen Experten und den religiösen Gemeinschaften abgestimmt. Das Gesetzgebungsprojekt erhielt hohe Anerkennung von allen Seiten und wird in den legislativen Prozess des Parlaments eingebracht werden.

Darüber hinaus setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine mit einer interkonfessionellen Sommer- und Seminaren zu christlich-demokratischen Grundwerten neue Akzente im Dialog junger Geistlicher.

Im Gespräch bei der KAS: Vertreter der orthodoxen Kirche im Gespräch mit Wolodymyr Stretowytsch, Parteivorsitzender der ukrainischen CDU



WEISSRUSLAND

Weißrussland liegt im Einflussbereich zweier großer christlicher Konfessionen: der orthodoxen Kirche und der römisch-katholischen Kirche, in der vor allem polnische Geistliche tätig sind.

Mit rund 70 Prozent Anteil an der Bevölkerung Weißrusslands ist die Russische Orthodoxe Kirche unter der Leitung des Moskauer Patriarchats die dominante Religion im Land. Obwohl die orthodoxe Kirche seit 1989 offiziell auch die Bezeichnung „Weißrussische Orthodoxe Kirche“ in ihrem Namen führen darf, untersteht sie weiterhin dem Moskauer Patriarchat. Im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Nationalstaaten hat sich in Weißrussland im Rahmen des nationalen Erwachens keine eigenständige („autokephale“) orthodoxe Kirche entwickelt.

Die römisch-katholische Kirche ist durch den jahrhundertelangen polnischen Einfluss in Weißrussland geprägt. Vor allem im Westen, an der Grenze zu Polen, gibt es zahlreiche römisch-katholische Gemeinden, in denen sich überwiegend polnische Geistliche erfolgreich engagieren, was von orthodoxer Seite bisweilen argwöhnisch beobachtet wird. In Weißrussland ist die katholische Kirche die zweitgrößte Religionsgruppe. Alle vier katholischen Diözesen sind staatlich registriert.

Im Jahr 2002 trat das „Gesetz über die Gewissensfreiheit und über religiöse Organisationen“ in Kraft. Die russische Orthodoxie wird darin zur, so wörtlich, „bestimmenden Religion“ in Weißrussland erklärt, die anderen Glaubensgemeinschaften (neben der katholischen Kirche auch die lutherische, jüdische und islamische Gemeinde) werden als solche anerkannt. Zahlreiche Auflagen jedoch widersprechen dem verfassungsmäßig garantierten Recht auf Religionsfreiheit. Zu den Einschränkungen zählen insbesondere das Verbot von Gebetstreffen in Privatwohnungen sowie komplizierte Registrierungsverfahren, die legale religiöse Versammlungen erschweren. Auch Gottesdienste unterliegen Beschränkungen oder werden nicht immer zugelassen. Die größtenteils aus Polen stammenden katholischen Priester haben bei der Einreise immer noch sehr mit restriktiven Visabestimmungen und der Bürokratie zu kämpfen. Ein weiteres Problem ist die noch nicht abgeschlossene Erstattung von kirchlichem Besitz, der während der Sowjetzeit enteignet wurde. Ein Problem, das allerdings nicht nur die katholische Gemeinde betrifft.

Weißrussland ist von einem demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaat noch weit entfernt. Das Hauptanliegen der KAS ist es daher, diejenigen gesellschaftlichen Kräfte zu unterstützen, die danach streben,



Das Büro der KAS in Weißrussland hat seinen Sitz in Vilnius, Litauen. Im Bild die Universität Vilnius, 1578 von Jesuiten gegründet und einer der östlichsten Vorposten der Gegenreformation im 16. Jahrhundert.

dass das Land den ihm traditionsbedingt gebührenden, angestammten Platz inmitten der europäischen Wertegemeinschaft wieder einnehmen kann.

Zu diesen Kräften gehören sicherlich die Kirchen – und Menschen wie Institutionen, die christlichem Gedankengut nahestehen. Mit der Weißrussischen Orthodoxen Kirche unterhält die KAS seit Jahren einen vertrauensvollen, konstruktiven Dialog. Das „Christliche St. Kyrill- und Method-Bildungszentrum Minsk“, das unter dem Vorsitz des Metropoliten Filaret von Minsk und Sluzk, Patriarchenexarch von ganz Weißrussland, geführt wird, ist ein beständiger Projektpartner der KAS. 2009 etwa wurde gemeinsam eine mehrteilige Gesprächsreihe zum Thema „geistige Grundlagen“ im Hinblick auf soziale und wirtschaftliche Folgen der Globalisierung für die moderne Gesellschaft durchgeführt. Die Kirche vermag als eine der wenigen sozialen Institutionen im postsowjetischen Raum verantwortungsvoll darauf hinzuweisen, dass eine Diskussion über ethische Grundlagen für den Aufbau neuer Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Betätigung notwendig ist.

Doch auch die interkonfessionelle Kommunikation und Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften in Weißrussland ist – zumal vor dem nicht immer spannungsfreien Hintergrund – ein wichtiges Anliegen der KAS vor Ort. Hier erfolgt die Kooperation mit dem Institut für interreligiösen und interkonfessionellen Dialog bei der Synode der Weißrussischen Orthodoxen Kirche. So machte etwa eine internationale Konferenz im November 2009 auf die Bedeutung religiöser Werte als Grundlage gegenseitiger Achtung und Toleranz in der bürgerlichen Gesellschaft aufmerksam, die sich zunächst speziell am Beispiel des christlich-jüdischen Dialogs ausrichtete. In den Diskussionen, an denen u.a. Metropolitan Filaret, Walter Kardinal Kasper und der für die Repatrianten zuständige Rabbi Jehuda Gordon teilnahmen, wurde über die Voraussetzungen und Chancen eines christlich-jüdischen Dialogs in einer multi-konfessionellen und multi-kulturellen Gesellschaft gesprochen. Die Stiftungsarbeit leistet damit einen Beitrag zu der Frage, wie sich unterschiedliche religiöse und kulturelle Traditionen heute gegenseitig bereichern können.

BALTISCHE LÄNDER

Der Konfessionsteppich und die Bedeutung des Christentums in den drei baltischen Ländern stellen sich sehr unterschiedlich dar. Lettland ist überwiegend evangelisch-lutherisch, mit einer katholischen Minderheit im Westen des Landes. Estland ist weitgehend konfessionslos und Religion spielt nur noch für weniger als ein Fünftel der Bevölkerung eine Rolle. In Litauen hingegen gehört ein Großteil (80 Prozent) der römisch-katholischen Kirche an, wovon sich mehr als zwei Drittel als praktizierend bezeichnen. Die übrigen vertretenen Konfessionen sind russisch-orthodox (ca. 4 Prozent) und evangelisch-lutherisch (2 Prozent). Vilnius ist auch Sitz eines Apostolischen Nuntius, der als diplomatischer Vertreter des Papstes für alle drei Baltischen Länder zuständig ist.

In den Baltischen Ländern ist die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem Auslandsbüro in Riga (Lettland) vertreten, von wo aus auch die Projektarbeit in Litauen und Estland betreut wird.



Anlässlich des 20. Jahrestages der Unabhängigkeit Litauens im März 2010 hat die KAS in Zusammenarbeit mit dem Apostolischen Nuntius, dem litauischen Institut für demokratische Politik sowie dem Kolpingwerk Kaunas mit einer großen Festkonferenz der Unabhängigkeitserklärung Litauens gedacht. Unter dem Motto „Im Zentrum Menschenwürde“ wurde der Werte erinnert, welche die Grundlage der Demokratie bilden und die christlichen Ursprungs sind. Vor zwei Jahrzehnten wurden im Kampf um die Unabhängigkeit Litauens diese Werte wiedererrungen. Sie auch weiterhin lebendig zu halten, sieht die KAS in den Baltischen Ländern auch in Zukunft als ihre Aufgabe an.

DER VORSITZENDE DER KAS ZU BESUCH IN WEISSRUSSLAND

Das Engagement der KAS in Weißrussland und die große Bedeutung, die der internationalen Arbeit der Stiftung hier exemplarisch zukommt, unterstrich der KAS-Vorsitzende Dr. Hans-Gert Pöttering durch die Entscheidung, seine erste Auslandsreise in der Funktion des Vorsitzenden der KAS nach Weißrussland zu unternehmen. Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments hat damit nicht nur ein politisches Signal

gesetzt, sondern auch die Ziele bekräftigt, denen sich die KAS verpflichtet fühlt: die Stärkung der Demokratie und Sicherung der Freiheit, der Schutz und die Wahrung von Menschenwürde und Menschenrechten.



Für Dr. Hans-Gert Pöttering ist der Einsatz für die christlich-abendländischen Überzeugungen der europäischen Wertegemeinschaft nicht nur ein Gebot der Solidarität, sondern auch eine moralische Verpflichtung. Daher suchte der Vorsitzende der KAS auch das Gespräch mit Kirchenvertretern (im Bild mit Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz).

Neben politischen und zivilgesellschaftlichen Partnern der Stiftung kam Dr. Hans-Gert Pöttering in Minsk auch mit den beiden höchsten kirchlichen Würdenträgern in Weißrussland

zusammen: Der katholische Erzbischof von Minsk und Mogiljow, Tadeusz Kondrusiewicz, informierte den Vorsitzenden über die Lage der Katholiken in Weißrussland und schilderte das Zusammenleben zwischen den Konfessionen, insbesondere zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche. In dem Gespräch mit Filaret, dem Metropoliten von Sluzk und Minsk, standen Rolle und Stellenwert der Russischen Orthodoxen Kirche in Weißrussland sowie deren Beziehung zu Staat und Gesellschaft im Mittelpunkt. Auch Filaret äußerte seine Einschätzung des interkonfessionellen Dialogs in Weißrussland und hob die guten Beziehungen der ROK zu anderen Glaubensgemeinschaften hervor. Der Metropolitan betonte ebenso die gute Zusammenarbeit seiner Kirche mit der KAS.

Der Vorsitzende wies auf die Verpflichtung hin, die Gemeinsamkeiten, die Christen und Anhänger anderer Religionen verbinden, in den Dialog mit einzubringen. Der Vertrag von Lissabon beruht auf christlichen Prinzipien – es sei die Aufgabe aller Christen in und für Europa, sich ihrer verantwortlich anzunehmen und sich für ihre Stärkung und Verbreitung in der europäischen Kultur und Politik einzusetzen.

RUMÄNIEN UND BULGARIEN

ORTHODOXE STIMMEN IN DER EU

Die beiden neuen EU-Länder Rumänien und Bulgarien sind orthodox geprägt mit einer jeweils eigenen, autokephalen Kirche, der ca. 85 Prozent der Bevölkerung angehören. Beide Kirchen sind als Patriarchate organisiert und befinden sich mit den anderen orthodoxen Schwesterkirchen in dogmatischer, liturgischer und kanonischer Gemeinschaft. Vor allem in Rumänien ist der Einfluss des Glaubens – zumal gemessen an den Säkularisierungsbestrebungen während der kommunistischen Zwangsherrschaft – noch groß, wenngleich er sich eher indirekt und im privaten Alltagsleben äußert.

Mit dem Beitritt der beiden Länder hat die EU zu ihrer griechisch-orthodoxen Stimme noch eine weitere hinzubekommen: eine (süd)osteuropäisch-orthodoxe Stimme, die zwar noch weitgehend unbekannt ist, gleichwohl aber eine große Prägekraft besitzt.

In beiden Ländern gilt die Arbeit der KAS im Dialog mit Kirchenvertretern der grundsätzlichen Wertorientierung, Erinnerungskultur und sozialen Verantwortung. Dies mit dem Ziel, die Voraussetzungen für einen Dialog zwischen Kirche, gesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien zu schaffen, damit christliche Werte in die Debatten und das Handeln in Politik und Gesellschaft mit einfließen können. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt trat durch den Beitritt der beiden Länder in die EU in den Vordergrund – es galt, das europäische Wertefundament im Hinblick

auf das Potential der orthodoxen Kirchen und deren Rolle im neuen Europa zu beleuchten.

In den vergangenen Jahren fanden dazu eine Reihe von Tagungen und Seminaren statt, die sich vornehmlich an die jeweilige orthodoxe Kirche, aber auch an die anderen christlichen Minderheitenkirchen und Glaubensgemeinschaften richteten: in Bulgarien vor allem an die katholische Minderheit, in Rumänien an die evangelisch-lutherische sowie römisch- und griechisch-katholische und reformierte Kirche.

RUMÄNIEN – VOM BEITRITT ZUR INTEGRATION

Die zentrale Aufmerksamkeit der Stiftungsarbeit im Beitrittsjahr 2007 war dem Weg Rumäniens in die Europäische Union gewidmet. Unter dem Motto „vom Beitritt zur Integration“ erörterte die KAS Themenschwerpunkte wie Fragen der Vermittlung kultureller und religiöser Eigenheiten sowie nach Ansätzen einer rumänischen christlich-demokratischen Programmatik und (Europa-)Politik. Dabei wurde speziell die Frage nach dem Beitrag, den die Rumänische Orthodoxe Kirche zu einer christlich-demokratischen Politik leisten kann und ihren diesbezüglich vorhandenen oder zu entwickelnden sozialetischen Konzeptionen erörtert. Möglichkeiten des konkreten, praktischen Hineinwirkens der Rumänischen Orthodoxen Kirche in den Bereich der nationalen und europäischen Forschungspolitik (etwa zu Themen der Rahmengesetzgebung im Bereich der Embryonal- und Stammzellenforschung) und Sozialpolitik wurden ebenso angesprochen wie Überlegungen zu den grundsätzlichen Merkmalen einer christlich demokratischen Europapolitik und der Frage, welche Werte als programmatische Grundelemente unverzichtbar sind.

Klostergarten in der Moldau, Rumänien



Ikonenverehrung in der Maramures, Rumänien



SIEBENBÜRGEN

EIN BRENNGLAS KONFESSIONELLER VIELFALT

In Rumänien ist der multikonfessionelle Kontext auf einzigartige und besondere Weise in Siebenbürgen ausgeprägt – ein Brennglas konfessioneller Vielfalt seit Jahrhunderten. Nicht zufällig war Hermannstadt, das kulturelle und geistige Zentrum der Region und evangelischer Bischofssitz, nicht nur Kulturhauptstadt 2007, sondern auch die Stadt der dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung. Die zahlreichen ökumenisch orientierten siebenbürgischen Institutionen sind Folge und Zeugnis des interkonfessionellen Bewusstseins eines erfahrungsgeprägten Zusammenlebens. So etwa das rumänische Institut für interorthodoxe, interkonfessionelle und interreligiöse Studien (INTER) mit Sitz in Klausenburg oder auch das Institut für Ökumenische Forschung Hermannstadt der Evangelischen Akademie Siebenbürgen (EAS). Mit beiden verbindet die KAS eine intensive Zusammenarbeit.

In der Themenreihe „Kirche-Gesellschaft-Politik“ fand etwa 2007 in Hermannstadt in Kooperation mit dem Institut für Ökumenische Forschung Hermannstadt der Evangelischen Akademie Siebenbürgen (EAS) und der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft Berlin eine interdisziplinäre Fachtagung zur Bedeutung der Kirchen in der rumänischen Gesellschaft und Politik statt. Ihre rechtliche Stellung im Staat in Theorie und Praxis wurde dabei ebenso behandelt wie ihr potentieller Beitrag zum Aufbau einer solidarischen Zivilgesellschaft mit demokratisch-rechtsstaatlichen Institutionen. Auch die soziale Verantwortung der Kirche wurde thematisiert, ebenso ihre Beziehungen zu Minderheitenkirchen und anderen Glaubensgemeinschaften.

Jüngere Entwicklungen wie das neue Kultusgesetz zeigen: Die Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in Rumänien befinden sich auf gutem Wege. Dennoch sind die Kirchen nach wie vor aufgerufen, das große Vertrauen, das die Bevölkerung ihnen entgegenbringt, in höherem Maße auszuschöpfen. Die Rumänische Orthodoxe Kirche ist in der Bevölkerung sehr verankert und geschätzt. Christliches Gedankengut findet allerdings kaum Niederschlag in der Politik. Mit dem Rumänischen Institut INTER untersucht die KAS diesen Widerspruch. Die Erarbeitung einer „Sozialtheologie“ als gesamtkirchliche Strategie und mögliche Grundlage auch für politisches Handeln ist bereits gemeinsam in die Wege geleitet.

Ihrem Schwerpunktthema „soziale Verantwortung der Kirchen“ geht die KAS ebenfalls in Siebenbürgen nach, um die einst tragende soziale und karitative Rolle der Kirchen in dieser Region wiederzubeleben.



Die Alexander-Newski-Kathedrale – eines der Wahrzeichen der bulgarischen Hauptstadt Sofia.

BULGARIEN

BRÜCKEN ZUR VERSTÄNDIGUNG

Neben der orthodoxen Mehrheit leben in Bulgarien noch ca. 12 Prozent Muslime und eine kleine Minderheit (ca. 1 Prozent) römisch-katholischer Christen, von einer geringen Anzahl armenisch-apostolischer Gläubiger und der zunehmend schwindenden jüdischen Gemeinde abgesehen. Zwar garantiert die bulgarische Verfassung von 1991 Religionsfreiheit, doch wird der Orthodoxen Kirche als „traditionelle Religion“ ein besonderer Status zuerkannt. Ein nicht immer spannungsfreies Verhältnis zu den anderen Religionsgemeinschaften ist die Folge. Der interkonfessionelle wie interreligiöse Dialog ist daher in Bulgarien ein Desiderat, das die KAS hier unterstützt. In den Jahren 2008 und 2009 hat die KAS dazu eine Reihe von Veranstaltungen sowie ein Dialogprogramm organisiert, zu dem auch der Sonderbeauftragte der COMECE für interreligiöse Beziehungen, der Altbischof von Hildesheim, Dr. Josef Homeyer, als Hauptredner und Dialogpartner geladen war. Mit Metropolit Dometian konnten Anliegen der katholischen Kirche sowie der Religionsgemeinschaften im Land erörtert werden. Deren Rolle in der Gesellschaft wurde dabei nicht nur bezüglich des inner-bulgarischen Raums, sondern auch mit Blick auf die Europäische Union erörtert.

Denn auch in Bulgarien hat sich die KAS der neuen Herausforderungen durch die EU-Mitgliedschaft für die Kirchen angenommen. Mit Veranstaltungsreihen zu ethischen Grundlagen der europäischen Wertegemeinschaft und Politik sowie „Orthodoxie und Demokratie“ wurden in den Jahren davor wichtige Grundlagen gelegt, den Kirchen in der neuen demokratisch-pluralistischen Gesellschaft Orientierung zu bieten. Durch den europäischen Einigungsprozess ist ein wachsendes Interesse an Religion zu verzeichnen, das auch eine zunehmende Bedeutung der interreligiösen Zusammenarbeit nach sich zieht. Dazu könnte sich, wie etwa in Bosnien und Herzegowina, auch in Bulgarien die Einrichtung eines Interreligiösen Rates als geeignetes Instrument erweisen. Die KAS Sofia nimmt sich dieser Möglichkeit an.

Mit einer Bestandsaufnahme der Europadebatte in den Kirchen Rumäniens blieb die spezifische Rolle der Kirchen in Europa auch im darauffolgenden Jahr im Fokus, was sich u. a. in einem international besetzten, ökumenischen Symposium niederschlug. Der Partner der KAS war erneut die Evangelische Akademie Siebenbürgen in Hermannstadt. Zu den Themenschwerpunkten zählten die Haltung der Kirchen zur Westintegration Rumäniens, zu Religionsunterricht und religiösen

Symbolen in Schulen und öffentlichen Gebäuden sowie zur europäischen Wertegemeinschaft. Der Kritikpunkt wurde laut, dass sich die EU überwiegend als Wirtschaftsunion verstehe und ihren Charakter als Wertegemeinschaft vernachlässige.



Teilnehmer der KAS-Tagung „Die Europadebatte in den Kirchen Rumäniens“, Hermannstadt 2008

DIE KIRCHEN RUMÄNIENS WÄHREND DER KOMMUNISTISCHEN DIKTATUR

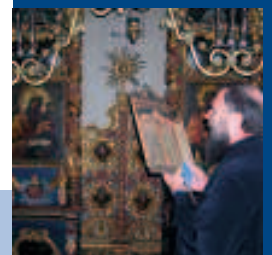
Ihren thematischen Schwerpunkt der Erinnerungskultur und Aufarbeitung der Vergangenheit initiierte die KAS mit einer Fachkonferenz zum Thema „Kirche und Kommunismus“, die im Jahr 2009 in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Siebenbürgen in Hermannstadt veranstaltet wurde. Dabei wurde deutlich: Die Kirchen waren in der Opferrolle.

Die offizielle atheistische Ideologie, welche die Kommunistische Partei vertrat und durch den Geheimdienst „Securitate“ sichern ließ, setzte die Kirchen unter massiven Druck. Eine antireligiöse Politik sollte das Bewusstsein der Gesellschaft von „mystischen Elementen reinigen“, in den 70er Jahren wurden Christen sogar in psychiatrische Anstalten weggesperrt. Enteignungen und die Entfernung religiöser Symbole aus dem öffentlichen Raum gehörten noch zu den harmlosesten der zahlreichen repressiven Maßnahmen. Der kritische Streifzug durch die kommunistische Vergangenheit Rumäniens brachte Wunden zutage, die der weiteren Aufarbeitung bedürfen. Die KAS wird diesen Prozess unterstützend begleiten.

„HEALING OF MEMORIES“

KULTUREN UND RELIGIONEN IM SCHWARZMEERRAUM

Schnittstelle Schwarzes Meer: In der Dobrukscha, der rumänisch-bulgarischen Grenzregion, begegnen sich seit jeher Völker und Kulturen. Mit einer zweiteiligen internationalen Konferenz hat sich die KAS in Zusammenarbeit mit der Stiftung für Versöhnung in Südosteuropa (Foundation Reconciliation in Southeast Europe, RSEE) und dem Genfer Weltkirchenrat in der Schwarzmeerstadt Konstanz dem Einfluss von Geschichte und Kultur, Religion und Identität auf die kulturellen und gesellschaftlichen Werte der Region gewidmet. Das Zusammenleben in dem Gebiet zwischen Donau und Schwarzem Meer bezeugt die Möglichkeiten einer Überwindung trennender Konfliktgeschichte auf dem Balkan. Zweitausendjährige Wanderbewegungen haben hier zu einer religionsübergreifenden Werteentwicklung geführt und nicht nur einen gemeinsamen Geschichtsraum, sondern auch Kulturraum geschaffen. Für die heutigen Migrationsbewegungen und mit Blick auf ein zusammenwachsendes Europa kann die Region beispielhaft sein.



Kloster in der Bukowina, Rumänien (Außen- und Innenansicht)

SERBIEN, MONTENEGRO UND KOSOVO

Die KAS betreut von ihrem Belgrader Büro aus nicht nur Serbien, sondern auch Montenegro und Kosovo (bis 2010). Obwohl sich die drei Länder fast ein Jahrhundert lang in einem gemeinsamen Staatenverband befanden, bringen sie höchst unterschiedliche historische, ethnisch-kulturelle, politische und sozialökonomische Voraussetzungen mit. Auch die religiöse Landschaft ist verschieden und bietet derzeit nur in Serbien Voraussetzungen für einen fruchtbaren Dialog zwischen Konfessionen oder Religionen. In Montenegro gehören etwa drei Viertel der Bevölkerung der Serbisch Orthodoxen Kirche (SOK) an. Infolge von Abspaltungsbestrebungen hin zu einer eigenständigen Nationalkirche – wie in Mazedonien oder auch der Ukraine – hat sich daneben noch die Montenegrinische Orthodoxe Kirche formiert. Diese ist als NRO registriert und wird von der SOK und den anderen orthodoxen Nationalkirchen kanonisch nicht anerkannt. Innerorthodoxe Konflikte sind die Folge und erschweren nachhaltig den Dialog. Im Kosovo ist die Lage noch komplizierter, weil die Konfrontation zwischen mehrheitlich muslimischen Albanern, welche die Unabhängigkeit anstreben, und der serbisch-orthodoxen Bevölkerungsminderheit alle Lebensbereiche umfasst. Ein Gesprächsfaden, der interethnische wie interreligiöse Projekte verfolgt, ließe sich kaum knüpfen oder würde bald reißen.

Die Arbeit der KAS im Religionsbereich konzentriert sich daher auf Serbien. Hier ist das Thema aufgrund der jüngsten Konfliktvergangenheit zwar ebenfalls alles andere als unbelastet, aber möglich und als langfristige Investition in die politische Kultur als durchaus lohnenswert zu sehen. Daher hat sich die KAS – wie in Bosnien – in eine Vorreiterrolle begeben und die Arbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften zu einem ihrer Markenzeichen gemacht. Inzwischen ist es gelungen, mit dialogbereiten Vertretern sub-



Die religiöse Landschaft der Region ist durch Vielfalt geprägt. (Bild oben: Kirchen in Serbien, Bild unten: Moschee im Kosovo)

stantielle und vertrauensvolle Kontakte aufzubauen und verschiedene Projekte in die Wege zu leiten.

In Serbien ist die orthodoxe Kirche in einer starken Mehrheitsposition. 85 Prozent der Bevölkerung ist serbisch-orthodox, ca. fünf Prozent römisch-katholisch, drei Prozent muslimisch und ein Prozent evangelisch. Allerdings ist die Religiosität aufgrund ihrer Schwächung in kommunistischen Zeiten nicht sonderlich ausgeprägt: Der Glaube wird kaum noch praktiziert. Das komplexe Verhältnis der Glaubensgemeinschaften untereinander erfordert zudem den Dialog nicht nur mit der Mehrheitskirche.

Vor diesem Hintergrund sind die Maßnahmen der KAS Belgrad immer auch interreligiös fokussiert. Das Arbeitsspektrum konzentriert sich auf gesellschafts-politische Fragen, um den Beitrag der Kirchen zur Entwicklung der Gesellschaft im Hinblick auf soziale und ethische Verantwortung, Versöhnung und Toleranz zu fördern und zu stärken. Mit Partnern vor Ort, von denen die SOK, die Caritas und das Christliche Kulturzentrum zu den wichtigsten gehören, hat die KAS Belgrad zahlreiche Maßnahmen und Initiativen in diesem Themenspektrum durchgeführt. Das Christliche Kulturzentrum ist eine gemeinnützige NRO unter Schirmherrschaft des Patriarchen, deren Leiter zudem gute Kontakte zum katholischen Erzbischof pflegt. Nicht zuletzt ist es auch dem Vernetzungsbemühen der KAS zu verdanken, dass einzelne Bischöfe und Priester bereits gut mit Vertretern anderer Kirchen und Glaubensgemeinschaften zusammenarbeiten. Es zeigt sich bereits, dass die Zusammenarbeit langfristig auf die Gläubigen und die Gesellschaft als solche abstrahlen beginnt.

In der Kooperation zwischen orthodoxen und katholischen Glaubensvertretern macht sich dies bereits bemerkbar. Letztere befinden sich in einer Minderheitenposition. Sie gehören unterschiedlichen ethnischen Gruppen an (Kroaten, Slowenen und Ungarn), sind räumlich zerstreut und pflegen unterschiedliche Riten.

Die Beziehungen haben sich inzwischen jedoch verbessert: Es fanden Treffen zwischen Vertretern beider Kirchen statt, die orthodoxe theologische Fakultät in Belgrad und die Päpstliche Lateranuniversität kooperieren, gemeinsame humanitäre Aktivitäten nehmen zu. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit (wie etwa in Bosnien und Herzegowina in Form eines Interreligiösen Rates) wird zwar seitens der Hauptprotagonisten noch mit Skepsis betrachtet, gleichwohl stoßen Informationsprogramme auf großes Interesse. Konstruktiv ist der Dialog vor allem dann, wenn Herausforderungen thematisiert werden, die letztlich alle Kirchen und Glaubensgemeinschaften betreffen – wie etwa soziale Fragen, die Verortung von Religion in der säkularen, modernen Gesellschaft, die Konfrontation von Wissenschaft und Glaube, oder Werte- und Bindungsverlust.

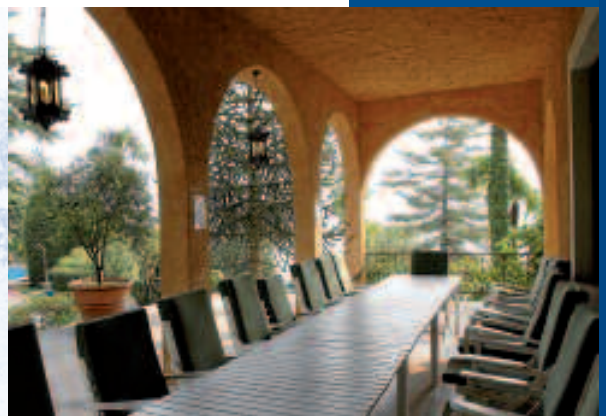
Zu den mit der Kirche gemeinsamen Themen, denen sich die KAS Belgrad widmet, gehört auch die Rolle der Medien als einer der wichtigsten Multiplikatoren unserer Zeit. Ziel ist, die Darstellung von Religion in den Medien und die Selbstdarstellung durch ihre Vertreter zu diskutieren und optimieren. Dazu bietet die KAS seit 2007 einwöchige Workshops für Pressereferenten und Medienverantwortliche der Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie für Radio- und Zeitungsjournalisten mit religiösen Schwerpunktthemen an. Das praktische Training von Interviews, das Erstellen von Beiträgen und Reportagen für Print, Radio und Film gehört dabei ebenso dazu wie die theoretische Auseinandersetzung mit medienbezogenen Grundsatz- oder auch Zukunftsthemen, wie etwa mögliche Entwicklungen im Mediensektor angesichts der zunehmenden Digitalisierung.

Mit ihren Maßnahmen ist es der KAS gelungen, eine Offenheit für den gesellschaftspolitischen Dialog in Kirchenkreisen zu bewirken und eine Plattform zu bieten, deren Foren sich verstetigt haben. Dazu gehören hochrangige Treffen wie der interreligiöse Dialog in Cadenabbia (s. unten) oder auch die „Serbientagung“, welche die KAS Belgrad seit 2003 mit unterstützt. Sie findet im Wechsel in Serbien und Deutschland statt und ist ein Projekt von EKD, DBK und SOK. Doch nicht nur die Gesprächsangebote der KAS werden zunehmend angenommen, auch die KAS selbst wird immer öfter als Beraterin und Mittlerin zu Gesprächen eingeladen. Die Arbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften bleibt daher auch in Serbien ein markanter – und lohnenswerter – Fokus der Stiftungsarbeit.

CADENABBIA

BEGEGNUNGSSTÄTTE FÜR DEN INTERRELIGIÖSEN DIALOG

Ein auf Versöhnung abzielender Dialog in der Gesamtregion kann nicht funktionieren, wenn nicht auch ein entsprechender Gesprächsfaden in Serbien aufgebaut wird. Die hochrangigen Treffen im Cadenabbia-Dialog zielen genau hierauf ab: Seit 2002 bringt die KAS Belgrad Entscheidungsträger aus Politik, Kirche und der Religionsgemeinschaften aller Staaten Ex-Jugoslawiens mit deutschen Experten in ihrer Begegnungsstätte am Comer See zusammen. Der jährlich stattfindende Dialog dient der Verständigung über soziale und gesellschaftspolitische Belange in der Region des Westlichen Balkans und erörtert Fragen, die alle Religionsgemeinschaften betreffen: die Verantwortung der Kirchen und Glaubensgemeinschaften im Hinblick auf Frieden, Toleranz und soziale Gerechtigkeit, ihre Rolle in der Erziehung der Jugend zu diesen Werten, ihr Verhältnis zum Staat und zu den Medien. Vor allem in Serbien hat der Dialog dazu beigetragen, dass die Kirchen und Religionsgemeinschaften heute in einem regen Austausch stehen.





Bischof Irinej (SOK) im Gespräch mit orthodoxen und katholischen Jugendlichen im Rahmen der Seminarreihe „Friedensbrücken“

ZIELGRUPPE

JUNGE THEOLOGEN

VERSTÄNDIGUNG
MIT ZUKUNFTSPOTENTIAL

Ein Hauptgrund für interethnische und interreligiöse Spannungen sind Unwissenheit und Vorurteile. Mit dem „Treffen junger Theologen“ hat die KAS Belgrad 2007 eine Seminarreihe ins Leben gerufen, die Begegnungen zwischen den künftigen Kirchen- und Religionsvertretern ermöglichen und die gegenseitige Unkenntnis abbauen soll. Diskutiert wird über politische und gesellschaftliche Fragen der Zeit. Die jungen Theologen besuchen ihre jeweiligen Gotteshäuser und Fakultäten, lernen das Andere und den Anderen kennen und bauen so Vorurteile ab. Das Konzept sieht drei Treffen im Jahr vor, die in jeweils drei Städten zu unterschiedlichen Themen stattfinden, wobei bei jedem Treffen eine andere Konfession im Mittelpunkt steht. So fand zum Beispiel die jüngste Dreierreihe in Subotica im Dezember 2008, in Novi Pazar im Oktober 2009 und im Dezember 2009 in Belgrad statt. Im Zentrum etwa des letzten Treffens stand das Thema „Globalisierung und Menschenrechte“, das aus Sicht der katholischen Kirche behandelt wurde.

Dem ging eine Veranstaltungsreihe voraus, die sich ebenfalls an junge orthodoxe und katholische Theologen in Serbien wandte. Unter dem Motto „Friedensbrücken“ fanden in diesem Rahmen regelmäßig Seminare und Diskussionsveranstaltungen statt, welche die KAS gemeinsam mit der römisch-katholischen und Serbischen Orthodoxen Kirche sowie der Caritas, dem Christlichen Kulturzentrum und der Organisation „Menschenliebe“ konzipiert und durchgeführt hat. Das Projekt diente dazu, die Jugendlichen über Themen wie Toleranz, Verständigung und Identität ins Gespräch kommen zu lassen. Der Weg des direkten Kennenlernens und des konkreten Erfahrung- und Gedankenaustauschs hat sich für das Verständnis der jungen Theologen untereinander als äußerst fruchtbar erwiesen und zu neuen Initiativen und Vernetzungseffekten geführt. Es war das erste Projekt, an dem die serbisch-orthodoxe und die römisch-katholische Kirche gemeinsam beteiligt waren.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

RELIGIÖSE VIELFALT IN EUROPA

Von den Staaten des Balkans ist Bosnien und Herzegowina das Völkergemischte, in dem die kulturelle und religiöse Vielfalt am ausgeprägtesten ist. Neben den in der Verfassung genannten „konstitutiven Volksgruppen“ der Bosniaken, Serben und Kroaten, welche die Mehrheit der Bevölkerung bilden, sind noch insgesamt 17 Minderheiten registriert. Dabei entspricht die ethnische meist auch der religiös-konfessionellen Zugehörigkeit: Die Bosniaken sind überwiegend Muslime und machen, Schätzungen zufolge, 40-48 Prozent aus, die Serben orthodox (ca. 33 Prozent) und die Kroaten römisch-katholisch (ca. 15 Prozent). Der Rest sind Protestanten (ca. 4 Prozent), Angehörige der jüdischen Gemeinde und anderer Glaubensgemeinschaften.

Die konstitutiven Volksgruppen enthalten demnach selbst ein konstitutives Element: die religiöse bzw. konfessionelle Zugehörigkeit. Ethnische Zugehörigkeit wird meist über Religionszugehörigkeit wahrgenommen und definiert. Interethnischer Dialog bedeutet daher immer auch interreligiöser Dialog.

Aufgrund der ethnisch-nationalen und religiös-konfessionellen Zersplitterung, die das Land seit den Machtkämpfen zwischen Rom und Byzanz, der Fremdherrschaft des Osmanischen Reichs, der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und schließlich des Kunstgebildes „Jugoslawien“ gekennzeichnet hat, ist der interreligiöse Dialog hier eine zentrale Aufgabe. Dies umso mehr, als die Vertreibungen und „ethnischen Säuberungen“ während des jüngsten Krieges (1992-1995) Vertrauen und Toleranz zwischen den Volksgruppen nachhaltig erschüttert haben.

Dieser Aufgabe hat sich die KAS in Bosnien-Herzegowina seit Aufnahme ihrer Tätigkeit 1997 angenommen, um zur Erneuerung des Vertrauens, zur Bewältigung der Vergangenheit und Versöhnung zwischen den Volksgruppen beizutragen. Es ist keine einfache Aufgabe, der sich die KAS hier stellt. Kriegserfahrungen sind keine leichte Hypothek. Das Feld des interreligiösen Dialogs ist äußerst sensibel und wird von den anderen internationalen Akteuren daher meist gemieden.

Als wichtigster Kooperationspartner hat sich dabei der 1997 gegründete „Interreligiöse Rat“ (IRR) erwiesen. In ihm haben sich die höchsten Würdenträger der vier traditionellen Religionen Bosnien-Herzegowinas zusam-

mengeschlossen. Anfang 2005 wurde er zu einer unabhängigen Organisation und ist seither ein Hauptpartner der Stiftung vor Ort. Das erste gemeinsame Anliegen war die Diskussion über das für alle Religionsgemeinschaften gleichermaßen bedeutsame Religionsgesetz. Das „Gesetz über die Religionsfreiheit und Rechtsstellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Bosnien-Herzegowina“ ist im März 2004 auf Anregung des IRR in Kraft getreten. Es sichert das Existenzrecht der Kirchen und Religionsgemeinschaften und stellt einen Hauptschritt für die Gewährung von Religionsfreiheit dar.

In einer Serie von Gesprächskreisen wurde bereits 2005 über Bedeutung und Auswirkungen dieses Gesetzes in allen Regionen des Landes diskutiert. Dadurch befanden sich die betreffenden Religionsgemeinschaften manchmal in der Mehrheit, manchmal in der einer Minderheitenposition. Neben lokalen Geistlichen nahmen Vertreter der zuständigen Ministerien – für Menschenrechte und Justiz – sowie der politischen Parteien und von Nichtregierungsorganisationen teil.

Die Gespräche erlangten große öffentliche und mediale Aufmerksamkeit und ein beachtliches Ergebnis: Sie bewirkten, dass das zuständige Ministerium für Menschenrechte die notwendige Durchführungsverordnung zum Religionsgesetz in Angriff nahm und die Arbeit daran beschleunigte. Zudem wurden Mängel in der Anwendung des Gesetzes offengelegt, ein diesbezügliches Problembewusstsein geschaffen und die Kontrolle durch lokale Behörden verbessert.

DIALOGERGEBNIS „ZUM ANFASSEN“: DER INTERRELIGIÖSE KALENDER

In Zusammenarbeit mit dem Interreligiösen Rat und dem Interreligiösen Institut in Bosnien und Herzegowina gibt die KAS jedes Jahr einen interreligiösen Kalender heraus. Er enthält



die wichtigsten religiösen Feiertage der vier traditionellen Religionsgemeinschaften des Landes (Islam, orthodoxes und lateinisches Christentum sowie Judentum) und erscheint in vier Sprachen: auf Englisch, Bosnisch, Serbisch und Kroatisch. Ziel ist es, das Wissen über die jeweiligen Religionen und Traditionen zu vertiefen und damit das Verständnis und den Respekt füreinander zu fördern. Mit Photos aus der Projektarbeit der KAS zur Unterstützung des interreligiösen Dialogs im Lande wird der Kalender – wie auch der Dialog – anschaulich gemacht.



Orthodoxe Saborna-Kirche in Sarajevo

Unterstützt wurde der Prozess durch die Durchführung internationaler Konsultationen mit dem International Council of Christians and Jews (ICCJ)/Abrahamic Forum Mitte November 2005 in Sarajevo, zu welchem die KAS auch die Oberhäupter des IRR einlud. Ein Schritt, der sich lohnte: Die Konsultationen wurden ein bemerkenswerter Erfolg und festigten das Vertrauen der obersten Repräsentanten des IRR untereinander.

Damit wurde eine gemeinsame Reise nach Brüssel möglich, welche die KAS im April 2006 organisierte. Die Informations- und Studienreise der Häupter des IRR nach Brüssel war ein weiterer wichtiger Schritt zur inneren und äußeren Stärkung des Selbstverständnisses und der Autorität des IRR. Im Hinblick auf die zuvor eingeleiteten Verhandlungen um ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen für den Balkanstaat war diese Reise der höchsten religiösen Würdenträger des Landes zudem ein positives politisches Signal zugunsten der Einheit des Landes und der Heranführung Bosniens und Herzegowinas an die Europäische Union.

Mit der Gründung eines „Interreligiösen Instituts“ im Oktober 2007 erreichte die intensive und fruchtbare Kooperation mit dem IRR einen vorläufigen Höhepunkt. Das Institut will an die Erfahrungen anknüpfen, die in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem mit den kirchlichen Bildungs- und Begegnungshäusern

RELIGION IM SÄKULAREN STAAT

Die These von der unumkehrbar fortschreitenden Säkularisierung wird inzwischen immer mehr in Frage gestellt. Die Kirchen sind dabei gefragt, diese Tendenz zu erkennen, ihre Rolle in der Gesellschaft wahrzunehmen und beständig neu zu definieren. 2004 wurde in Bosnien-Herzegowina das Gesetz über Religionsfreiheit und die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften verabschiedet. Doch die Umsetzung verläuft noch mangelhaft, da es in Gesellschaft und Politik an einem Konsens über die Rolle der Religion im Staat fehlt. Während die eine Seite eine Beschränkung auf das Private fordert, spricht sich die andere für ein stärkeres Engagement religiöser Würdenträger in der Politik aus. Um die Bedeutung von Religion im säkularen Staat zu reflektieren, lud die KAS zusammen mit dem European Abrahamic Forum und dem Interreligiösen Institut in Bosnien-Herzegowina im Oktober 2007 zu einer internationalen und interreligiösen Fachtagung nach Sarajevo ein. Eine der wesentlichen Erkenntnisse war, dass ein Kooperationsmodell zwischen Staat und Religionsgemeinschaften gerade in einem überwiegend muslimischen, aber europäischen Land wie Bosnien für andere muslimische Länder beispielhaft oder zumindest bereichernd sein könnte. Die Ergebnisse der Konferenz flossen in eine Publikation ein, in der etwa 50 Experten unterschiedlichen religiösen und nationalen Hintergrunds ihre theoretischen wie auch praktischen Erfahrungen mit verschiedenen Kooperationsmodellen darlegen.



Medien und Religion

Die vierte Macht im Staat: Der enorme Einfluss der Medien auf die Gesellschaft ist unbestritten. Medien wirken meinungsbildend und tragen somit entscheidend zur Wahrnehmung der Religionsgemeinschaften bei den Bürgern des Landes bei. Das Verhältnis zwischen Religion und Medien in Bosnien und Herzegowina ist jedoch nicht immer spannungsfrei. 2007 hat die KAS dazu eine Studie herausgebracht, die sich folgenden Fragen widmet: Wie gestaltet sich die Berichterstattung über Religion in den Medien? Ist sie informativ, ausgewogen und vorurteilsfrei? Findet ein interreligiöser Dialog auch in den Medien statt? An der empirischen Studie waren sowohl Medienexperten wie auch Vertreter der vier traditionellen Religionsgemeinschaften beteiligt.



Besichtigung der alten orthodoxen Kirche in Sarajevo: Vater Vanja Jovanovic (Serbische Orthodoxe Kirche), Sayyed Mohammad Ali Abtahi, Präsident des Instituts für Interreligiösen Dialog und ehemaliger Vizepräsident der Islamischen Republik Iran, Dario Atijas (Jüdische Gemeinde in Bosnien-Herzegowina)

gemacht werden konnten. So nimmt es seine Funktion als Brücke zwischen der Gesellschaft und den Religionsgemeinschaften wahr und baut sie kontinuierlich aus. An dem Gründungsprozess maßgeblich beteiligt war der damalige Präsident der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE), Dr. Josef Homeyer, Bischof em. von Hildesheim. Von 2005 an stand er der KAS beratend zur Seite und unterstrich die Bedeutung des Projekts durch zahlreiche Arbeitsbesuche, die zur Festigung des Vertrauens der religiösen Würdenträger und zur Verwirklichung dieser Idee wesentlich beigetragen haben.

Wie in den anderen Ländern Südosteuropas gehören junge Theologen auch in Bosnien und Herzegowina zur wichtigsten Zielgruppe der KAS. Die zahlreichen interreligiösen Dialogveranstaltungen mit ihnen sind herausragende Elemente der Stiftungsarbeit vor Ort. Die katholischen, orthodoxen und muslimischen Studierenden der Theologie besuchen dabei gemeinsam die Fakultäten des Landes, stellen sich gegenseitig ihre Curricula vor und versuchen, sich auch die jeweilige Glaubenspraxis näher zu bringen. Mitzuerleben, wie einige der Studenten zum ersten Mal etwa eine Synagoge betreten, könnte nicht eindrucksvoller sein.

Auch gemeinsame Reisen über die Grenzen des Landes hinaus macht die KAS möglich. So konnten im Sommer 2007 sechs junge Theologen der verschiedenen Fakultäten an einem Bildungsprogramm in Deutschland teilnehmen und sich vor Ort über das Verhältnis zwischen Kirche, Religion und Staat in Deutschland informieren. Der Besuch des Deutschen Evangelischen Kirchentags (DEKT) in Köln rundete die Reise ab.

Die Zusammenarbeit mit dem IRR, die Gründung des Interreligiösen Instituts als interreligiöses Forum und Stätte der Begegnung, wie auch die interreligiösen Dialogveranstaltungen Junger Theologen lassen sich zu Recht als „Glanzstücke“ der KAS-Arbeit in Bosnien und Herzegowina bezeichnen.

MAZEDONIEN

FÜR VERTRAUEN UND DIALOG

Seit 2008 fördert die KAS auch in Mazedonien verstärkt Projekte im Bereich des interreligiösen Dialogs. Auch hier ist er ein wichtiger Bestandteil zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Förderung des inter-ethnischen Dialogs in Mazedoniens zwar überwiegend christlich, aber ebenfalls multiethnisch geprägter Gesellschaft. An den Projekten nehmen Repräsentanten aller fünf anerkannten religiösen Gemeinschaften im Land teil: orthodoxe Christen (ca. 70 Prozent der Bevölkerung), Muslime (ca. 25 Prozent), Katholiken, Protestanten und Juden (jeweils 1-2 Prozent). Vor diesem Hintergrund hat die KAS im November 2008 ein Studien- und Informationsprogramm für die Oberhäupter des Mazedonischen Interreligiösen Rates in Berlin und Brüssel durchgeführt.

Eine weitere, erstmalig in so prominenter Besetzung durchgeführte Veranstaltung brachte die Oberhäupter der bisher bestehenden Interreligiösen Räte auf dem Balkan – in Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Albanien – zusammen. Unter dem Motto: „Dialog der Religionen – Dialog der Ethnien“ trafen sich die Teilnehmer im September desselben Jahres zu einem Erfahrungsaustausch in Skopje, um über die Rolle der religiösen Gemeinschaften in der Gesellschaft, aber auch die Beziehungen untereinander ins Gespräch zu kommen. Die 2008 initiierte Maßnahme wurde seitdem fortgesetzt und um den sogenannten „jungen Dialog der Religionen“ in Zusammenarbeit mit KAS Sarajevo erweitert. „Soziale Seminare“ sind in Mazedonien – wie in den anderen Südosteuropäischen Ländern – bereits in Vorbereitung.

Religiöser Pluralismus in Bitola, Süd-mazedonien



Zagreb: Zwischen Regierung (l.) und Parlament (r.) – die katholische Markuskirche als Bindeglied

KROATIEN

Kroatien ist ein katholisch geprägtes Land. Von etwa 4,5 Millionen Kroaten sind fast 88 Prozent römisch-katholisch, 5 Prozent orthodox und ca. 1,3 Prozent Muslime. Die anderen Glaubensgemeinschaften machen jeweils weniger als 1 Prozent aus. Die religiösen Minderheiten stehen unter staatlichem Schutz und können sich uneingeschränkt entfalten. Auch untereinander haben die Religionsgemeinschaften keine Berührungängste und pflegen von sich aus den Dialog. Die katholische Kirche bekleidet heute eine zentrale Rolle im jungen kroatischen Staat. Sie gilt als moralische Instanz in der Gesellschaft, die den Prozess der nationalen Selbstbestimmung Kroatiens begleitet und befördert hat.

Vor diesem Hintergrund liegt der Schwerpunkt der Arbeit der KAS Zagreb auf dem Aufbau und der Pflege eines Netzwerkes zwischen katholischer Kirche und Politik, das von den entscheidenden Akteuren mehr und mehr genutzt wird. Somit hat die KAS einen Gesprächskreis „Kirche und Politik“ ins Leben gerufen, der diesen Dialog verstetigen soll. Die KAS selbst unterhält gute Kontakte zur apostolischen Nuntiatur, der kroatischen Bischofskonferenz und überhaupt zu den führenden kirchlichen Repräsentanten des Landes und bietet neben Konferenzen immer wieder auch im Rahmen von informellen Gesprächen willkommene Foren zum Gedankenaustausch. Diese dienen dem übergeordneten Ziel, die Kroatische Demokratische Union (HDZ) in ihrem programmatischen Bemühen zu unterstützen, die christlichen Traditionen des Landes stärker politisch aufzugreifen. Außerdem will die KAS durch den Austausch die eher zurückhaltend agierende katholische Kirche im Lande zu häufigeren politisch-gesellschaftlichen Stellungnahmen ermuntern. Die Frage nach den Werten, die politisches Handeln idealerweise bestimmen sollen oder „Politischer Katholizismus in Kroatien und Europa“ sind beispielsweise Themen, welche auf KAS-Konferenzen erörtert wurden.

„ETHIK DER RELIGIONEN“

UNTERRICHTSFACH IN MAZEDONIEN?

Im Frühjahr 2009 ist eine Regierungsinitiative zur Einführung des Religionsunterrichts an mazedonischen Schulen am Verfassungsgericht gescheitert. Seitdem suchen die religiösen Gemeinschaften zusammen mit der staatlichen Kommission für Religionsfragen und dem Bildungsministerium einen Weg, Religionslehre in staatlichen Schulen anbieten zu können. Auf Anfrage des Interreligiösen Rats in Mazedonien (IRR) hat das Auslandsbüro der KAS in Skopje mit Unterstützung der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) einen „runden Tisch“ bereitgestellt, um die relevanten gesellschaftlichen und staatlichen Akteure zu einer offenen Diskussion über das Für und Wider der Initiative zusammenzubringen.

Mazedonien ist gegenwärtig eines der wenigen Länder in Europa, das in den Schulen keinen Religionsunterricht anbietet. Die Mazedonisch-Orthodoxe Kirche macht sich daher – in der Person ihres Oberhauptes und gleichzeitigen IRR-Vorsitzenden, Erzbischof Stefan – dafür stark, den Religionsunterricht als zentralen Bestandteil einer multireligiösen Gesellschaft wie der mazedonischen zu betrachten. Auch internationale Organisationen wie die OSZE empfehlen in ihren „Toledo Richtlinien“ die Lehre über Religion und Glaube an staatlichen Schulen. Sofern allerdings – gerade in multikulturellen Gesellschaften – eine Offenheit gegenüber anderen Religionen und ein dynamisches Verständnis von Kultur und Religion gewahrt sei. Ein solcher Unterricht müsse daher für die eigene, aber auch für andere Religionen sensibilisieren und Orientierung in der bestehenden religiösen Vielfalt bieten.

Das Besondere an dem mazedonischen Vorstoß aber ist, dass es vor allem um Letzteres geht: denn nicht ein konfessionell gebundener, sondern ein interreligiöser Unterricht ist hier das Ziel. Die Schüler in der multireligiösen Gesellschaft sollen gemeinsam alle im Land existierenden Religionen kennenlernen und nicht in nach Glaubensrichtungen getrennten Gruppen erzogen werden.

Eine der Schwierigkeit besteht dabei darin, den Lehrstoff über die fünf in der Verfassung anerkannten Glaubensgemeinschaften abzustimmen und in einem Schulbuch zu vereinen. Auch bestehen Befürchtungen, dass die Interaktion von verschiedenen Religionen Konfliktpotential in sich bergen und dieses in die Schulen hinein getragen werden könnte. Zentral ist dabei die Rolle, die den Lehrern zukommt: Der gemeinsame Unterricht verlangt eine Fähigkeit zur Selbstreflexion, die nur durch eine entsprechende Ausbildung zu gewährleisten ist. Doch hierzu fehlt es vielerorts an Dozenten und Erfahrungen. Insbesondere die orthodoxe Mehrheitskirche hat Schwierigkeiten, in der eigenen Institution geeignete Lehrkräfte zu finden. Die Gegner der Initiative führen die Trennung von Staat und Kirche und das Prinzip der Säkularität ins Feld und verweisen die Religionsgemeinschaften auf die Möglichkeit, außerhalb der staatlichen Schulen eigenen Unterricht anzubieten.

Doch bereits jetzt hat sich die Diskussion als fruchtbar erwiesen: Das von der Regierung und dem IRR anvisierte Modell eines Unterrichtsfachs „Ethik der Religionen“ hat die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit erreicht und eine engagierte öffentliche und mediale Debatte über die Rolle der Religion in der mazedonischen Gesellschaft angestoßen. Die KAS wird diesen Prozess auch weiterhin unterstützend begleiten.



SOZIALLEHRE DER ORTHODOXEN KIRCHEN

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

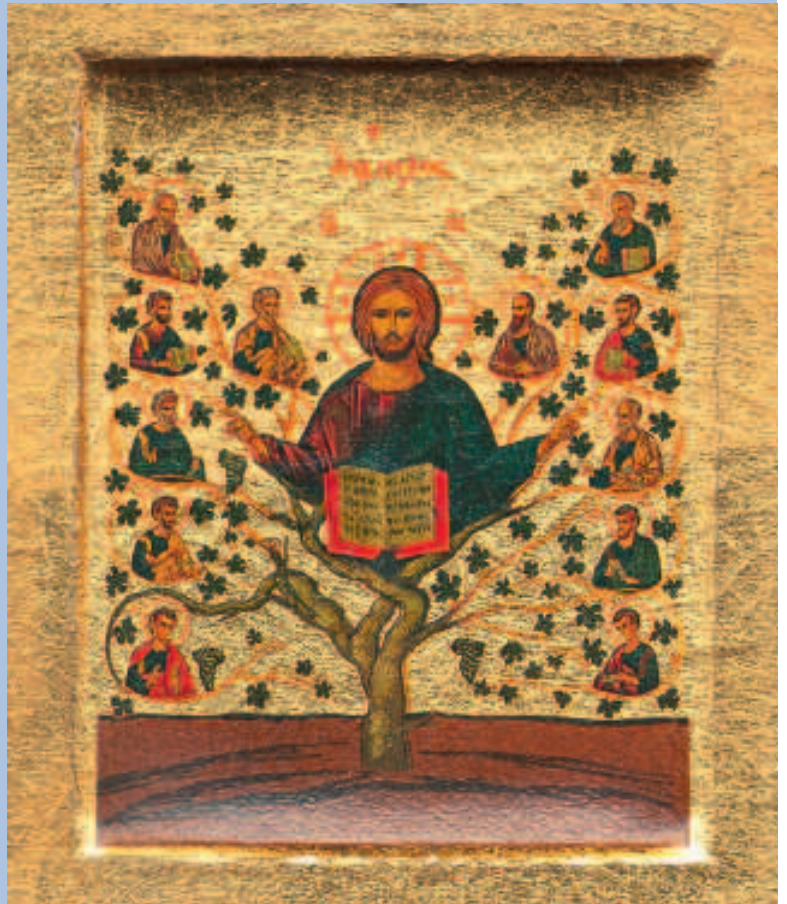
Die orthodoxen Kirchen kennen traditionsbedingt und von ihrem Selbstverständnis her keine systematisch ausformulierte Soziallehre, wie sie die katholische oder die evangelische Kirche für sich erarbeitet haben. Deren Bedeutung wird jedoch zunehmend erkannt. Die Offenheit und Bereitschaft wächst, das eigene Verhältnis zu Staat und Gesellschaft zu reflektieren, sich in Fragen der Zeit zu positionieren und sozialetische Orientierung auch programmatisch zu formulieren. Erstmals hat die Russische Orthodoxe Kirche im August 2000 diesbezüglich Stellung bezogen und ihre Ansichten zu Papier gebracht (s. Seite 27). Diesen Ansatz will das Sektorreferat „Werte und Religion“ der KAS auch überregional verfolgen und für weitere orthodoxe Kirchen fruchtbar machen. Im November 2008 wurde daher ein Gesprächskreis gegründet, um Vertreter der orthodoxen Kirchen dazu ins Gespräch zu bringen.

Orthodoxe Theologen und kirchliche Würdenträger aus ganz Ost- und Südosteuropa sowie aus Griechenland und Deutschland kamen zunächst bei der KAS in Berlin zusammen, um Möglichkeiten und Grenzen eines solchen Vorhabens auszuloten. Unter den Teilnehmern befanden sich u.a. Erzpriester Vsevolod Chaplin, der Leiter des Außenamtes der russisch-orthodoxen Kirche, Prof. Dr. Alexandros Papaderos, der Leiter der orthodoxen Akademie auf Kreta und Vertreter des ökumenischen Patriarchats, sowie von katholischer Seite der Altbischof von Hildesheim, Dr. Josef Homeyer und KAS-Experte Prof. Dr. Rudolf Uertz. Der Auftakt war vielversprechend: In konstruktiver und ergebnisorientierter Atmosphäre wurde das Themenfeld besprochen und eine Arbeitsagenda festgelegt.

Mit deren Umsetzung wurde im darauffolgenden Jahr begonnen. Zu einem ersten inhaltlichen Treffen lud die KAS nach Bukarest ein, um über die Bedeutung und Rezeption der Menschenrechtsidee aus orthodoxer Sicht nachzudenken und damit den Grundstein für die weiteren thematischen Überlegungen im Hinblick auf orthodoxe sozialetische Positionen zu legen. Denn die Frage nach dem Bild des Menschen, seiner daraus abzuleitenden Würde und Rechte, ist die Grundlage einer jeden Soziallehre: Von hier aus nimmt die Reflexion über die Stellung des Menschen in der Welt und seine Rolle in der Gesellschaft ihren Anfang. Auch hierzu hat die ROK bereits ein Dokument vorgelegt, das ihre Lehre „über die Würde, die Freiheit und die Menschenrechte“ beleuchtet. Für die KAS ein zusätzlicher Beweggrund, auch anderen orthodoxen Kirchen zu diesem Thema ein Forum zu bieten.

Ein weiteres Treffen ist für 2010 bei der KAS in Sofia geplant. Anlässlich des „Europäischen Jahres der Armut“ und des Erscheinens der jüngsten päpstlichen Enzyklika „Caritas in Veritate“ sowie im Hinblick auf die Bedeutung der Prinzipien einer sozialen und gerechten Marktwirtschaft wird sich das Thema der diesbezüglichen Rolle und Verantwortung der orthodoxen Kirchen widmen.

Denn die KAS ist überzeugt: Mit dem orthodoxen Beitrag ist der sozialetische Diskurs um eine dritte Dimension reicher.



Alte Byzantinische Ikone

POLITISCHE BILDUNG VERMITTELN

SOZIALE SEMINARE FÜR KIRCHENVERTRETER IN SÜDOSTEUROPA

Soziale Seminare haben in Deutschland eine lange Tradition. In der Zeit des Wiederaufbaus nach 1950 haben sie maßgeblich zur politischen Bildung und zur Entwicklung eines demokratischen Rechtsstaats, zur Gestaltung der Wirtschaft als Sozialer Marktwirtschaft und zur Vermittlung sozialetischer Orientierung in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft beigetragen.

Nach diesem Vorbild engagiert sich die KAS auch in den Transformationsländern Südosteuropas dafür, „Soziale Seminare“ einzurichten. Sie wendet sich dabei an Mitglieder der Kirchen und Religionsgemeinschaften mit dem Ziel, eben denjenigen, die aus ihrem Glauben heraus ethisch verantwortlich denken und handeln, Grundlagen der politischen Bildung zu verschaffen, um sie für einen Einsatz in Politik und Gesellschaft zu ermutigen und zu befähigen. Lehrinhalte sind Themen aus den Bereichen Rechtsstaat, Soziale Marktwirtschaft, Demokratie und Parteien, christliche Sozialethik, Europa und Globalisierung.

In Palic, Serbien, fanden zunächst im Juni 2009 Konsultationen zur Konzeption des Vorhabens statt. Dies unter Beteiligung des Westlichen Balkans. Dabei zeigte sich die Notwendigkeit, zunächst Multiplikatorenseminare anzubieten, um Referenten und Koordinatoren für die Seminare auszubilden. Eines der größten Probleme der südosteuropäischen Länder ist es nämlich, geeignete Dozenten zu finden.

Der erste Schritt wurde Anfang 2010 getan: In Zusammenarbeit mit der Akademie Franz-Hitze-Haus Münster und dem Sozialinstitut Kommende Dortmund hat die KAS mit der Umsetzung der Multiplikatorenseminare begonnen. Auch Kirchenvertreter aus Bulgarien und Rumänien waren gekommen. Das erste Seminar vermittelte nicht nur Grundlagenwissen zu Organisation und Didaktik der Sozialen Seminare, sondern erarbeitete auch einen an die Rahmenbedingungen der südosteuropäischen Länder angepassten Lehrplan. Weitere Workshops in den Ländern selbst und ein Dialogprogramm in Brüssel Ende des Jahres sollen den Themenbereich in den jeweiligen lokalen sowie gesamteuropäischen Kontext stellen. Parallel haben die Teilnehmer bereits jeweils begonnen, erste Soziale Seminare vor Ort aufzubauen.



Interethnische Beziehungen in Südosteuropa

Der sogenannte „Westliche Balkan“ ist als historischer Raum für ethnische und religiöse Heterogenität und Spannungen bekannt. Gewaltsame Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen reichen bis in die jüngste Vergangenheit – und lassen die Zeiten ihrer friedlichen Koexistenz bisweilen verblassen. Nach wie vor sind die Kriege der 1990er Jahre zwischen der Belgrader Zentralregierung und den ehemaligen Teilrepubliken gegenwärtig. Ebenso die von ethnischen Konflikten geprägten Prozesse der jeweiligen Nationalstaatenbildung. Die 2009 von der KAS herausgegebene Publikation ist ein Bericht zur derzeitigen Lage in Serbien, Montenegro und im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Mazedonien.

SÜDKAUKASUS

GRENZLAND DES CHRISTENTUMS

Am Kreuzweg zwischen Asien und Europa, im Gebirgsland zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer, leben zwei der ältesten christlichen Nationen der Welt: Georgier und Armenier.

Armenien war das erste Land überhaupt, in dem – ganz zu Beginn des 4. Jahrhunderts – das Christentum zur Staatsreligion erklärt wurde. Die armenische Kirche beansprucht apostolische Gründung und nennt sich daher „armenisch-apostolisch“. Sie hat einen eigenen „Vatikan“ – den sogenannten „Echmiadzin“, von dem aus der „Katholikos“ aller Armenier (derzeit Karekin II.) ihre Geschicke lenkt. Wenig später folgte Georgien, das alte Kulturland an der Seidenstraße, dessen Staatsgründung zweitausend Jahre zurückgeht. Die Georgische Orthodoxe Kirche ist – mit Unterbrechungen – bis heute autokephal. Sie gehört zu den orthodoxen Kirchen des byzantinischen Ritus und zählt rund vier Millionen Gläubige. Das Georgische Patriarchat hat seinen Sitz in Tiflis und wird vom Katholikos-Patriarch von Ganz Georgien (zur Zeit Ilia II.) geleitet.

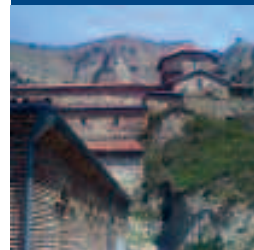
Wenngleich geographisch gelegentlich auch Asien zugeordnet, gehören diese beiden christlichen Länder zu den Wiegen der europäischen Kultur und verstehen sich auch bis heute als solche. Die zahlreichen Klöster und Kirchen – einige sind noch aus dem 7. Jahrhundert erhalten geblieben – sind ein eindruckliches Zeugnis dafür.

Doch nicht nur optisch ist die Kirche omnipräsent. Auch in der Gesellschaft hat sie eine – durch die Jahrhunderte ungebrochene – enorme Geltung. Das christliche Selbstverständnis hat signifikant zur Formung der jeweiligen nationalen Identität beigetragen. In den vielen Jahrhunderten der Fremdherrschaft haben die beiden Kirchen eine entscheidende Rolle als ihr Träger und Bewahrer gespielt: So gilt etwa die Gleichsetzung „georgisch“ zu sein mit „georgisch-orthodox“ zu sein bis heute.

In Georgien ist seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Zwangsherrschaft von einer wahren „Renaissance“ zu sprechen. Ca. 85 Prozent der Bevölkerung gehört der Georgischen Orthodoxen Kirche (GOK) an, die meisten davon als bekennende und praktizierende, sich selbst als „tiefreligiös“ bezeichnende Christen. Zahlreiche Kirchen werden gebaut, der Patriarch gilt als machtvoll und respektierte Autorität im Land. Sein – nicht nur indirekter – Einfluss auch auf die Politik ist durch zahlreiche Beispiele belegt. Ein Dialog mit der GOK ist daher erforderlich, denn auch für dieses Land gilt: „Erreicht man sie nicht, erreicht man die Gesellschaft nicht.“

Für die KAS Tiflis ist die Georgische Orthodoxe Kirche einer ihrer wichtigsten Partner im Dialog zu gesellschaftlichen und politischen Fragen der Zeit. So veranstaltete die KAS mit dem Patriarchat der GOK im Dezember 2008 eine vielbeachtete Tagung über

*Kloster Shiomgvine,
nahe der alten
Königsstadt Mzcheta,
Georgien*



*Wandmalerei in einem
der Höhlenklöster
von David Garetschi,
Georgien*

„ASERBAIDSCHAN IST MEHR ALS ÖL UND GAS“

EIN BEISPIEL RELIGIÖSER TOLERANZ?

In der Geschichte der Menschheit ist das friedliche Zusammenleben der Religionen eher die Ausnahme. Dabei gibt es durchaus Länder, in denen das religiöse Zusammenleben gut funktioniert hat. Eines dieser Länder ist Aserbaidschan. Im Rahmen des „Aserbaidschan-Jahres in Deutschland 2008“ präsentierte das Land zum ersten Mal seine Kultur und Geschichte in einem europäischen Land.

Dies hat die KAS zum Anlass genommen, um in Kooperation mit dem Deutsch-Aserbaidschanischen Forum und der Botschaft der Republik Aserbaidschan den Erscheinungsformen multireligiösen Zusammenlebens im Land genauer nachzugehen. Auf der Konferenz zu diesem Thema sprachen Vertreter der drei größten Glaubensrichtungen: Mit 90 Prozent der Bevölkerung ist Aserbaidschan überwiegend muslimisch, die übrigen 10 Prozent gehören christlichen und jüdischen Gemeinden an. Alle schilderten die lange Tradition der religiösen Toleranz in ihrem Land. Die anwesenden Vertreter der jüdischen Gemeinde betonten, dass die Juden in Aserbaidschan niemals unter antisemitischen Übergriffen zu leiden gehabt hätten. Hier gingen Muslime in die Kirche und Sunniten beteten gemeinsam mit Schiiten. Das Recht auf Gewissens- und Religionsfreiheit ist laut Verfassung garantiert und in einem gesonderten Paragraphen verankert. Sogar ein Diskriminierungsverbot ist verbrieft. Durch die Trennung von Religion und Staat in der Präambel der Verfassung ist eine wichtige Voraussetzung für das religiöse Miteinander geschaffen. Allerdings sind religiöse Gemeinschaften verpflichtet, sich registrieren zu lassen. Im Mai 2009 wurden zudem Änderungen am Religionsgesetz vorgenommen. So trat u.a. folgende Verordnung in Kraft: Bis Januar 2010 mussten sich alle registrierten Religionsgemeinschaften und religiösen Organisationen neu registrieren lassen. Viele Gemeinden befürchteten, ihren rechtlichen Status zu verlieren, wenn ihr Antrag auf Neuregistrierung abgelehnt würde. Schwierigkeiten bei der Neuregistrierung wurden besonders von Religionsgemeinschaften mit missionierendem Charakter berichtet. Immer wieder heißt es, die Aktivitäten religiöser Gemeinden werden nicht nur durch das Komitee für religiöse Angelegenheiten und örtliche Behörden, sondern auch von der Geheimpolizei beobachtet.

Aserbaidschan hat eine Tradition der religiösen Toleranz. Diese Toleranz muss auch in Zukunft mehr bleiben als eine Toleranz nur auf dem Papier. Das Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus der Konrad-Adenauer-Stiftung bindet Aserbaidschan in ihre Maßnahmen für eine „Kultur des Friedens“ ein, um eben hierzu beizutragen.



Blick aus dem Büro der KAS auf Tiflis

die Hintergründe und Konsequenzen des Krieges zwischen der Russischen Föderation und Georgien im August 2008. Auf dieser Konferenz wurden die Positionen der GOK zum Krieg zum ersten Mal einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert.

Ebenfalls zum ersten Mal fand im März desselben Jahres durch Vermittlung und Unterstützung der KAS ein Dialogtreffen zwischen der EVP/ED-Gruppe im Europaparlament und der Georgischen Orthodoxen Kirche statt. An den Gesprächen in Tiflis über die politische Lage der Region und Einflussmöglichkeiten spiritueller Führer auf gesellschaftliche Entwicklungen beteiligten sich neben politischen Repräsentanten aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan auch Vertreter der armenisch-apostolischen, katholischen und lutherischen Kirche, sowie der nichtchristlichen, hauptsächlich muslimischen und jüdischen Religionsgemeinschaften.

Denn zugleich ist der Kaukasus eine multireligiöse und multiethnische Region – und nach wie vor von Spannungen geprägt: Schon immer war er ein Schauplatz vielfältiger Auseinandersetzungen und ein Spielball der umliegenden Großmächte. Die schwelenden Territorialkonflikte um Abchasien, Südossetien und Nagorny-Karabach stellen ein großes Hindernis für den Frieden und eine stabile, demokratische Entwicklung im Südkaukasus dar.

Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sind daher ein zentrales Arbeitsgebiet der KAS vor Ort. Sie erfordern einen konstruktiven politischen Dialog. Dieser jedoch setzt eine entsprechende politische Kultur voraus. Die KAS will im Rahmen ihres Regionalprogramms „Politischer Dialog Südkaukasus“ dazu beitragen, diese Voraussetzungen zu schaffen. Mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Südkaukasus führt sie einen systematischen Dialog, um ihr Potential für eine Konfliktbewältigung zu aktivieren – und gemeinsam für eine „Kultur des Friedens“ zu wirken.

DER NAHE OSTEN UND NORDAFRIKA

URSPRUNG UND WIEGE DES CHRISTENTUMS

„Ein friedliches Zusammenleben von Kulturen und Religionen sowohl in der Europäischen Union als auch jenseits des Mittelmeers, im Nahen Osten, ist möglich und von größter Bedeutung für unsere Zukunft. Wir müssen über das Mittelmeer in den Nahen Osten und darüber hinaus eine intellektuelle und kulturelle Brücke bauen – eine Brücke, deren Fundament aus gegenseitigem Verständnis und gemeinsamen Werten besteht.“

(Dr. Hans-Gert Pöttering zum „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs“ 2008)

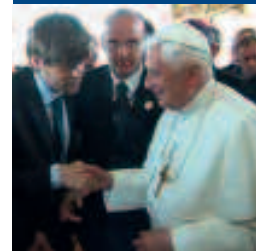
Im Nahen Osten liegt der Ursprung des Christentums. Die drei großen monotheistischen Religionen – Judentum, Christentum und Islam – sind hier entstanden. Hier haben sie ihre historischen Wurzeln und Traditionen und sind eng miteinander verknüpft. Hier aber prallen sie auch wie vielleicht nirgendwo sonst auf der Welt aufeinander. Doch nicht die Religionen als solche tragen zum Nahostkonflikt bei, sondern in erster Linie die jeweiligen Vertreter fundamentalistischer und extremistischer Strömungen.

Der Dialog mit den Christen in Nahost ist für die KAS vor Ort vorwiegend in den interreligiösen Dialog eingebettet, an dem immer wieder auch verschiedene christliche Denominationen teilnehmen. So besteht ein intensiver Kontakt zu ihnen nicht nur in Israel und der Türkei, sondern auch – von Amman aus – in Jordanien, Syrien und im Libanon. Kirchenvertreter, christliche Akademiker und Politiker werden regelmäßig zu KAS-Veranstaltungen eingeladen, um die gesellschaftliche Stellung der Christen in der Region zu stützen und ihren Dialog mit anderen Religionen und untereinander zu fördern.

Auch darüber hinaus wirkt die KAS im Geiste der interreligiösen Verständigung und Versöhnung. So hat die KAS Amman das Buch „Werte in Zeiten des Umbruchs: Die Herausforderungen der Zukunft bestehen“ von Papst Benedikt XVI. (damals noch als Kardinal Joseph Ratzinger) in arabischer Sprache herausgebracht und dazu einen ganz besonderen Beitrag geleistet.

Auch in Nordafrika ist die Arbeit der KAS überwiegend auf die muslimische Mehrheit ausgerichtet, doch auch hier werden Christen mit einbezogen und der Austausch mit ihnen wird gepflegt. Das Christentum hat hier ebenfalls eine jahrtausendealte Tradition: Mit der koptischen Kirche etwa ist eine der ältesten altorientalischen Gemeinden vor allem in Ägypten vertreten, deren Gründung bereits im ersten Jahrhundert erfolgt ist und auf den Apostel Markus zurückgeht. Und mit Augustinus, der aus dem heutigen Tunesien stammt, hat das Erbe der frühen Kirchenväter von hier aus seine Prägung für Europa entfaltet. Mit ihren Maßnahmen richtet sich die KAS dabei an alle Konfessionen und bringt sich bei Themen wie kulturelle Diversität, „Europäische Nachbarschaftspolitik“ oder die Grundlagen der Mittelmeerunion ein.

Dialogreise im Libanon: Dr. Gerhard Wahlers, Stellv. Generalsekretär der KAS, im Gespräch mit dem maronitischen Patriarchen Kardinal Nasrallah Boutros Sfeir



**Papst Benedikt XVI.
im Heiligen Land**

Die KAS Israel unterstützt im Rahmen des interreligiösen Dialogs Treffen einer Kommission aus führenden Vertretern des Vatikans und des Obersten Rabbinats des Staates Israel. Aus Anlass des Besuches von Papst Benedikt XVI. im Heiligen Land im Mai 2009 veröffentlichte die KAS Israel die gemeinsamen Erklärungen der Kommission. Die Publikation wurde während des Papstbesuches der päpstlichen Delegation vorgestellt und überreicht. Während des Besuches hatte Dr. Lars Hänsel, Auslandsmitarbeiter der KAS in Jerusalem, Gelegenheit, den Papst zu begrüßen.



„Der Dialog der Religionen und Kulturen führt nicht nur einen Dialog über Werte, sondern ist bereits ein Wert in sich selbst.“

(Sayyed Mohammed Ali Abtahi, Direktor des Institutes für Interreligiösen Dialog und ehemaliger Vizepräsident der Islamischen Republik Iran zur Eröffnung der Mittelmeerkonferenz 2009 der KAS Amman)



Eines von zahlreichen Beispielen ist die langjährige Zusammenarbeit mit der Universität El Zitouana in Tunesien, womit sich zum ersten Mal eine der wichtigsten Bildungsstätten der islamisch-sunnitischen Welt der direkten Kooperation öffnete. Seit 2007 finden regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen statt, zu denen neben islamischen und jüdischen auch christliche Teilnehmer eingeladen werden. In bemerkenswerter Offenheit werden maßgebliche gesellschaftliche und politische Themen angesprochen und sogar „heiße Eisen“ berührt: Bei der Auftaktveranstaltung im Februar 2007 befasste sich einer der Beiträge mit dem interreligiösen Ansatz von Papst Benedikt XVI. und seiner „Regensburger Rede“.

GEMEINSAMER KULTURRAUM MITTELMEER

Kaum eine andere Region weist so viele kulturelle Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede auf, wie der mediterrane Raum. Ein friedliches Zusammenleben von Angehörigen des christlichen, muslimischen und jüdischen Kulturkreises ist für den Erfolg der Euro-Mediterranen Partnerschaft entscheidend. Doch auch die EU-Staaten begegnen neuen Herausforderungen: durch Globalisierung und Migration bekommt der interkulturelle und interreligiöse Dialog eine neue Dimension.

Der Dialog der Religionen ist ein integraler Bestandteil des Barcelona-Prozesses. Die Europäische Union hat daher das Jahr 2008 zum „Jahr des interkulturellen Dialogs“ erklärt. Um diesem Gedanken Nachhaltigkeit zu verleihen, hat die KAS Amman 2009 den interreligiösen Dialog zu ihrem Schwerpunkt gemacht. Auf der Suche nach Grundwerten im interreligiösen und interkulturellen Dialog lud sie zusammen mit

dem von der zypriotischen EVP-Partnerpartei betriebenen „EPP Middle East Observatory“ sowie dem „Royal Institute for Interfaith Studies“ (RIIFS) im April zu einer Konferenz nach Nicosia ein.

Teilnehmer aus Europa, der arabischen Welt, Israel und dem Iran diskutierten Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit aus der Sicht der drei abrahamitischen Weltreligionen. Das Verständnis von Rechtsstaatlichkeit wurde dabei genauso beleuchtet wie Immigrations- und Integrationsfragen und der Wertewandel infolge von Globalisierung und Weltfinanzkrise. Neben Mohammed Ali Abtahi plädierten u. a. auch Markos Kyprianou, Außenminister der Republik Zypern, sowie der ehemalige Stellv. CDU-Vorsitzende Dr. Christoph Böhr für einen effektiven Dialog der Religionen im Mittelmeerraum. Dieser, so der Grundtenor der Konferenz, sei nur auf der Grundlage der eigenen Identität möglich. Die Kenntnis des Eigenen wie des Anderen und gegenseitiger Respekt seien die besten Voraussetzungen für ein gelingendes Zusammenleben.

BRÜCKENBAUEN ZWISCHEN RELIGIONEN

Ende Januar 2007 brachte die KAS Amman gemeinsam mit dem „Royal Institute for Interfaith Studies“ im Rahmen der Konferenz „Religionen und Reformen“ am Toten Meer Vertreter des jüdischen, christlichen, muslimischen und hinduistischen Glaubens zusammen. Das Thema – die Reformfähigkeit und damit die Wandelbarkeit von Religionen – wurde in bemerkenswerter Offenheit und Intensität diskutiert. Als Ehrenredner der internationalen Konferenz sprach der Vorsitzende des Instituts, Prinz Hassan Bin Talal mit ansteckendem Optimismus über die Chancen, trotz aller Gräben und inhaltlichen Konflikte gemeinsam den Weg der „Humanitas“ zu beschreiten.

Prinz Hassan Bin Talal (Bildmitte, sitzend) und das KAS-Team Amman 2007



KOPTEN UND MUSLIME

FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND RELIGIONSFREIHEIT

Die Geschichte Ägyptens ist eng mit dem christlichen Glauben verbunden. Schon die heilige Familie soll das Land am Nil besucht haben. Antonius begründete hier das Mönchtum. Das griechisch-orthodoxe Katharinenkloster auf dem Sinai gehört zu den ältesten und berühmtesten Klöstern des Christentums. Auch die koptisch-orthodoxe Kirche zählt zu den ältesten der Welt. Die Kopten (abgeleitet aus dem griechischen Wort für Ägypter) stellten über viele Jahrhunderte die größte Religionsgemeinschaft des Landes. Heute bekennen sich rund zehn Prozent der Ägypter, etwa acht Millionen, zum Christentum, davon die Mehrheit zur koptisch-orthodoxen Kirche. Christliches Leben, Kirchen, Schulen, soziale Einrichtungen und Klöster sind fast überall im Land präsent.

Aber die Probleme nehmen zu. Schon lange verweisen ägyptische Christen auf offenkundige Benachteiligungen. Christen sei der Zugang zu Führungspositionen in den Sicherheitskräften verwehrt. Baugenehmigungen für Kirchen und Klöster seien kaum zu bekommen. Gerichte und Behörden würden Christen gezielt diskriminieren und unter Druck setzen. In den Schulen werde klassisches Arabisch auch für christliche Schüler anhand des Korans unterrichtet. Auch gewaltsame Übergriffe gegen Christen und christliche Einrichtungen nehmen zu. Bereits in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war es zu Ausschreitungen zwischen Kopten und Muslimen gekommen. Die jüngsten Gewaltakte, die Anfang 2010 in dem Mord an sechs Kopten gipfelten, scheinen allerdings eine neue Qualität angenommen zu haben. Noch gehört die Gleichheit von Christen und Muslimen zur streng verteidigten Staatsräson des offiziellen Ägypten. Zunehmend mehren sich aber im In- und Ausland Stimmen, die religiöse Intoleranz als neues Massenphänomen beklagen.

Die KAS setzt sich in Ägypten als einer der wenigen Akteure der internationalen Zusammenarbeit seit Jahren mit dem christlich-muslimischen Zusammenleben auseinander. Im Vordergrund steht dabei die Förderung von Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit als Querschnittsaufgabe unterschiedlicher Aktivitäten. Gleichzeitig bemüht sie sich, hochrangige religiöse Würdenträger, Politiker und Akademiker beider Glaubensgemeinschaften als Anwälte des friedlichen Miteinanders zu gewinnen und ins Gespräch



Interreligiöse Begegnung bei der KAS



Papst Shenouda III.

mit deutschen Partnern zu bringen. Im April 2008 beispielsweise sprach der renommierte Moralphilosoph und Mitglied des Deutschen Ethikrats, Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der deutschsprachigen katholischen Gemeinde in Kairo zu den „Grundlagen der Religionsfreiheit“. Ziel war es, bei Vertretern der ägyptischen Zivilgesellschaft für das Prinzip der Religionsfreiheit zu werben. Gerade in der Zivilgesellschaft gibt es viele – Muslime wie Christen –, die sich für das interreligiöse Zusammenleben im Land einsetzen. Im Juni 2009 organisierte die KAS daher ein Treffen zwischen Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble und christlichen Vertretern der Zivilgesellschaft. Dabei wurde nicht nur die Vielfalt der Meinungen innerhalb der christlichen Gemeinschaft deutlich, sondern auch der grundsätzliche Diskussionsbedarf über das Verhältnis von Religion, Staat und Gesellschaft in Ägypten.

In der Praxis beklagen Christen vor allem rechtliche Diskriminierung, besonders beim Kirchenbau. Im Januar 2008 griff die Stiftung dieses Thema auf und lud zu einer Diskussion an der Universität Kairo zum Thema „Gleichberechtigung beim Bau von Gotteshäusern“ ein. Hierbei wurde deutlich, dass nicht nur rechtliche, sondern auch gesellschaftliche und theologische Fragen zu klären sind. Gleiches gilt für diejenigen Bereiche des ägyptischen Rechts, die sich auf die traditionelle islamische Rechtsprechung beziehen, aber dennoch auch auf Christen angewendet werden. In Seminaren und Workshops machte die Stiftung komplizierte rechtliche und politische Fragen, wie etwa die Problematik der transkonfessionellen Organspende und Einzelaspekte des Erb- und Familienrechts, zum Thema und erarbeitete Lösungsvorschläge.

Im Dialog für Toleranz zwischen Christen und Muslimen hat die Stiftung wichtige Helfer. Im Mai 2008 gab sich Papst Shenouda III. die Ehre, eine gemein-



Zeichen christlichen Lebens in Kairo

same Konferenz der KAS Ägypten und der Universität Kairo zu eröffnen. Das Oberhaupt der koptischen Kirche betonte dabei die lange gemeinsame Geschichte von Christen und Muslimen in Ägypten. Aber auch muslimische Würdenträger machen sich für ein liberales und tolerantes Religionsverständnis stark. Die KAS Ägypten konnte in den vergangenen Jahren auf gewichtige muslimische Unterstützer und Gäste wie Religionsminister Zaqzouq, Großmufti Ali Gomaa und den im März 2010 verstorbenen Großscheich Muhammad Tantawi zählen.

Doch die Sorge um die Zukunft einer der ältesten christlichen Gemeinden der Welt wächst. Die KAS Ägypten wird sich daher verstärkt für Gleichberechtigung und Religionsfreiheit in Ägypten engagieren. Geplant sind u.a. Seminare zur Förderung von Toleranz in ländlichen Regionen, Veranstaltungen zum Verhältnis Staat und Religion, Seminare zu rechtlichen Fragen und eine Publikation zur zivilgesellschaftlichen Rolle der Kirche. Hiermit will die Stiftung dazu beitragen, dass sich Christen weiter öffentlich einmischen und ein selbstverständlicher, gleichberechtigter und sichtbarer Bestandteil der ägyptischen Gesellschaft bleiben.

Dialog mit dem Anderen – sich selber hinterfragen.

Islam und Christentum, Erziehung und Fortschritt

Der Dialog zwischen Christentum und Islam kann nur dann nachhaltig gestaltet werden, wenn er konkrete Inhalte und Themen behandelt. Diesem Anspruch folgt die vom Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer herausgegebene Publikation „Dialog mit dem Anderen“. In ihren Beiträgen formulieren renommierte Wissenschaftler und Experten wie Prof. Dr. Mohammed Arkoun und Prof. Dr. Radwan Al-Sayyid konkrete Herausforderungen und Annäherungsmöglichkeiten für einen erfolgreichen christlich-islamischen Dialog in den Zukunftsbereichen Erziehung und Fortschritt.



SUBSAHARA-AFRIKA

VIELFÄLTIGES, DYNAMISCHES CHRISTENTUM

Südlich der Sahara ist die Konrad-Adenauer-Stiftung seit über vierzig Jahren in mehr als zwölf Ländern vertreten. Die Förderung sozialer Gerechtigkeit und entwicklungsorientierter Rahmenbedingungen ist eines der übergeordneten Ziele, die sie hier verfolgt. Sie lassen sich dauerhaft nur in einem funktionierenden und demokratischen Staatswesen, innerhalb stabiler, friedensfördernder und rechtsstaatlicher Strukturen erreichen. Diese beruhen auf einem Wertefundament, das für eine soziale Ordnung grundlegend ist. Die künftigen Entscheidungsträger zu einem wertegebundenen Handeln anzuleiten, die Grundlagen dieses Handelns zu reflektieren und zu legitimieren, gehört in Afrika daher mit zu den Kernaufgaben der Stiftung. Das ist es, was KAS und Kirche auch hier miteinander verbindet.

Beinahe vierzig Prozent der afrikanischen Bevölkerung gehören christlichen Konfessionen an. Unter ihnen befinden sich einige der ältesten christlichen Gemeinden – am Horn von Afrika, in Äthiopien und dem heutigen Eritrea. Schon im vierten Jahrhundert wurde hier das Christentum zur Staatsreligion erklärt. Neben den altorientalischen Kirchen in Nordost- und Ostafrika ist das Christentum vor allem im Zentrum und im Süden weit verbreitet. Mit Errichtung europäischer Handelsstützpunkte im 15. Jahrhundert erreichte es die Küsten des Kontinents und breitete sich im Zuge der Kolonialisierung im 19. und 20. Jahrhundert weiter im Landesinneren aus. Neben den zwei großen Konfessionen – der katholischen und evangelischen – haben sich hier eine Vielzahl von Denominationen etabliert. Je nach Herkunft der jeweiligen Missions-



Tansania: Schulkinder ziehen in den Schulgottesdienst ein



Präsidentschaftskandidaten und kirchliche Würdenträger in Malawi 2009, rechts: Staatspräsident Bingu wa Mutharika

WAHLEN IN MALAWI

PRESIDENTIAL PRAYER BREAKFAST

Zwei Wochen vor den Wahlen im Oktober 2009 hat die KAS eine außergewöhnliche Maßnahme in Malawi durchgeführt: Mit einem sogenannten Presidential Prayer Breakfast rief sie zu einer friedlichen politischen Auseinandersetzung auf. Die Veranstaltung fand in Zusammenarbeit mit der örtlichen Pfingstmissionskirche und dem überkonfessionellen christlichen Hilfswerk „World Vision“ unter großer medialer Aufmerksamkeit statt.

Kirchliche Würdenträger verschiedener Konfessionen, darunter der Erzbischof von Blantyre, dem einzigen römisch-katholischen Erzbischof in Malawi, forderten mit Präsidentschaftskandidaten und deren Stellvertretern gemeinsam zu fairen und friedlichen Wahlen auf. Hauptredner war Staatspräsident Bingu wa Mutharika selbst, der sich zur Wiederwahl stellte. In einem dynamischen Appell erklärte er den friedlichen Umgang miteinander trotz unterschiedlicher Auffassungen zum gemeinsamen nationalen Interesse. Die Präsidentschaftskandidaten erklärten, zu einem friedlichen Wahlverlauf beizutragen, Aufrufen zur Gewalt keine Folge zu leisten und die Wahlergebnisse zu akzeptieren.



Glaubensorientierte Nichtregierungsorganisationen spielen eine zunehmend wichtige Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit. Die KAS in Tansania hat deren Beitrag zu guter Regierungsführung untersucht. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft hat sie dazu eine interreligiöse Dialogrunde ins Leben gerufen.

Mit Blick auf die Wahlen 2010 wurde darüber hinaus erörtert, wie sich die Organisationen in politische Prozesse konkret einbringen können. Die gemeinsame Publikation, die auf Englisch und Kiswaheli veröffentlicht wurde, fasst die Ergebnisse zusammen und soll hierfür ein Leitfaden sein.

gesellschaft begegnet man hier den unterschiedlichsten Ausprägungen der lutherischen, reformierten, anglikanischen, orthodoxen, baptistischen oder methodistischen Kirchen. Viele von ihnen sind inzwischen selbstständig und von der politisch motivierten Befreiungsbewegung in Afrika geprägt. Vor allem Pfingstgemeinden und evangelikale Gruppen erhalten heute neuen Zulauf und ziehen immer mehr Menschen an.

Die Kirchen in Afrika gewinnen an Einfluss und sind ein wichtiger Entwicklungsfaktor für den Kontinent. Ob nördlich oder südlich der Sahara – in allen afrikanischen Ländern, in denen die KAS vertreten ist, tritt sie mit den Kirchen in einen Wertedialog. So ist die KAS Ansprechpartner für die katholische Kirche und bietet ihr eine Dialogplattform, um ihre Rolle in der afrikanischen Gesellschaft zu erörtern. Etwa im September 2008, als die KAS in Kenia eine Klausurtagung für die katholischen Bischöfe des Landes organisierte, um die Strategie der katholischen Kirche bezüglich der Verfassungsreform in Kenia zu diskutieren. Oder ein Jahr später in Nigeria, wo die KAS den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz empfing. Erzbischof Robert Zollitsch nahm dabei am sogenannten „Kaduna-Roundtable“ teil, der von der KAS zusammen mit der Kommission Justitia et Pax der Erzdiözese Kaduna organisiert wurde. Gesprächspartner waren neben dem Erzbischof von Kaduna auch hochrangige Vertreter des Islam.

Auch in Namibia wird die Rolle der Kirche in Politik und Gesellschaft von der KAS reflektiert. Grundsätzlich, aber auch, wie im Vorfeld der Wahlen 2009, ganz konkret im Hinblick auf Wahlprozesse und Einflussmöglichkeiten. Unter dem Motto „Kirche und Politik in Namibia“ wurde in einer ganzjährigen Reihe von Fachkonferenzen und Workshops die Rolle der Kirchen in Wahlprozessen mit hochrangigen Vertretern aller Konfessionen Namibias erörtert und für das Wahljahr 2009 fruchtbar gemacht.

Dazu wurde eine gemeinsame offizielle Erklärung der Kirchen in Namibia erarbeitet, die von allen Teilnehmern getragen und unterzeichnet worden ist. Als „Kirchen-Deklaration zu den Wahlen in Namibia 2009“ wurde sie schließlich mit Unterstützung der KAS der Presse vorgestellt. Sie bringt das Eintreten der Kirchen für tolerante, gewaltlose, freie und faire Wahlen zum Ausdruck.

ETHISCHER RAHMEN FÜR AFRIKA

DAS KOMPENDIUM DER KATHOLISCHEN SOZIALDOKTRIN

In Afrika ist die soziale Frage besonders virulent. Zwar ist seit einiger Zeit ein Wirtschaftswachstum auf dem Kontinent zu verzeichnen, gemessen an sozialen Indikatoren fällt er jedoch immer noch hinter andere Weltregionen zurück. Die Armutsrate ist leicht gesunken, aber nach wie vor weltweit am höchsten geblieben. Und während die Lebenserwartung fast überall steigt, sinkt sie in Afrika beständig – in einigen Ländern sogar auf unter 40 Jahre. Darüber hinaus ist Afrika der Kontinent, auf dem die Mehrzahl aller gewaltsamen Auseinandersetzungen stattfinden. Das Ziel, hier menschenwürdige soziale, politische und wirtschaftliche Strukturen aufzubauen, ist noch lange nicht erreicht.

Im Hinblick auf dieses Ziel, auf eine soziale und friedliche Grundordnung, kann die katholische Soziallehre ein Wegweiser sein. Hin zu den Fundamenten einer Gesellschaft, die gerecht ist – und den spezifischen Rahmenbedingungen und Herausforderungen Afrikas gerecht wird. Ein Wegweiser zu den Möglichkeiten einer Politik, die sich am Menschen, am Nächsten orientiert. Einer Politik, die das Soziale nicht aus dem Blick verliert – in der heutigen Zeit, auf der Grundlage einer zeitlosen Botschaft, wie sie das Evangelium verkündet. Die Frage, was diese Botschaft heute bedeuten kann, hat sich die katholische Kirche neu gestellt. Das „Kompendium der Sozialdoktrin der katholischen Kirche“ ist die konzise Antwort darauf. Auf der Grundlage ihrer Soziallehre bietet die Kirche hier Orientierung darin, wie eine soziale Grundordnung aussehen könnte, was Begriffe wie „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“, „Solidarität“ und „Subsidiarität“ heute heißen können.

Im Oktober 2004 hat der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden (Justitia et Pax) auf Anregung von Papst Johannes Paul II. das Kompendium herausgebracht. Dabei handelt es sich um nichts weniger als das erste Dokument überhaupt, das die Lehren der katholischen Sozialordnung in ihrer ganzen Fülle und Tiefe in einem Band präsentiert: auf fast 500 Seiten fasst sie die Kirche hier erstmals in ihrer Geschichte zusammen. Eindrucksvoll ist das Werk aber vor allem deshalb, weil die Kirche hiermit versucht, aus christlicher Tradition heraus den dringenden Fragen der Zeit und Herausforderungen der Moderne zu begegnen.



Kirche bei Dar es salaam, Tansania

Zudem ist das Werk nicht nur für Katholiken, sondern auch für den Dialog mit Anhängern anderer Konfessionen und Religionen gedacht. Die Werte, die dort vertreten werden, sollen grundsätzlich einleuchten und allgemein gelten: für jeden Menschen „guten Willens“.

Seit seinem Erscheinen ist das Kompendium außerhalb Europas zunächst auf zwei Kontinenten vorgestellt worden: für Lateinamerika in Mexiko und für Asien in Thailand. Mit Unterstützung der KAS wurde es 2008 auch in Afrika bekannt gemacht. Im Rahmen der Buchpräsentation in Dar es salaam, Tansania, hatten sich auf Einladung von Justitia et Pax, der Afrikanischen Bischofskonferenz sowie der KAS hochrangige Kirchenvertreter, darunter zahlreiche Kardinäle – unter ihnen auch der damalige Vorsitzende von Justitia et Pax, Renato Raffaele Kardinal Martino –, Erzbischöfe und Bischöfe zu einer länderübergreifenden Konferenz versammelt, um dieses Werk in seiner Relevanz für Afrika darzustellen und seine Aussagekraft gerade für diesen Kontinent zu erörtern. Die KAS war durch Frank Spengler, Afrika-Experte und Stellv. Hauptabteilungsleiter der Internationalen Zusammenarbeit, vertreten. Er unterstrich die Bedeutung dieses Projekts und die langjährige gute Zusammenarbeit, welche die KAS mit Justitia et Pax verbindet. Mit der Vorstellung des Kompendiums der christlichen Sozialdoktrin ist ein erster gemeinsamer Schritt in der Vermittlung der Grundgedanken der christlichen Soziallehre auch auf dem afrikanischen Kontinent getan.

Frank Spengler, Stellv. KAS-Hauptabteilungsleiter, im Gespräch mit Polycarp Kardinal Pengo, Erzbischof von Dar es Salaam (l.) und Paulo Ruzoka, dem Bischof der Erzdiözese Tabora, Tansania (Bildmitte)



EINHEIT IN DER VIELFALT

VOM SENEGAL LERNEN

In nur wenigen afrikanischen Ländern funktioniert das Miteinander der Religionen so reibungslos wie im Senegal. Das Zusammenleben von Muslimen, Christen und Angehörigen der afrikanischen Religionen gestaltet sich überwiegend harmonisch und friedlich. Viele Familien sind religiös und ethnisch gemischt und bringen sich in gegenseitiger Anerkennung und guter Nachbarschaft in den öffentlichen Raum gemeinsam ein. Die Religionsfreiheit und freie Ausübung von religiösen Handlungen sind in der senegalesischen Verfassung fest verankert. Senegal hat somit für viele Nachbarländer einen Modellcharakter. Das gute Zusammenleben der Religionen basiert auf der senegalesischen Tradition von Toleranz im gesellschaftlichen Leben wie auf spezifischen sozialen Konfliktpräventionsmechanismen. Es basiert aber auch auf der Achtung des anderen auf der Grundlage der eigenen Werte. Die christliche Minderheit wird von der muslimischen Mehrheit respektiert und integriert. Es ist eine Besonderheit, dass der erste Präsident des unabhängigen Senegal, Leopold Sédar Senghor, als Christ mehr als zwanzig Jahre lang in einem Staat mit mehr als neunzig Prozent Muslimen mehrfach wiedergewählt worden ist.

Diesen Modellcharakter zu beleuchten, hat sich die KAS Dakar zur Aufgabe gemacht. In Theateraufführungen und Workshops, regionalen und internationalen Fachtagungen und Konferenzen geht sie der Frage nach, was dieses Modell kennzeichnet und beispielhaft macht. Aber auch, wie es präventiv im Falle von Spannungen nutzbar gemacht werden kann. Denn auch der Senegal ist von atmosphärischen Störungen nicht frei. Die latente Gefahr, dass dies von fundamentalistischen islamischen Kräften instrumentalisiert werden kann, macht eine verstärkte Sensibilisierung der senegalesischen Bevölkerung und vor allem von Jugendlichen notwendig.



„Interreligiöser Dialog aktiv gelebt“:
Teilnehmer der KAS-Tagung in Dakar

Es gilt, die guten Beziehungen zwischen den Religionen gerade dadurch zu stärken, dass man sie nicht als selbstverständlich annimmt und immer wieder prüft und hinterfragt.

So trafen sich im Juni 2009 auf Einladung der KAS, der israelischen Botschaft, der Universität Dakar und der senegalesischen Vereinigung für dezentralisierte Zusammenarbeit (ASECOD) über hundert Theologen, Experten und Vertreter der drei monotheistischen sowie afrikanischer Religionen in der Stiftung, um das senegalesische Modell des Zusammenlebens zu analysieren. Während der christlich-islamische Dialog schon zu einer festen Einrichtung im Senegal geworden ist, wurden die traditionellen afrikanischen Religionen meist nicht im einbezogen. Auch die Begegnung mit dem Judentum ist neu: Rabbiner Dov Maimon war eigens aus Jerusalem angereist, um Impulse für den interreligiösen Dialog in Nahost zu gewinnen. Aus Deutschland war der Theologe und ehemalige Staatssekretär Klaus-Jürgen Hedrich gekommen, der die vielfachen Wechselbeziehungen zwischen Politik und Religion aufzeigte. Hedrich betonte, dass „Christen nicht darauf verzichten können, sich in die Politik einzumischen“. Nach jahrhundertelanger Entwicklung sei der Staat in Europa heute zwar säkular, aber keineswegs wertneutral: „Wer in unseren modernen Gesellschaften die öffentlichen Dinge mitgestalten will, kommt um ein Mitwirken in öffentlichen Institutionen, einschließlich politischer Parteien, nicht umhin“.

Der senegalesische „Sonderfall“ wurde auch vom Apostolischen Nuntius in Dakar, Erzbischof Luis Mariano Montemayor, hervorgehoben. In seiner Ansprache wies er darauf hin, dass das harmonische Miteinander der verschiedenen Konfessionen auch vom Vatikan als beispielhaft betrachtet werde. Er hoffe, dass es auch diejenigen Länder inspiriere, die noch von interreligiösen Spannungen durchzogen sind.

Die KAS Dakar behält das Thema im Blick und wird 2010 das Modell Senegal mit anderen Modellen des Zusammenlebens – etwa in Deutschland, Israel, Ägypten, Nigeria und den USA – vergleichen.



*Interreligiöser Dialog mal spielerisch:
Die Comic-Serie „Afrique Citoyenne“ macht junge Senegalesen und Jugendliche der westafrikanischen Nachbarländer mit der Idee des interreligiösen Dialogs vertraut, hilft Vorurteile abzubauen und fördert das Wissen über jeweils andere religiöse Traditionen. Die Comics werden von der KAS Dakar in Zusammenarbeit mit der Association de coopération décentralisée in einer Auflage von jeweils 10.000 Exemplaren herausgegeben und an alle Mittel- und Oberschulen, Universitäten und Jugendvereinigungen verteilt. Die große Nachfrage zeigt: Sie sind ein geeignetes Mittel zur Sensibilisierung junger Erwachsener für ein konstruktives Zusammenleben der verschiedenen Religionen.*

CHRISTENTUM IN ASIEN

EINE WACHSENDE MINDERHEIT

In Asien, dem bevölkerungsreichsten Kontinent der Erde, leben anteilmäßig gesehen die wenigsten Christen – mit etwa 9 Prozent sind sie eine ausgesprochene Minderheit. Doch macht dies immerhin ca. 300 Millionen aus – mehr als in Nordamerika, wo nur um die 250 Millionen leben. Zugleich wächst ihre Zahl mit jährlich 4 Prozent so schnell wie nirgendwo sonst.

Das Christentum hat in einigen asiatischen Ländern eine lange Tradition: Bereits im ersten Jahrhundert n. Chr. drangen vom Nahen Osten erste, vor allem nestorianische christliche Siedler über den Kaukasus weiter nach Osten und Südosten vor, erreichten Zentralasien im 2. Jahrhundert und ca. 500 Jahre später China und die Mongolei.

Gerade Indien kennt eine lange Missionsgeschichte. Der Überlieferung nach geht sie auf den Apostel Thomas zurück und nahm im zweiten Jahrhundert mit Einwanderern aus dem ost-syrischen Raum nach Südwestindien (Kerala) und der Gründung christlicher Gemeinden konkrete Formen an. Heute zählen die sogenannten „Thomas-Christen“ mehrere Millionen Mitglieder.

Inzwischen gehören in Indien ca. 22 Millionen Menschen dem Christentum an, das sind rund 2,3 Prozent der Bevölkerung. Außer in Kerala, wo knapp ein Drittel aller indischen Christen (rund 6 Mio.) leben, sind die meisten Christen in Goa anzutreffen, wo mit Ansiedlung der Portugiesen um 1500 an der indischen Küste eine zweite Welle der Christianisierung, die der europäisch-katholischen Mission, begann. Die protestantische Mission setzte erst viel später ein: zu Beginn des 18. Jahrhunderts mit deutschen Lutheranern, später kamen englische Baptisten und schließlich Anglikaner. Heute haben evangelische und evangelikale Glaubensgemeinschaften den größten Zulauf.

Sehr viele Anhänger hat das Christentum unter den rund 200 Millionen Dalits (den sogenannten „Unberührbaren“) sowie den ca. 80 Millionen Adivasi-Gemeinschaften (Hindi für „erster Mensch“, Ureinwohner), wie sich die indigene Bevölkerung selbst nennt. Beide Gruppen stehen außerhalb des hinduistischen Kastensystems und am untersten Ende der Gesellschaft. Obwohl die indische Verfassung den Dalits und Adivasi inzwischen Vorrechte und Quotenregelungen gewährt, werden sie vielerorts immer noch benachteiligt. Viele treten zum Christentum über, um der Diskriminierung durch die hinduistische Sozialordnung zu entfliehen, wodurch sie sich eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erhoffen.

Das einzige mehrheitlich christliche Land in Asien – den Kaukasus ausgenommen – sind die Philippinen. 85 Prozent der rund 90 Millionen Einwohner gehören verschiedenen christlichen Konfessionen an. Die römisch-katholische Mehrheitskirche etablierte sich unter der spanischen Kolonialherrschaft vom 16. bis 19. Jahrhundert, während die protestantischen Missionsgesellschaften Anfang des 20. Jahrhunderts ins Land kamen,



Die Basilika San Thome in Chennai, Madras (Indien), wurde über dem Grab des Apostels Thomas gebaut.



Gottesdienst in Ningbo, China

nachdem das Inselreich amerikanische Kolonie geworden war. Die nicht römisch-katholischen Kirchen sind seit 1963 im Nationalen Kirchenrat der Philippinen (NCCP) zusammengeschlossen.

Auf Indonesien bekennen sich knapp zehn Prozent der Bevölkerung zum christlichen Glauben. Etwa ein Drittel davon ist katholisch und konzentriert sich auf die östlichen und nördlichen Inselgruppen Flores, Ambon und Timor. Zwei Drittel sind protestantisch (besonders auf Nordsumatra und Sulawesi) infolge der Kolonialisierung durch die Niederländer. Auch die Volksgruppe der Papua ist überwiegend christlich geprägt.

Durch Missionare aus Portugal, Spanien und vor allem Frankreich hat das Christentum auch in Vietnam Anhänger gefunden. Diese konzentrieren sich im Süden um Ho-Chi-Minh-City (Saigon) und einige Diözesen im Umkreis von Hanoi im Norden. Schätzungen zufolge sind etwa 9 Prozent der Bevölkerung römisch-katholisch. Wie in vielen Teilen der Welt verzeichnen auch hier protestantische Glaubensgemeinschaften einen steigenden Zuspruch, vor allem bei einigen ethnischen Gruppen im Norden.

Den absolut größten Zuwachs in den letzten Jahren konnte das Christentum jedoch in der Volksrepublik China verzeichnen. Gerade die nicht staatlich anerkannten, sogenannten „Hauskirchen“ konnten von der neu entstanden Suche nach Sinngebung – als Folge des tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels in der Volksrepublik – profitieren. Mittlerweile, so jüngste Schätzungen, bekennen sich bis zu 80 Mio. Chinesen zum Christentum. Die Mehrzahl gehört protestantischen Denominationen an, die Zahl der Katholiken wird auf 12 bis 15 Mio. geschätzt.

In anderen Teilen Asiens ist das Christentum – mit Ausnahme von Südkorea – weniger verbreitet. Deshalb richten sich die Maßnahmen der KAS in Asien hauptsächlich an die jeweilige Religion der Mehrheitsbevölkerung, um an deren eigenen Werten anzusetzen. Dies gilt vor allem für islamisch geprägte Länder, in denen seit rund zwei Jahrzehnten deutliche Radikalisierungstendenzen zu beobachten sind. In Malaysia etwa sind die derzeitige Hauptzielgruppe aufgeschlossene junge Muslime, die in ihrem Kampf gegen die zunehmende Fundamentalierung ihrer Religion Unterstützung brauchen. Hier setzen sich die KAS-Maßnahmen mit den Gefahren auseinander, die von extrem konservativen Ansätzen im religiös-spirituellen Gedankengut ausgehen können. Religiöse „Kurzsichtigkeit“, Unkenntnis und Diskriminierung gehören mit zum Themenbereich.

Der Ansatz der KAS gilt aber gleichzeitig auch überall dort, wo ethische Grundlagen gesellschaftlichen und politischen Handelns hinterfragt, definiert oder gesucht werden: sei es bezüglich bestimmter Implikationen der Globalisierung oder von Wirtschaftsformen, sei es im Hinblick auf Korruptionsbekämpfung und Integrität von Eliten. Glaube und Weltanschauung spielen immer dort eine Rolle, wo die ethische Ausrichtung und Begründung politisch-gesellschaftlichen Handelns zur Debatte stehen. Die KAS wendet sich somit neben politischen Entscheidungsträgern auch an Akademiker und Intellektuelle, denen sie – wie mit dem Public Intellectual Forum (PIF) in Malaysia – auch spezielle Foren bietet, die in diversen Gesprächsreihen bestimmte Themen besonders tiefgründig und differenziert aufgreifen. Begründung und Wandel von Wertvorstellungen, religiöses und soziales Engagement, die Herausforderung durch Fundamentalismus, Globalisierung und Säkularismus spielen auch hier eine herausragende Rolle. Dass christliche Werte und Grundvorstellungen in den Dialog mit eingebracht werden, ist dort, wo es möglich ist, auch selbstverständlich.

In Süd- und Südostasien hat sich die KAS mit zahlreichen Initiativen zum interreligiösen Dialog – unter Einbeziehung von Christen – eingebracht, gerade in Ländern mit hohem Konfliktpotential. Aspekte der religiösen Identität, der Integration und Solidarität in den multikulturellen Gesellschaften Asiens, das Verhältnis von Religion zu Zivilgesellschaft und Demokratie, ethische Fragen in der Globalisierung und Fragen nach Konfliktpotential und -management mit religiösem Hintergrund – all dies sind ihre Arbeitsthemen. Vertreter des Christentums, sofern diese vor Ort vertreten und maßgeblich sind, werden dabei mit eingebunden.

CHINA

„ATHEISMUS IM DIALOG“

Unter dem Motto „Chinas Weg zur Harmonie im Umgang mit den Religionen“ hat die KAS Vertreter der EKD und DBK sowie Kirchenrechtler aus Deutschland zu einer Fachkonferenz im April 2009 nach Peking eingeladen, um mit chinesischen Experten unterschiedliche Modelle des Verhältnisses von Religion und Staat zu erörtern. Zusammen mit dem an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) angesiedelten Institut für Weltreligionen sollte der Begriff der „Religion“ bzw. „Religionsgemeinschaft“ definiert sowie Fragen nach deren rechtlichem Status und Verhältnis zum Staat geklärt werden. Dazu wurden zunächst die in Deutschland geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen, kirchliche und religiöse Organisations- und Repräsentationsformen sowie gegenseitige Rechte und Pflichten beschrieben. „Wechselseitige Zugewandtheit und Kooperation“ als Grundform des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Bundesrepublik konnte als erfolgreicher „deutscher Weg zur Harmonie“ präsentiert werden. Das verfassungsmäßig verbrieft Grundrecht auf Religionsfreiheit – das für Staat und Religionsgemeinschaften gleichermaßen Freiheiten, aber auch Einschränkungen bedeutet – ist dabei unabdingbare Voraussetzung.

Die gegenwärtige Situation in der Volksrepublik China ist – nach den Verheerungen der Kulturrevolution – von dem Versuch eines kulturellen Wiederaufbaus geprägt, der auch das Verhältnis zwischen Religion und Politik neu reflektiert. Im Unterschied zu Deutschland hat in China zudem stets eine große, auch synkretistische Vielfalt an Religionen und Weltanschauungen geherrscht: Buddhismus und Daoismus mischen sich bis heute mit Elementen des Konfuzianismus und sogar des Marxismus-Leninismus. Es ist daher nicht immer einfach, sich auf eine Definition von Religion und „normaler religiöser Angelegenheiten“ – wie sie Art. 36 der chinesischen Verfassung schützt – festzulegen. Zugleich mussten sich die Religionsgemeinschaften in der Vergangenheit immer dem Ziel der Sicherung der staatlichen Einheit unterordnen. Eine autonome Stellung der Kirchen, wie sie sich in der europäischen Geschichte seit dem Mittelalter herausgebildet hatte, konnte sich deswegen in China nie entwickeln.

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung und der Vielfalt der Glaubensgemeinschaften steht auch China vor der Notwendigkeit, den Gesetzgebungsprozess zu religiösen Fragen aktiv voranzutreiben. Die Staatliche Administration für religiöse Angelegenheiten (SARA) hat mittlerweile eine Abteilung eingerichtet, die sich mit Religionsfragen außerhalb der fünf offiziell anerkannten Religionen Chinas befasst. Der Atheismus in China, wie ihn die offizielle kommunistische Ideologie vorsieht, beginnt, sich diesen Themen zu öffnen und mit den Religionen in einen Dialog zu treten. Atheismus in China, so einer der Teilnehmer, sei nunmehr „Atheismus im Dialog“.

Dies soll auch dem Ziel der „Entwicklung einer harmonischen Gesellschaft“ dienen, wie es die kommunistische Führung seit 2006 als politische Maxime verkündet hat. Das drittgrößte Land der Welt steht vor großen Herausforderungen, wenn es – im Spannungsfeld zwischen jahrhundertelanger Tradition politischer Dominanz und weltanschaulicher Vielfalt – gesellschaftlichen Frieden bewahren und den Ausgleich verschiedenster Interessen gestalten will. In dem Bemühen um diesen Ausgleich wird die KAS in China auch weiterhin als Moderator Unterstützung bieten.



(V.l.n.r.) Prof. Dr. Qiu Yonghui, Institut für Weltreligionen, Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften, und die Professoren für Öffentliches Recht und Kirchenrecht Dr. Stefan Koriath (Universität München) und Dr. Michael Germann (Universität Halle)

MINDANAO

CHRISTLICH-MUSLIMISCHE SOLIDARITÄT FÜR FRIEDEN UND ENTWICKLUNG

Auf den Philippinen bilden Christen die große Mehrheit der Bevölkerung. Die Inselgruppe Mindanao verzeichnet aber noch einen beträchtlichen Anteil an Muslimen, die gegen die Kolonialisierung und Missionierung durch die Spanier erfolgreich Widerstand geleistet hatten und sich bis heute ihre Identität bewahren konnten. Der Islam hatte bereits vorher, im 14. Jahrhundert, die Philippinen erreicht und sich im südlichen Teil verbreitet. 1898, nach ihrer Niederlage im Spanisch-Amerikanischen Krieg, traten die Spanier die Kolonie an die USA ab. Diese weiteten ihre Herrschaft auch auf die muslimischen Regionen aus, was zu Konflikten und Auseinandersetzungen führte. Nach ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1946 förderte die Philippinische Republik massiv die Umsiedlung von landlosen christlichen Filipinos aus dem Norden in die Gebiete des Südens. Infolgedessen sank der muslimische Anteil der Bevölkerung und bildet inzwischen mit nur noch 20 Prozent die Minderheit. Die „Moros“ (die Bezeichnung wurde von den Spaniern in Anlehnung an den Begriff „Mauren“ eingeführt) sehen sich als Fremde im eigenen Land, was immer wieder zu heftigen Unruhen führt.

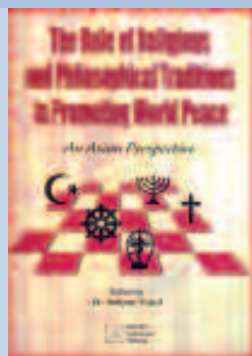
Die im Süden der Philippinen befindliche „Autonome Region Muslimisches Mindanao“ (ARMM) bildet den Kern der muslimischen Region, ihr gehören inzwischen sechs Provinzen an. Der Konflikt zwischen der Zentralregierung und den muslimischen Provinzen flammt bis heute immer wieder auf und entlädt sich in gewaltsamen Auseinandersetzungen und terroristischen Akten. Ein Friedensabkommen zwischen den islamischen Separatisten der MILF (Moro Islamic Liberation Front) und der Regierung wurde im August 2008 vom Obersten Gericht für verfassungswidrig erklärt. In Frage gestellt wurde es nicht zuletzt durch

die Mehrheit der christlichen Siedler, die um ihren Status in der Region fürchten. Gleichzeitig ist seitens der muslimischen Rebellen eine zunehmende Mobilisierung religiöser Komponenten zu beobachten, so wird die religiöse Identität als Konfliktursache immer stärker ins Feld geführt. Zentrale Aspekte sind aber vor allem sozialer Art – die Region gehört zu den ärmsten Gebieten des Landes. Die Muslime fühlen sich auch sozial und ökonomisch marginalisiert.

Daher setzt sich die KAS auf den Philippinen für Dialog und gegenseitiges Verständnis im Hinblick auf Frieden und Entwicklung ein. Für die Förderung des Friedensprozesses und der christlich-muslimischen Solidarität vor allem auch in sozialen Belangen lädt sie immer wieder Vertreter beider Religionsgruppen zu Dialogforen, runden Tischen und Konferenzen ein. Ein weiteres Bestreben ist es, die überwiegend christliche Bevölkerung über die Anliegen der Mindanao-Muslime zu informieren und deren Hintergrund zu diskutieren. Dazu dienten mehrere Vortragsreihen an den verschiedenen Universitäten des Landes, die zur Friedensförderung durch interreligiösen Dialog beitragen wollten. Auch Fragen der Ethik und Verantwortung in Wirtschaft und Politik, von Gerechtigkeit und sozialem Engagement auf der Grundlage von Werten ist hier ein wichtiges Thema. Christlichen Eliten und Entscheidungsträger kommt diesbezüglich eine ausschlaggebende Rolle zu. Die christlich-muslimische Solidarität im Hinblick auf Entwicklung durch soziale Gerechtigkeit ist daher ein Thema, dem sich die KAS mit mehreren Partnern widmet, darunter dem Asian Center for the Study of Democracy (ACSD) der University of Asia and the Pacific. Neben den gesellschaftlichen Voraussetzungen und Grundlagen für ein friedliches Miteinander von Christen und Muslimen wird auch das Modell der sozialen Marktwirtschaft als mögliches Vorbild diskutiert und dessen christlich-ethisches Fundament, die Soziallehre der Kirche. Denn für die Philippinen – wie auch für Indonesien – gilt: Um- und Neuansiedlungsprojekte, Armut, Arbeitslosigkeit und Migrationsbewegungen haben die sozio-kulturellen wie sozio-ökonomische Ungleichheit verstärkt und sind zu einem treibenden Motor für ethnische und religiöse Rivalitäten geworden. Der Gedanke der Solidarität kann eine Brücke zwischen den Religionen sein – und soziale Gerechtigkeit ein zentraler Wert, der beide Traditionen miteinander verbindet.

The Role of Religious and Philosophical Traditions in Promoting World Peace

Das Regionalprogramm „Politikdialog Asien“ hat sich das Verhältnis zwischen Religion und Politik ebenfalls zum Anliegen gemacht. Von Singapur aus will die KAS auch mit diesem Programm Brücken bauen, in die Region hineinwirken, durch interreligiösen Dialog und Kooperation den Extremismus auf der Grundlage gemeinsamer Werte bekämpfen. Die Herausgabe des Buches „The Role of Religious and Philosophical Traditions in Promoting World Peace“ 2007 ist nur eine der Früchte dieses Wirkens.



PROTESTANTEN IN DEN USA

HETEROGEN – UND EINFLUSSREICH

Seit Beginn ihrer Gründung spielen in den Vereinigten Staaten Religion und religiöse Überzeugungen eine große Rolle. Amerikaner bekennen sich offen zu ihrem Glauben, sprechen ohne Scheu von ihm und lassen sich auch bei politischen Entscheidungen von ihm leiten. Mehr als 80 Prozent der US-Amerikaner bezeichnen sich heute als Christen. Hiervon stellen Protestanten die größte Religionsgemeinschaft. Neben dem sogenannten „Mainline-Protestantismus“ gehört die stärkste Gruppierung unter ihnen konservativen – sogenannten „evangelikalen“ – Gruppen an. „Die“ Evangelikalen sind jedoch kein monolithischer Block, sondern ein Sammelbegriff für unterschiedliche christliche Glaubensgemeinschaften, mit einer äußerst diversifizierten sozialen und gesellschaftspolitischen Agenda.

Amerikas konservative Protestanten prägen seit Jahrzehnten das gesellschaftliche Leben in ihrem Land. Seit den 70er Jahren haben sie zunehmend an politischem Einfluss gewonnen. Für die Mehrheit der evangelikalen Christen stellen Moral und Werte ein wichtiges Kriterium in der Politik dar. Gerade bei Wahlen nimmt die Haltung der Kandidaten zu sogenannten „moral issues“ einen wichtigen Platz ein. Auch sind die meisten evangelikalen Christen politisch und sozial aktiver als der durchschnittliche US-Bürger.



*Kirche in Neuengland,
USA*

Wer – wie viele Evangelikale in den USA – den biblischen Schöpfungsbericht wörtlich nimmt, befremdet viele Europäer. Vieles wird dabei nicht wahrgenommen: Ein nachdrücklicher Einsatz für Umwelt und Natur, die wachsende Bedeutung von Fragen der sozialen Gerechtigkeit, klare Aussagen gegen Folter – und nicht zuletzt der Besuch Barack Obamas als demokratischer Präsidentschaftskandidaten in einer evangelikalen „Mega-Church“.

Das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington pflegt seit vielen Jahren den Dialog mit evangelikalen Christen in den USA. Ziel des Stiftungsprogramms ist es, das gegenseitige Verständnis und den Austausch über religiöse und aktuelle politische Fragen zwischen Vertretern christlicher Organisationen und deutschen Entscheidungsträgern zu verbessern. Dabei gilt es in erster Linie, Vorurteile und Unkenntnis abzubauen. „Evangelikal“ ist mit „Fundamentalismus“ nicht gleichzusetzen.

„MORAL ISSUES“ UND POLITISCHES ENGAGEMENT

Die US-amerikanischen Christen sind wichtige Gesprächspartner. Ihr Anteil an der öffentlichen Diskussion über Glauben und Werte ist entscheidend. Daher veranstaltet die KAS regelmäßig Konferenzen über gemeinsame Themen wie etwa Klimawandel und Erhalt der Schöpfung. Mit zahlreichen Informations- und Besucherprogrammen für deutsche und amerikanische Delegationen wird die persönliche Begegnung ermöglicht und der Dialog intensiviert.

AMERIKAS EVANGELIKALE UND DIE POLITIK

Wie denken Amerikas Evangelikale und in welche Richtung gehen sie? Was bedeutet eine theologische und politische Pluralisierung für sie? Wo tragen sie zur Spaltung der amerikanischen Gesellschaft bei – und wo können sie diese Spaltung überwinden helfen? Zu diesen Fragen hat die KAS am Reformationstag 2007 zu einer Podiumsdiskussion geladen, um die Rolle der amerikanischen Evangelikalen in Gesellschaft und Politik näher zu beleuchten.

Die Veranstaltung reiht sich ein in einen beständigen Dialog, den die Stiftung dank des Engagements des CDU-Generalsekretärs Hermann Gröhe MdB in der Überzeugung führt, hiermit einen Beitrag zu einem besseren deutsch-amerikanischen Verständnis zu leisten. Hermann Gröhe, Vorstandsmitglied der KAS und Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, setzt sich seit Jahren für einen kontinuierlichen und breiten Dialog mit Vertretern evangelikaler Kirchen ein: „Wir können ein Land nicht verstehen, wenn wir seine Religion nicht kennen – ob Islam, Russisch-Orthodoxe Kirche oder Evangelikale“. Den Evangelikalen müsse man sich dabei differenziert annähern. Splittergruppen dürften nicht über das Image einer ganzen Glaubensgemeinschaft entscheiden. Die Konferenz bestätigte dies: Evangelikale haben eine diversifizierte Agenda mit einem umfassenden sozialpolitischen Engagement. Selbst die oftmals bemühte Gleichung „Evangelikale = Republikaner“ erwies sich als so nicht haltbar, da viele von ihnen liberal eingestellt sind. So nimmt etwa der Klimaschutz unter dem Aspekt der Verantwortung für die göttliche Schöpfung und des Erhalts von Gottes Werk eine immer wichtigere Rolle ein. Durch die zunehmende auch soziale Heterogenität der Glaubensgemeinschaften – immer mehr Mitglieder sind afro-amerikanischer und hispanischer Herkunft – werden in den letzten Jahren auch Themen wie Armut und Integration neu fokussiert. Religion nimmt in den USA einen großen Teil der öffentlichen Diskussion ein. Da die Evangelikalen zur Mitte der US-amerikanischen Gesellschaft gehören, kommt ihnen automatisch eine einflussreiche Rolle in der Politik zu.



V.l.n.r.: Dr. Leith Anderson, Präsident der National Association of Evangelicals, Dr. Gerhard Wahlers, Stellv. Generalsekretär der KAS, Dr. Richard Land, Präsident der Ethics and Religious Liberty Commission, Hermann Gröhe MdB, Generalsekretär der CDU und Vorstandsmitglied der KAS, und Wilhelm Staudacher, damals in seiner Funktion als Generalsekretär der KAS

Auch grundsätzlich beschäftigt sich das KAS Büro Washington mit der Frage, welche Rolle Religion in der Politik spielt oder idealerweise spielen sollte. Große Resonanz erfuhr dabei 2005 eine Konferenz, die sich unter dem Motto „Säkulares Europa, Religiöses Amerika: Religion, Politik und transatlantische Unterschiede – Grundlagen für einen interkulturellen Dialog“ eben dieser Frage widmete. Veranstaltet wurde sie gemeinsam mit dem Louis Finkelstein Institute for Religious and Social Studies des Jewish Theological Seminary aus New York und hatte hochrangige Redner zu Gast – renommierte Wissenschaftler und Politiker, von deutscher Seite unter anderem Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel MdL.



Während sich Westeuropa heute überwiegend säkularisiert zeigt, ist in der amerikanischen Gesellschaft oftmals das Gegenteil der Fall. Die KAS untersucht, worin sich die westeuropäische von der amerikanischen Gesellschaft unterscheidet – was zu möglichen Spannungen führt oder führen könnte – und untersucht den spezifischen Einfluss der Religion auf die transatlantischen Beziehungen. Dabei geht es jedoch nicht nur um die Unterschiede, sondern es werden auch und vor allem Gemeinsamkeiten erörtert. Schließlich verbinden gemeinsame historische, kulturelle – und religiös-christliche Wurzeln – beide Seiten des Atlantik in einer Wertegemeinschaft, die sich von derjenigen anderer Kulturen unterscheidet.

Die KAS Washington richtet sich jedoch nicht nur an Protestanten – auch mit amerikanischen Katholiken pflegt sie den Dialog. So fördert die KAS regelmäßig deutsch-amerikanische Kolloquien mit katholischen Sozialethikern. Oder empfängt im Rahmen des „National Prayer Breakfast“, das im Februar eines jeden Jahres stattfindet, die deutsche Delegation zu einem Briefing.

Denn die KAS ist überzeugt: Das transatlantische Verhältnis muss gestärkt werden, Europa und die USA müssen zusammenhalten, um globale Probleme gemeinsam anzugehen. Eine stabile Wertegemeinschaft kann hierfür eine Voraussetzung sein.

LATEINAMERIKA

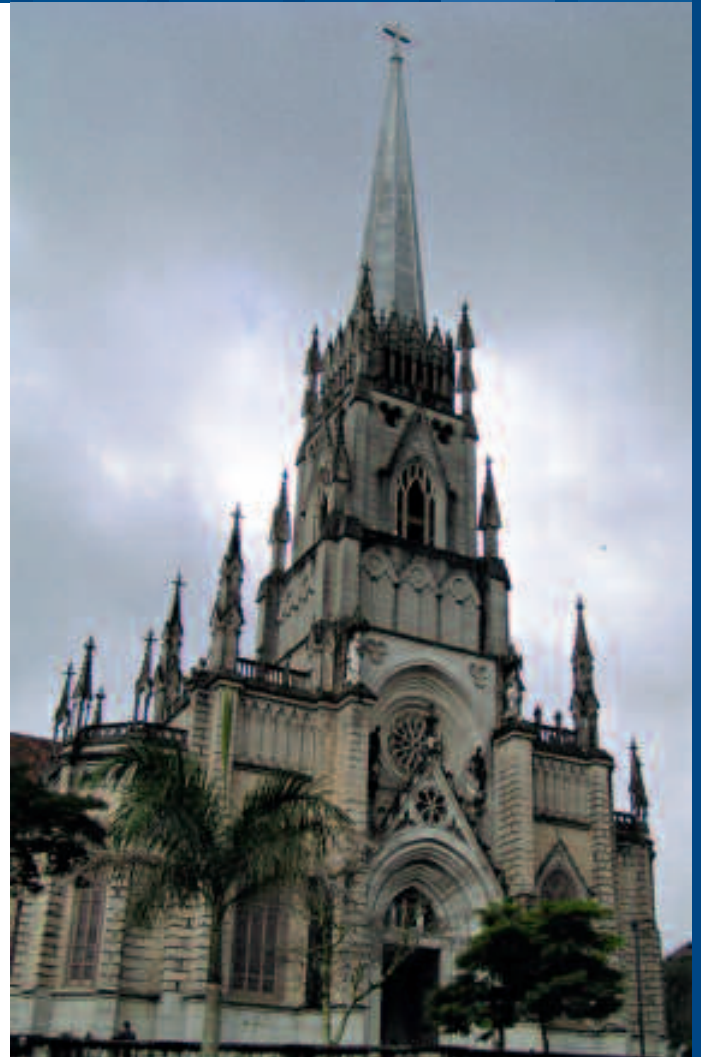
DER KATHOLISCHE KONTINENT

Noch ist Lateinamerika ein „katholischer Kontinent“: Hier leben die meisten Katholiken überhaupt, mit ca. 556 Millionen von 1,1 Milliarden sind es mehr als die Hälfte weltweit. Allein Brasilien verzeichnet etwa 150 Millionen katholische Christen. Der Anteil der katholischen Bevölkerung auf dem gesamten Kontinent ist mit fast 80 Prozent immer noch so hoch wie nirgendwo sonst auf der Welt. In 778 Diözesen und 22 Bischofskonferenzen wird der katholische Glaube organisiert und verwaltet.

Doch die Bastion bröckelt, die Kirche verliert zunehmend an Einfluss. Die Gründe sind so vielfältig wie der Kontinent selbst. Sie liegen zum einen in der Vergangenheit. So hat die Unterstützung der Militärdiktaturen in einigen Ländern der Kirchenführung einen Glaubwürdigkeitsverlust eingetragen und zu Konflikten auch innerhalb der Kirche geführt. Zusätzlich sind interne Spannungen zwischen Basisgemeinden und Anhängern der Befreiungstheologie und der „offiziellen“ Kirchenführung nach wie vor nicht überwunden. Zum anderen sind es aktuelle politische Umstände wie in Kuba, Venezuela oder Bolivien, die das kirchliche Leben verhindern oder instrumentalisieren. Mit dem Versagen politischer Modelle geht eine zunehmende Fragilität der Demokratie einher. Die größten Probleme aber – und mit Letzterem verbunden – sind sozialer Natur: eklatante Armut, eine wachsende Kluft zwischen den Bevölkerungsschichten, die Marginalisierung breiter Teile der Bevölkerung, ausufernde Gewalt. Gleichzeitig schwellen die Städte immer mehr an und die mächtigen Migrationsströme reißen nicht ab.

Politik und Kirche stehen vor neuen Aufgaben: Beide verlieren an Bindungskraft. Die Veränderung der politischen Landschaft in weiten Teilen des Kontinents, die Erosion demokratischer Kräfte und Parteien geht mit einer zunehmenden Schwächung der Amtskirche einher: Die Anfälligkeit in der Bevölkerung für Populismus wächst und wird von politischen wie religiösen utopischen Heilsversprechen immer wieder neu genährt. Zwar sind die Kirchen noch stabiler als die ihnen nahestehenden Parteien, das Grundphänomen aber ist ähnlich: Engagierte und motivierte potentielle Anhänger orientieren sich hin zu charismatisch-populistischen Personen und Bewegungen.

Die derzeit größte Herausforderung kommt für die Kirche von der eigenen „Konkurrenz“: Die wachsende Resonanz prosperierender evangelikaler Freikirchen und Sekten lassen den Anteil an Katholiken zunehmend schwinden: Noch vor wenigen Jahrzehnten lag er in Brasilien bei etwa 90 Prozent, inzwischen ist er in einigen Bundesstaaten des Landes um mehr als ein Viertel zurückgegangen. Auch in Mittel-



Die neugotische Kathedrale von Petrópolis, der Sommerresidenz der (nur zwei) brasilianischen Kaiser (Peter I., der Namensgeber der Stadt, und Peter II.)

amerika – vor allem in Guatemala – sind die Zahlen mittlerweile dramatisch gesunken.

Doch Lateinamerika ist auch ein „Kontinent der Hoffnung“, wie Papst Johannes Paul II. oftmals zu sagen pflegte, die Kirche ist jung und dynamisch. Und trotz der Risse in ihrem Fundament genießt sie in der lateinamerikanischen Gesellschaft nach wie vor hohen Respekt und bleibt eine bedeutende Institution. In einem Meer von Diskreditierung und allgegenwärtiger Korruption, in das die meisten staatlichen Einrichtungen – Verwaltung, Parteien und Gewerkschaften, Polizei und Justiz – in vielen Ländern verstrickt sind, gilt sie als eine der letzten glaubwürdigen Instanzen.

Das Engagement der Kirche ist daher gefordert und dringlicher denn je. Es ist deshalb ein Kernanliegen der KAS, die Kirchen in Lateinamerika dabei zu unterstützen, eine aktive Funktion in Politik und Gesellschaft anzunehmen, das Feld nicht politischen wie religiösen Heilspredigern zu überlassen, sondern auf der Grundlage christlicher Überzeugungen Orientierung zu bieten.

DIE KAS IN LATEINAMERIKA

In allen Ländern Lateinamerikas, in denen sie vertreten ist, führt die KAS den Dialog mit den Kirchen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen der Zeit. Entweder unmittelbar, in unterschiedlichen Formen direkter Kooperation, oder auch indirekt, etwa dadurch, dass Vertreter der Kirchen oder deren Institutionen und Hilfswerke in Maßnahmen der KAS mit eingebunden sind. Mit dem Lateinamerikanischen Bischofsrat CELAM (Consejo Episcopal Latinoamericano) arbeitet die KAS vor Ort ebenso zusammen wie mit dessen nationalen Bischofskonferenzen.

Beispiele der direkten Zusammenarbeit mit CELAM gibt es viele. Die meisten gehen von Brasilien aus, wo im Rahmen des KAS-Regionalprogramms „Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika“ (SOPLA) mehrere Konferenzen und Seminare mit den Spitzen der katholischen Kirche in Lateinamerika über aktuelle Fragen der politischen und sozioökonomischen Entwicklung des Kontinents stattgefunden haben. So zum Beispiel im Juni 2008 mit rund 20 Bischöfen in Bogotá. Mit der CELAM-Abteilung für Soziales hält die KAS ebenfalls laufend themenbezogene Seminare und Workshops mit Akteuren der Kirche zu sozialpolitischen Themen ab – zu nennen wäre ein Seminar zu christlichen Gewerkschaften im Dezember desselben Jahres in Santiago de Chile. Eines der Hauptthemen

ist dabei die katholische Soziallehre, deren Bekanntmachung und Verbreitung zu den wichtigsten Zielen der KAS gehört (vgl. Seite 68).

Länderübergreifend ist auch das Projekt „Observatorio de Pobreza“ zur Armutsminderung und -bekämpfung von Anker gegangen, in dem die KAS gemeinsam mit der Vereinigung der Jesuitenuniversitäten seit 2008 in acht Ländern aktiv ist.

KOOPERATION MIT KATHOLISCHEN UNIVERSITÄTEN

Überhaupt pflegt die KAS zu den katholischen Universitäten in den meisten lateinamerikanischen Ländern sehr enge oder zumindest punktuelle Verbindungen. Nicht nur, aber besonders in Venezuela, wo die Jesuitenuniversität Universidad Católica Andrés Bello (UCAB) einer ihrer Hauptpartner ist. Und auch in Peru finden mit der dortigen katholischen Universität (PUCP) regelmäßig Kooperationen statt. Dasselbe gilt für Uruguay – länderbezogen wie übergreifend. Letzteres im Rahmen des Rechtsstaatsprogramms, das von Montevideo aus die katholischen Universitäten des Kontinents in die Arbeit der KAS miteinbezieht, hier in der Regel zu juristischen Themen wie Verfassungsrecht und Menschenrechtsschutz.

Ansprechpartner ist die KAS auch im Hinblick auf Vernetzungseffekte und Dialogplattformen – auf dem Kontinent selbst, aber auch in Verbindung mit Deutschland – und bezieht aktiv kirchliche Einrichtungen in die Besucherprogramme deutscher Delegationen mit ein. So traf 2008 der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder MdB mit Vertretern der Bischofskonferenz in Mexiko (CEM) zusammen, gemeinsam mit seinem Stellvertreter Dr. Andreas Schockenhoff MdB und der Abgeordneten Ingrid Fischbach (Bild Seite 9). Und in Peru konnte der



Vorsitzende des Gesprächskreises Lateinamerika der CDU/CSU-Fraktion, Peter Weiß MdB, auf Vermittlung der KAS mit dem dortigen Episkopat und den Diözesen Gespräche aufnehmen.

Mit weiteren christlichen Einrichtungen steht die KAS Peru ebenfalls in einem intensiven Dialog zu gesellschaftlichen und politischen Anliegen. Hierzu dient das „Christlich-Soziale Forum“ des Bildungsinstituts für christliche Soziallehre IESC mit einer langjährigen Gesprächsreihe zu christlichen Werten in der Politik. Die Stiftung unterstützt außerdem Projekte der christlichen Freiwilligenvereinigung VEN (Volunteer and Educational Network) und arbeitet mit regionalen Universitäten und Führungspersonen zusammen, die sich der Kirche und den Grundwerten der KAS verpflichtet fühlen.

ECUADOR: VORSCHLÄGE FÜR EINE BESSERE VERFASSUNG

Auch in Ecuador bestehen gewachsene gute Kontakte zwischen katholischer Kirche und KAS. Dass sich dies nicht notwendigerweise nur auf den Informations- und Meinungs-austausch beziehen muss, zeigt die

Unterstützung der Kirche bei der Verteilung einer Broschüre der KAS, die im Zuge der Verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 2008 erschienen war. Darin wurden die Defizite und Fehlentwicklungen im damaligen Textentwurf zur neuen Verfassung des Landes aufgezeigt und Verbesserungsvorschläge gemacht. Da viele der Positionen und Kritiken, die sich im Text fanden, auch von der Kirche geteilt wurden, konnte die Publikation im ganzen Land über die kirchliche Infrastruktur sehr effizient verteilt und bekannt gemacht werden.

Darüber hinaus arbeitet der Projektpartner der KAS und ecuadorianische Think-Tank CORDES (Corporación de Estudio para el Desarrollo) seit vielen Jahren regelmäßig mit der ecuadorianischen Bischofskonferenz zu Themen der Umsetzung relevanter Grundlagen aus der katholischen Soziallehre in die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik des Landes zusammen. Zusätzlich berät CORDES die Bischofskonferenz in ordnungspolitischen Fragen.

Eine Zusammenarbeit der Stiftung mit den Kirchen findet auch in Zentralamerika statt, wo die KAS von Costa Rica und Guatemala aus agiert. Im Rahmen des

Die Kathedrale von Brasília wurde im Zuge des Neubaus der brasilianischen Hauptstadt errichtet und 1970 eingeweiht.





KOLUMBIEN:

DIE KIRCHE IM FRIEDENSPROZESS

Seit Jahrzehnten ist Kolumbien von Gewalt und Terror geprägt. Die linksgerichtete Guerillabewegungen der FARC und der ELN, die rechtsgerichteten paramilitärischen AUC und die Strukturen des Drogenhandels sind die Geißeln dieses Andenstaates. In den letzten Jahren wurden die Aktivitäten der Guerilla und der AUC spürbar eingedämmt. Dennoch: Frieden sieht anders aus.

Die Katholische Kirche Kolumbiens versucht seit Jahren in diesem Konflikt zu vermitteln. Sie war auch an dem letztlich gescheiterten Versuch beteiligt, während der Regierung Pastrana im sogenannten Prozess von Caguán zu einem umfangreichen und detaillierten Friedensabkommen zu kommen. Die bitteren Erfahrungen haben die Kirche zu einem neuen Ansatz bewogen. Unter dem Dach der Bischofskonferenz wurde eine „Comisión de Conciliación Nacional“ (Kommission zur Nationalen Versöhnung) ins Leben gerufen. Sie setzt sich aus zwanzig Persönlichkeiten zusammen (Gewerkschafter, Medienvertreter, Wissenschaftler, ehemalige Militärs und Politiker), deren zentrale Aufgabe in der Förderung des Friedensprozesses besteht.

Die Kommission will zu einer „Nationalen Übereinkunft für Frieden und Versöhnung“ („Acuerdo nacional por la paz y la reconciliación“) gelangen. Zur Mitarbeit sind alle Teile der kolumbianischen Gesellschaft aufgerufen – auch die illegalen, bewaffneten Gruppierungen. Innerhalb eines Jahres wurden sechzehn Regionalkonferenzen sowie etwa siebenhundert „runde Tische“ in Bogotá initiiert. Verschiedene Zielgruppen – unter ihnen Bauern, Unternehmer, Indigene, Landvertriebene, Konfliktopfer, Polizisten, aber auch Journalisten, Akademiker und Künstler – nahmen an ihnen Platz und überlegten, was aus ihrer Sicht in Kolumbien Frieden herbeiführen kann. Ziel ist es, aus diesen Beiträgen den wesentlichen Grundkonsens und die Voraussetzungen für einen Friedensprozess herauszufiltern, sie schriftlich festzuhalten und das Dokument im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2010 den Präsidentschaftskandidaten zu überreichen. Das Grundsatzdokument soll anschließend wieder in den regionalen Diskurs eingespeist werden, um auf dieser Grundlage eine auch nationale Agenda formulieren zu können. Seit seinem Beginn im Frühjahr 2009 unterstützt die KAS diesen Prozess.

„Foro Guatemala“ etwa, einem Zusammenschluss von siebzehn Organisationen der Zivilgesellschaft, dem der Verbund der Sozialforschung ASIES (Asociación de Investigación y Estudios Sociales) vorsitzt, befinden sich mit der KAS auch die katholische Kirche und evangelische Gemeinden am Tisch und äußern sich zu Themen der politischen Konjunktur. Mit dem Bischof von San Marcos und lokalen christlichen NROs ist ein Dialog zu verschiedenen Themen – vor allem zu Sicherheit und Migration – aufgenommen worden. Die Zusammenarbeit mit der Diözese San Marcos reicht bis in das Jahr 2007 zurück, wo die KAS Seminare zu Wahlen und Kandidatenrunden auf kommunaler Ebene veranstalten konnte.

URUGUAY:

MENSCHENRECHTE UND WERTEWANDEL

Das Thema „Religionsfreiheit“ steht für die KAS nicht nur in Argentinien und Chile im Vordergrund (vgl. folgende Seite), sondern auch in den anderen Ländern Lateinamerikas. So hat die KAS Uruguay eine vierteilige Vortragsreihe zum Themenbereich „Kirche und Staat“ unterstützt, bei der die Aspekte Religionsfreiheit, die gegenseitige und wechselseitige Sichtweise von Staat und Religion sowie Menschenrechte als Frucht des Glaubens und der menschlichen Verantwortung thematisiert wurden. Die Veranstaltung fand mit der christlich-jüdischen Vereinigung des Landes statt, der „Confraternidad Judeo-Cristiana del Uruguay“. Mit ihr hat die KAS 2008 eine Kooperation begonnen, die den interkonfessionellen und interreligiösen Dialog zu gesellschaftspolitischen Themen unterstützt. Die „Confraternidad“, mit der die KAS auch in Argentinien zusammenarbeitet, vereint Katholiken, Protestanten und Juden, die sich im Religionsdialog engagieren. 2008 hat sie ihr fünfzigjähriges Bestehen gefeiert.

Auch zum Themenbereich „Familie“ arbeitet die KAS in Uruguay und Argentinien mit den Confraternidades beider Länder zusammen. 2009 standen Treffen von Jugendlichen auf dem Programm, bei denen über Gründungsanreize und Ursachen für das Scheitern des Modells „Familie“ diskutiert worden ist. Darüber hinaus wird das Thema „Wertewandel“ im Zusammenhang mit Armut, aber auch mit staatlicher Autorität und anderen Rahmenbedingungen immer wieder von der KAS thematisiert.

RELIGIONSFREIHEIT: IN CHILE UND ARGENTINIEN

Auf dem vermeintlich „Katholischen Kontinent“ spielen auch andere Glaubensgemeinschaften eine signifikante Rolle. Seit dem 18. Jahrhundert haben protestantische Einwanderer die religiöse Landschaft Lateinamerikas mitgeprägt. Auch der Einfluss anderer Konfessionen und Religionen wächst. In Argentinien ist der Katholizismus Staatsreligion, daneben existieren jedoch etwa 2.500 registrierte Glaubensgemeinschaften. Auch in Chile steigt die Vielfalt: Zwar bekennen sich noch 70 Prozent der chilenischen Bevölkerung zum römisch-katholischen Glauben, Tendenz jedoch sinkend.

Beide Länder spiegeln eine Entwicklung, die den gesamten Kontinent betrifft: Lateinamerika ist auf dem Weg, eine multireligiöse und -konfessionelle Gesellschaft zu werden. Damit rücken neue Fragen in den Vordergrund: Fragen der Gleichstellung und rechtlichen Verankerung der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften sowie des Umgangs mit potentiellen Konfliktsituationen.

Die KAS hat deshalb sowohl in Chile wie auch in Argentinien den interkonfessionellen wie auch interreligiösen Dialog zu einem wichtigen Bestandteil ihrer Arbeit gemacht.

In Chile wurde in der Zeit zwischen 1997 bis 1999 versucht, den Status der nichtkatholischen Religionsgemeinschaften gesetzlich zu regeln. An dieser Diskussion beteiligte sich die KAS mit ihrem Partner ICHEH (Instituto Chileno de Estudios Humanísticos) sehr aktiv – sowohl im Dialog mit den Kirchen als auch mit den politischen Entscheidungsträgern. Am 15. Juli 1999 verabschiedete das Parlament schließlich ein Gleichstellungsgesetz, das registrierten Kirchen und Glaubensgemeinschaften den rechtlichen Status einer Kirche einräumt und damit steuerlich und gesellschaftlich gleichstellt. Die neue Verordnung gewährt allen Glaubensgemeinschaften den Status einer Person des öffentlichen Rechts. Gleichzeitig wird damit die Religionsfreiheit gesetzlich verankert ebenso wie das Verbot, Menschen aus religiösen Gründen zu diskriminieren.

Einbezogen in die Aktivitäten in Chile waren auch Fachleute aus Argentinien. Im argentinischen Außenministerium beschäftigt sich eine eigene Abteilung mit Glaubens- und Religionsfragen einer plurikonfessionellen Gesellschaft. Neben Katholiken und Protestanten spielen vor allem in Buenos Aires die jüdische Gemeinde und auch muslimische Gemeinschaften eine signifikante Rolle.

Durch die argentinische Erfahrung erhielt die Diskussion in Chile wichtige Impulse. Das Ergebnis wirkte sich wiederum zurück auf Argentinien aus: In den Jahren 2002-2005 lud die KAS zusammen mit dem Argentinischen Rat für Religionsfreiheit (Consejo Argentino para la Libertad Religiosa – CALIR), ein Beirat des Außenministeriums, der von Vertretern der verschiedenen Glaubensgemeinschaften besetzt ist, wie vorher in Chile zu zahlreichen Seminaren und Veranstaltungen ein. Sie behandelten Themen wie das religiöse Zusammenleben im heutigen Argentinien, die Rolle der Konfessionen in Zivilgesellschaft und Politik und der Religionsfreiheit im argentinischen Recht. Im Rahmen zweier Publikationen zur Religionsfreiheit in Argentinien (2003, Abb. links) sowie im argentinischen Recht (2007, Abb. rechts) konnte ein normativer Rahmen hergestellt und aufgearbeitet werden. Mit dem „Observatorio Calir“ wurde zudem bis 2008 eine Monitoring-Initiative unterstützt, die den tatsächlichen Stand der Religionsfreiheit in Argentinien analysiert, deren Einhaltung verteidigt und Verletzungen aufdeckt.

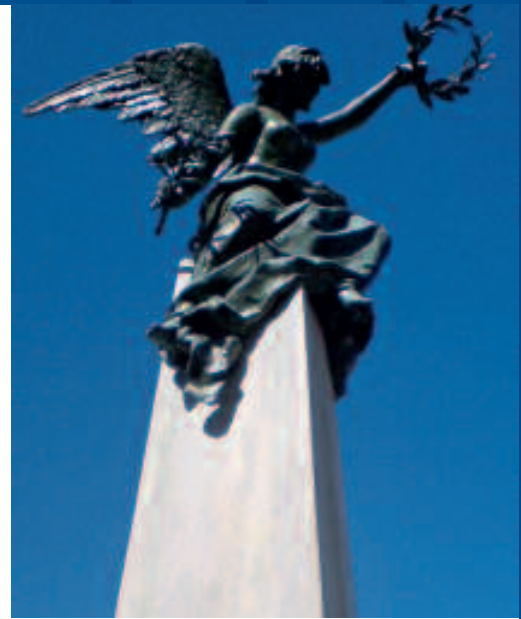


In beiden Ländern war die hohe Bereitschaft der Vertreter aller Konfessionen, dieses Dialogangebot anzunehmen und das Interesse der Politik, sich in Wertefragen mit den Religionsgemeinschaften auseinanderzusetzen, äußerst bemerkenswert. Die Glaubwürdigkeit und Anerkennung der KAS als Dialogpartner trug als entscheidender Faktor zur Entstehung und Fortführung der Dialogplattform maßgeblich bei.

KIRCHE UND STAAT IN MEXIKO

EIN VERHÄLTNIS VON NÄHE UND DISTANZ

Im Mai 2002 besucht Papst Johannes Paul II. zum fünften Mal Mexiko. Als Präsident Vincente Fox das Oberhaupt der katholischen Kirche am Flughafen empfängt, küsst er aus Verehrung dessen Ring. Ein Aufschrei geht durch die politischen Parteien Mexikos: Gesetzesbruch! Und tatsächlich: Sie haben Recht.



Das Gesetz für Religiöse Gemeinschaften und Öffentlichen Kult (LARCP), Art. 25, untersagt es Regierungsmitgliedern, an Akten des öffentlichen Kultes teilzunehmen. Der Empfang des Papstes als Staatsoberhaupt war unstrittig, der Kuss des Ringes aber gesetzlich nicht gestattet.

Unproblematisch ist das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche in Mexiko nie gewesen. Bis zum 19. Jahrhundert war die Kirche neben der spanischen Krone noch ein Pfeiler der europäischen Herrschaft in der „Neuen Welt“ und die faktische Einheit zwischen Kirche und Staat gegeben. Ab 1854 gingen die Wege auseinander: Ein antiklerikales Reformprogramm löste eine Entwicklung aus, die zur strikten Trennung von Staat und Kirche führte, alle Sonderrechte für Kleriker abschaffte und die politische Elite des Landes gegen die Kirche mobilisierte. Mit der Revolution von 1910 verschärfte sich die Lage weiter. Zum Bau von Gotteshäusern oder zur Feier von Gottesdiensten bedurfte es jetzt behördlicher Genehmigungen. Eine Verbesserung ergab sich erst unter Papst Paul VI., als die Kirche zunehmend als Träger sozialpolitischer Kompetenz erkannt wurde. Heute genießt die Kirche erneut Ansehen, Glaubwürdigkeit und Einfluss, auch wenn sie an die Macht früherer Zeiten nicht mehr anknüpfen kann. Trotz nach wie vor bestehender Spannungen mit dem Staat stellt sie einen Faktor im gesellschaftlichen Leben Mexikos dar, mit dem auch in Zukunft gerechnet werden muss.

Welches Verhältnis herrscht heute zwischen dem mexikanischen Staat und der katholischen Kirche? Wie groß ist ihr Einfluss auf die Politik Mexikos? Welche Rolle spielt sie in diesem Land, in dem fast 90 Prozent der Bevölkerung katholisch sind, und welche könnte sie in Zukunft spielen? Wie verortet sich die Kirche in der offenen, pluralen und globalisierten Gesellschaft, wie sie auch Mexiko zunehmend erreicht?

Diesen Fragen widmete sich ein internationaler Kongress, den die KAS gemeinsam mit der Mexikanischen Bischofskonferenz und dem Mexikanischen Institut für Christliche Soziallehre IMDOSOC (Instituto Mexicano de Doctrina Social Cristiana) organisierte. Im November 2005 kamen in Mexiko-Stadt Kirchenvertreter und Politiker sowie Akademiker, Juristen, Unternehmer, Medienvertreter, Vertreter anderer Religionen und der Zivilgesellschaft zusammen, um die Debatte über Standortbestimmung und Beitrag der Kirche zur sozialen und kulturellen Entwicklung der Nation wiederzubeleben. Es gelang, die verschiedenen politischen, sozialen und kirchlichen Akteure für die Bedeutung der Rolle zu sensibilisieren, welche die Kirche im öffentlichen Leben spielt und spielen kann und damit ihre proaktive Funktion in der Gesellschaft zu stärken.

FÜR VERANTWORTUNG, GEMEINWOHL UND GERECHTIGKEIT

GRUNKURS „CHRISTLICHE SOZIALLEHRE“ AN KATHOLISCHEN UNIVERSITÄTEN IN LATEINAMERIKA

Die soziale Ungleichheit in Lateinamerika wächst. Durch das Scheitern zahlreicher wirtschaftlicher und politischer Modelle in der Region hat die Demokratie an Glaubwürdigkeit verloren, der Populismus an Nährboden gewonnen. Die Armut und Marginalisierung ganzer Gesellschaftsschichten ist aber nur in den Griff zu bekommen, wenn sie nicht nur materiell, sondern vor allem strukturell bekämpft wird: durch Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen, durch Partizipation und Teilhabe. Dafür müssen aber zunächst die Eliten sensibilisiert und in ihrem Verantwortungs- und Bewusstsein gestärkt werden.

Die katholische Soziallehre kann hierfür ein Wegweiser sein. Das von dem Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden (Justitia et Pax) herausgegebene „Kompendium der Soziallehre der Kirche“ ist eine konzise Beschreibung dessen, was soziale Verantwortung aus christlicher Sicht bedeutet. Die KAS hat daher, gemeinsam mit Justitia et Pax, dem lateinamerikanischen Bischofsrat (CELAM) und zahlreichen katholischen Universitäten Lateinamerikas einen Vorschlag für einen Grundkurs entwickelt, der dies künftigen Eliten nahebringen und die katholische Soziallehre auf der Grundlage des „Kompendiums“ in Lateinamerika verbreiten kann.

Dazu fand zunächst im August 2008 in Lima eine Tagung statt, in der Zielrichtung und mögliche Inhalte eines solchen Grundkurses besprochen wurden. Ein weiteres Seminar zu den Methoden der Vermittlung schloss sich im Mai 2009 in São Paulo an. An der Universität „Alberto Hurtado“ in Santiago de Chile wurde noch im selben Jahr ein Pilotprojekt durchgeführt, um das Vorhaben auch in der Praxis zu erproben. Nach den vorbereitenden Maßnahmen wurde es in Rio de Janeiro abgerundet: Die beteiligten Kirchenvertreter, Universitätsrektoren und Experten kamen Anfang Februar 2010 hier noch einmal zusammen, um sich über die erarbeiteten Vorschläge abzustimmen. Vor allem aber sollten Wege und Möglichkeiten gefunden werden, mit denen der Kurs verbreitet und an den Universitäten umgesetzt werden kann.



Die Universität „Alberto Hurtado“ in Santiago de Chile: hier wurde das Pilotprojekt für den Grundkurs durchgeführt.

Geleitet wurde die Tagung durch den ehem. Stellv. Vorsitzenden der KAS und Staatsminister a.D., Anton Pfeifer, auf dessen Initiative und Engagement das Projekt maßgeblich zurückzuführen ist. Unter den europäischen Gästen befanden sich neben Dr. Flamina Giovanelli, Subsekretärin des Päpstlichen Rates Justitia et Pax, auch die renommierten Sozialethiker Prof. Dr. Anton Rauscher und Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, die dem Projekt wertvolle Impulse verliehen.

So konnte die grundsätzliche Bedeutung der Soziallehre für unsere Zeit festgehalten werden, in der eine „Kultur des Individualismus“ und der Ökonomie alle Lebensbereiche durchdringt und eine überwältigende Prägekraft erreicht hat. Eine Zeit, in der das Paradigma des Ökonomischen zu einem Marktliberalismus führt, der eine Rückbindung an das Soziale negiert. Die katholische Soziallehre erinnert daran, dass eine Gesellschaft regulierender Rahmenbedingungen und strukturierender Prinzipien bedarf. Sie legt der Gesellschaft Spielregeln auf und begegnet damit Gefahren, wie sie die jüngste Finanzkrise schmerzlich gezeigt hat.

„MAN KANN AUF NEUE FRAGEN KEINE ALTEN ANTWORTEN GEBEN.“

So lautet ein Ausspruch von Kardinal Cláudio Hummes, dem emeritierten Erzbischof von São Paulo. Das Kompendium hält sich daran. Im Lichte systematischer Prinzipien versucht es, eine Synthese herzustellen zwischen tradierten Werten und Fragen der Zeit. Und richtet sich dabei an alle Menschen. Papst Johannes Paul II., auf dessen Initiative das Werk zurückgeht, wollte einen „sozialen Katechismus für alle“ bereitstellen, um nicht nur die Glaubens-, sondern auch die Sozialanliegen der Kirche sichtbar zu machen. Denn das Verbindende am christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild, die sittliche Grundlage durch Leitprinzipien wie Solidarität, Subsidiarität und des Gemeinwohls ist als Anliegen so universal wie aktuell.

Die unveräußerlichen Rechte des Einzelnen immer auch im Kontext ihrer sozialer Relationen zu sehen, das Individuum nicht nur als solches zu betrachten, sondern auch als Teil der Gesellschaft – das ist es, was die Soziallehre der Kirche leistet. Das personale Prinzip ist für sie ebenso grundlegend wie das soziale Prinzip. Beide bilden das Fundament des christlichen Menschenbildes. Mit „Individuum“ ist nach christlichem Verständnis somit kein solitäres, autonomes Wesen gemeint, sondern der Mensch im Zusammenhang einer Schöpfungsordnung, als Bestandteil eines übergeordneten Ganzen. Nur innerhalb seiner kann er sich verwirklichen. Der Einzelne ist damit auf die Gesellschaft ebenso angewiesen, wie die Gesellschaft auf den Einzelnen.

Auf dieser Überzeugung beruht die Wertorientierung der KAS und das Engagement, mit der sie sich auch auf dem lateinamerikanischen Kontinent für die Verbreitung der Soziallehre einsetzt. Vor einem politischen Hintergrund, wo die Fragilität demokratischer Strukturen und gleichzeitige „Politikverdrossenheit“ sich in einem massiven Rückgang gerade der jungen Wählerklientel zeigt, ist es grundlegend, schon in der Ausbildung die soziale Qualität des Glaubens den Studenten und künftigen Entscheidungsträgern zu vermitteln.

Die christliche Soziallehre kann hierzu einen Beitrag leisten. Sie vermittelt zwischen Glaube und Gesellschaft, bietet die Möglichkeit, die Prinzipien des Glaubens auf die Wirklichkeit anzuwenden. Sie ist nicht als „monolithischer Block“, als geschlossener, doktrinaler Lehrkörper zu begreifen, sondern als ein Prozess der Reflexion, der sich auf den aktuellen Diskurs bezieht. So kann sie dabei helfen, mit der lateinamerikanischen Realität in einen Dialog zu treten, die verschiedenen Gesellschaftsmodelle – etwa des Liberalismus und Sozialismus – kritisch zu hinterfragen.

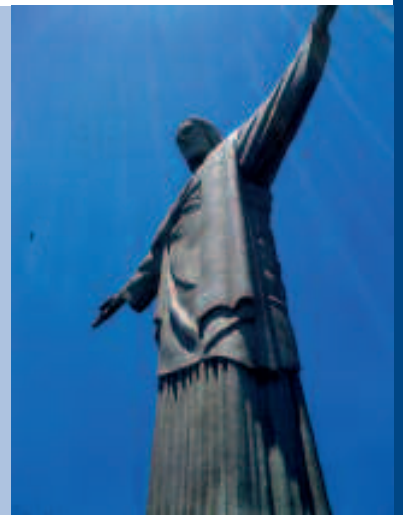
Ihre Verbreitung wird der KAS daher ein Anliegen bleiben. In enger Zusammenarbeit mit CELAM, dem Mexikanischen Institut für Christliche Soziallehre (Instituto Mexicano de Doctrina Social Cristiana, IMDOSOC) – und natürlich *Justitia et Pax* – wird sie auch weiterhin in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern ihres Tätigkeitsbereichs auch mit übergreifenden Projekten diesem Ziel dienen: der Weckung des Bewusstseins für die soziale Qualität des christlichen Glaubens.

DAS KOMPENDIUM ALS KOMPASS

*Die Idee nahm ihren Anfang in Belgrad, im April 2006. Hier hatte die KAS erstmals das „Kompendium der Soziallehre der katholischen Kirche“ in serbischer Übersetzung vor hochrangigen Gästen vorgestellt. Unter ihnen befand sich der Erzbischof von Belgrad, Stanislav Hocevar, Bischof Irinej von Backa sowie Anton Pfeifer, Staatsminister a.D. und damals Stellv. Vorsitzender der KAS. Auch der Herausgeber des Buches und Vorsitzende des Rates *Justitia et Pax* war dabei: Kardinal Renato Raffaele Martino unterstrich die Bedeutung dieses Werks, von dem er sich eine große Aufmerksamkeit auch über den Balkan hinaus erhoffte. Die Signalwirkung blieb nicht aus: Schon ein Jahr später wurde der Kardinal von der KAS nach Quito eingeladen, um über „Armut und Verantwortung für das Gemeinwohl“ auf der Grundlage der Soziallehre zu sprechen. Die KAS Ecuador hatte eine internationale Konferenz zu Einfluss und Pflicht der Eliten, deren sozialer Verantwortung vor dem Hintergrund der katholischen Soziallehre und der politischen Wirklichkeit in Lateinamerika organisiert. Der Weg mündete im Vorhaben eines Ausbildungskurses zur christlichen Soziallehre für katholische Universitäten und setzte sich, wie beschrieben, über Lima, São Paulo und Rio fort.*

Doch auch andere Pfade wurden erschlossen: So in Mexiko mit der Diözese Texcoco, deren Erzbischof Aguir Retes gleichzeitig Vorsitzender der mexikanischen Bischofskonferenz ist, wo die KAS mit einer Auftaktveranstaltung 2008 eine zwölfteilige Vortragsreihe initiierte. Oder auch mit IMDOSOC, dem Mexikanischen Institut für Christliche Soziallehre, das zuletzt 2010 in Mexiko-Stadt die Impulse der Soziallehre in Lateinamerika prüfte. Darüber hinaus in Chile mit der Universität Alberto Hurtado, mit der die KAS einen Pilotkurs starten und erfolgreich durchführen konnte.

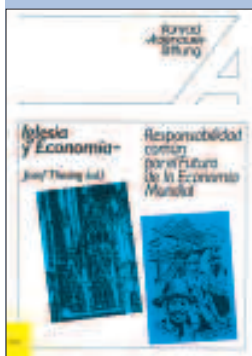
Inzwischen weist der Weg auch über Lateinamerika hinaus: 2008 wurde das Kompendium mit Unterstützung der KAS in Afrika vorgestellt (vgl. S. 52).



DER BEGINN DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN KAS UND CELAM JOSEF THESING ERINNERT SICH

Seit Beginn der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung im Juli 1962 gab es mit der Katholischen Kirche weltweit Kontakte und eine gute Zusammenarbeit. (...) Aus der Fülle von Veranstaltungen, die die KAS in fast fünfzig Jahren ihrer internationalen Arbeit mit dem Vatikan mit regionalen und nationalen Bischofskonferenzen durchgeführt hat, waren einige richtungsweisend.

Die erste fand vom 21.-24. November 1985 in Rom statt. Auf Initiative der KAS und in Zusammenarbeit mit dem Päpstlichen Rat für die Laien, dem Institut der deutschen Wirtschaft und der Internationalen Vereinigung Katholischer Universitäten trafen sich in der Päpstlichen Universität Urbana rund dreihundert hochrangige Theologen, Wissenschaftler, Politiker, Unternehmer und Gewerkschafter aus fünfunddreißig Ländern. „Kirche und Wirtschaft in der Verantwortung für die Zukunft der Weltwirtschaft“ – zu diesem Thema diskutierten die Teilnehmer ethische, soziale und ökonomische Fragen der künftigen Entwicklung. Hintergrund war die Tatsache, dass etwa in Lateinamerika und auch in anderen Ländern die Debatten um die „Befreiungstheologie“ viel Aufmerksamkeit auf sich lenkten. Den teilweise verzerrten, von Polemik und Ideologie nicht freien Auseinandersetzungen sollte in Rom begegnet werden. Höhepunkt des Treffens war eine Audienz bei Johannes Paul II. mit einer Ansprache des Papstes, in der er auf die ethischen Grundlagen von Wirtschaft und Entwicklung einging. Joseph Kardinal Ratzinger, damals Präfekt der Glaubenskongregation, sprach zum Thema „Marktwirtschaft und Ethik“, der Kölner Kardinal Joseph Höffner behandelte das Thema „Weltwirtschaft im Lichte der katholischen Soziallehre“. Der damalige Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli setzte sich mit dem Thema „Der Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft“ auseinander.



Die Wirkung dieses Symposiums war gewaltig. Die Ergebnisse wurden auf Deutsch, Englisch und Spanisch (s. Bild) veröffentlicht. Es folgten Konferenzen in Washington D.C. mit der Amerikanischen Bischofskonferenz, in Lateinamerika mit dem Consejo Episcopal Latinoamericano (CELAM) sowie mit west- und ostafrikanischen Bischofskonferenzen in Afrika. Im Nachhinein lässt sich erkennen, dass dieses Symposium Entwicklungen vorwegnahm, die später schwerwiegend eintreten sollten.

Mit CELAM kam es zu einer besonders engen Zusammenarbeit. (...) So wurde anlässlich eines Besuches des Vorstandes von CELAM im September 1996 unter der Leitung des damaligen Vorsitzenden Erzbischof Oscar Andrés Rodríguez Madariaga bei der KAS in Deutschland vereinbart, zusammen mit dem Päpstlichen Rat Justitia et Pax und der Stiftung in Rom ein Treffen mit der Weltbank, dem Weltwährungsfonds und der Interamerikanischen Bank zum Thema „Modernización económica, democratización und justicia social“ vorzubereiten. Es fand am 9. und 10. Juni 1997 in Rom statt. Die drei Finanzinstitutionen waren durch ihre jeweiligen Präsidenten James Wolfensohn (WB), Michel Camdessus (WF) und Enrique Iglesias (BID) vertreten. Für den Vatikan nahm Kardinal Roger Etchegaray, Präsident von Justitia et Pax teil. CELAM wurde von Erzbischof Oscar Rodríguez Madariaga und Generalsekretär Bischof Jorge Jiménez vertreten. Ich war für die Stiftung dabei. Gegenstand der Gespräche war vornehmlich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Lateinamerikas. Gegenüber den drei Finanzinstituten wurde von den Kirchenvertretern deutlich gemacht, dass bei der finanziellen Hilfe für die Länder Lateinamerikas wesentlich stärker Fragen der sozialen Gerechtigkeit berücksichtigt werden müssten.

Ein weiteres Treffen fand in Washington im April 1998 statt. Nach der ersten Zusammenkunft in Rom hatte sich eine solide Vertrauensbasis gebildet, auf der der begonnene und offene Dialog fortgesetzt werden konnte. Das Thema der Armutsbekämpfung stand nun auf der Tagesordnung. Die Erkenntnis, dass der Dialog zwischen Kirche, Wirtschaft und Politik notwendig ist, setzte sich ebenso durch wie die Überzeugung, dass in der Entwicklungszusammenarbeit das Öko-nomische stärker mit dem Politischen und Sozialen verbunden werden müsse. (...) Für die KAS war wichtig, dass die drei Banken für sich die Bereitschaft erkennen ließen, in Zukunft die politischen und sozialen Probleme von Entwicklungsprojekten genauer zu berücksichtigen und auch mit NGOs zu kooperieren. Für die Arbeit der KAS machte sich das in den nächsten Jahren positiv bemerkbar: hierauf beruht die bis heute anhaltende, fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der KAS und CELAM in Lateinamerika.

Dr. h.c. Josef Thesing war von 1985 bis 2000 Leiter des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung; von 2000 bis 2002 zudem Stellv. Generalsekretär.

KAS UND CARITAS

FÜR EIN MENSCHENWÜRDIGES LEBEN IM SEMI-ÁRIDO



Im Norden und Nordosten von Brasilien, wo die KAS ein Büro in Fortaleza unterhält, findet eine enge Zusammenarbeit mit katholischen Hilfswerken statt. So etwa mit der Caritas, die vom christlichen Menschenbild und der katholische Soziallehre geleitet, für arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen aktiv ist.

Der Nordosten Brasiliens ist geprägt von einer semi-ariden (halbtrockenen) Klimazone und ist mit mehr als 18 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Trockengebiet der Erde. Dürrekatastrophen sind häufig, mit meist verheerenden Folgen für Viehzucht und Landwirtschaft. Migrationsbewegungen sind die Folge, viele Menschen wandern in die Metropolen ab. Wo nicht, transportieren Frauen und Kinder in kilometerlangen Fußmärschen das benötigte Wasser von abgelegenen Brunnen nach Hause. Zudem wird der Wassermangel von örtlichen

Politikern nicht selten instrumentalisiert und gezielt zur politischen Einflussnahme genutzt. Es gilt, den Teufelskreis von Dürren, Abwanderung der Landbevölkerung und Klientelwirtschaft zu durchbrechen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern, um ihnen langfristige Perspektiven im Semi-Árido zu eröffnen.

Dazu führt die Caritas ein Programm durch, das bedürftige Familien mit Zisternen für den Trinkwasserbedarf versorgt. Das Programm ist einerseits eine Rehabilitationsmaßnahme der Arbeitsbeschaffung und des Wiederaufbaus nach der bis heute folgenreichen Dürre 1998 und dient gleichzeitig der Vorsorge für neue Katastrophen. So schult die Caritas flächendeckend Multiplikatoren in mehrtägigen Maßnahmen, die sowohl Kenntnisse zu Standort und Wartung als auch zum Bau einer Zisterne umfassen. Sie ist federführend im Netzwerk ASA, dem Forum für das Leben in der halbtrockenen Klimazone (Articulação no Semi-Árido). Das Projekt zeigt Wirkung. Nachhaltige Nebeneffekte der besseren Trinkwasserversorgung sind etwa ein verstärkter Schulbesuch der Kinder, die nicht mehr zum Trinkwassertransport herangezogen werden müssen. Auch Krankheiten, die durch schlechte Wasserqualität hervorgerufen werden, gehen zurück.

Die KAS hat dieses Projekt unterstützt und mit der Caritas dazu Veranstaltungen organisiert. Heute werden gemeinsame Seminare zum umfassenden thematischen Kontext „Wasser“ durchgeführt, bei denen es um gerechte Wasserverteilung und -management geht.

Darüber hinaus besteht von Fortaleza aus ein enger Kontakt zum brasilianischen Kolpingwerk. Der katholische Sozialverband fördert durch Bildungsmaßnahmen und Aktionen die Entwicklung seiner Mitglieder in vielen Bereichen des täglichen Lebens. Mit dem Kolpingwerk Brasilien bietet die KAS politische Bildungsangebote im Nordosten des Landes an und pflegt damit einen engen Kontakt zu den Kirchengemeinden, zu denen die jeweiligen Kolpingfamilien gehören. 2009 etwa wurden Jugendliche auf die Kommunalwahlen vorbereitet. Für das Jahr 2010 ist ein Kurs zur politischen Bildung mit Multiplikatoren des Nordostens geplant, bei dem eine gute Regierungsführung in den Kommunen im Vordergrund steht.

Diakonie und Caritas ist christliche Religionsausübung als konkrete Sozialarbeit. Sie bemüht sich um menschengerechte und menschenwürdige Bedingungen der Lebensgestaltung. Durch die Kontakte zu beiden kirchlichen Hilfswerken fördert die KAS im Sinne des christlichen Menschenbildes die Teilnahme benachteiligter Bevölkerungsgruppen an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen und den Dialog mit ihnen.

KOOPERATION MIT DEM ORDEN SALESIANER DON BOSCOS

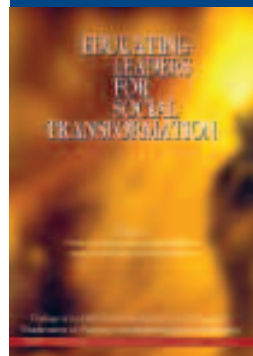
ERZIEHUNG ZU ETHISCHER VERANTWORTUNG

Nach den Jesuiten sind die Salesianer Don Boscos der zweitgrößte katholische Orden und mit Einrichtungen in 132 Ländern weltweit vertreten. Die Salesianer sind besonders für ihre Arbeit im Erziehungsbereich hoch geschätzt. In Indien etwa sind sie mit ihrem Netzwerk „DB-Tech“ der zweitgrößte Anbieter beruflicher Bildung nach dem indischen Staat. Obwohl Christen in Indien nur 2,4 Prozent der Bevölkerung ausmachen, beraten Salesianer immer wieder auch Regierungsinstitutionen besonders in Bildungs- und Erziehungsfragen, der Arbeit mit sozialen Randgruppen und zu Fragen der Kinder- und Jugendrechte.



Seit 2006 veranstaltet die KAS im Rahmen des Projekts „Globale Ordnung“ einmal im Jahr eine internationale Tagung gemeinsam mit der Nichtregierungsorganisation „Don Bosco Jugend Dritte Welt“, die eng mit den Salesianern verbunden ist. In den ersten drei Jahren lautete das Thema: „Eradication of Poverty – the Responsibility of the Elites“. Die Regionalkonferenzen fanden in Bangalore/Indien, San Salvador/El Salvador und in Nairobi/Kenia statt.

Vor jeder Konferenz wurden in der jeweiligen Region Erhebungen durch das „Istituto Salesiano di Ricerca Educativa“ aus Venedig vorgenommen und auf dieser Grundlage Handlungsempfehlungen erarbeitet. Diese flossen in die Publikation „Educating Leaders for Social Transformation“ (Bild rechts) ein, welche die Ergebnisse aller drei Regionalkonferenzen präsentiert.



Die Veröffentlichung zur Verantwortung von Entscheidungsträgern für sozialen Wandel diente weltweit in über 87 Hoch- und Fachhochschulen, 413 Berufsbildungszentren und mehr als 1.200 höheren Schulen der Salesianer als Impuls für die weitere soziale und politische Bildungsarbeit.



Was ist Menschenwürde? Wie können Menschenrechte vermittelt werden? Wie ist es möglich, insbesondere Kinder und Jugendliche davor zu schützen, ein Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden? Wie lassen sich Kinder und Jugendliche aktiv in die pädagogische Arbeit zu Kinderrechten mit einbeziehen? Mit diesen Fragestellungen beschäftigten sich außerdem zwei regionale Seminare in Johannesburg/Südafrika (Ende 2008) und New Delhi/Indien (Ende 2009).

Die Ergebnisse zeigen, dass die Erziehungs- und Bildungsziele der Salesianer sich bisher vor allem auf die Persönlichkeitsbildung des einzelnen Menschen richteten. Zwar ging dies stets mit einem beachtlichen sozialen Engagement Hand in Hand, jedoch

nicht immer mit der Förderung eines umfassenden politischen Bewusstseins. Zudem wurde deutlich, dass es vielerorts nach wie vor an ausreichender interreligiöser und interkultureller Kompetenz fehlt. Deshalb sollen in das Konzept der ganzheitlichen Ausbildung ebenso wie in die weltweit organisierte Jugendhilfe noch mehr gesellschaftspolitische Komponenten einbezogen werden. Der Menschenrechtsansatz ist ein Versuch, Kinder und Jugendliche zu Protagonisten ihrer eigenen Entwicklung zu machen. Das allgemeine Ziel salesianischer Bildungsarbeit ist es, junge Menschen zu motivieren, einen aktiven Beitrag zum Aufbau der Zivilgesellschaft zu leisten, politische Verantwortung zu übernehmen und sie zu befähigen, dies auch ethisch fundiert zu tun.

JUGEND, DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG:

ANFÄNGE EINER LANGJÄHRIGEN ZUSAMMENARBEIT

Giovanni Bosco, der Ordensgründer der Salesianer Don Boscos, hat von Anfang an Wert darauf gelegt, Menschen in seiner Umgebung – Priester, Freunde und weltliche Mitarbeiter – in sein Wirken aktiv und verantwortlich mit einzubeziehen. Die Tätigkeit der Salesianer sollte sich nicht auf die Verkündigung der frohen Botschaft beschränken, sondern mit der Erziehung mündiger Staatsbürger auch einen konkreten Beitrag für die Entwicklung und den Frieden leisten. Don Bosco widmete sich vor allem jungen Menschen, um ihnen Perspektiven zu sozialer und politischer Verantwortung zu vermitteln und einen Ort der Mitwirkung zu geben.

Jugend und Demokratie – das war für die KAS das Stichwort, um 1982 eine intensive Zusammenarbeit mit den Salesianern Don Boscos zu beginnen. Mit der Missionsprokur der Salesianer in Bonn führte die KAS ein erstes internationales Seminar in Sankt Augustin durch. Wie kann man heute wirksam Jugendarbeit in Entwicklungsländern leisten? – dieser Frage gingen Priester und Fachleute aus Lateinamerika und Deutschland sowie von der Universität der Salesianer in Rom nach. Ein Jahr später wurde ein regionales Seminar mit Vertretern des Ordens aus Afrika durchgeführt. Die Teilnehmer aus zahlreichen afrikanischen Ländern hielten sich drei Wochen in Bonn und Berlin auf, um mit deutschen Experten Fragen der Bildungsarbeit mit jungen Menschen zu diskutieren. Diese beiden ersten Seminare schufen ein beachtliches Netzwerk und bestärkten die Stiftung in ihrer Absicht, das Thema der politischen Bildung von Jugendlichen künftig in Zusammenarbeit mit den Salesianern Don Boscos in einzelnen Ländern aufzunehmen, in denen KAS und Salesianer gemeinsam tätig sind.

Weitere konkrete Projekte waren die Folge. 1984 fand in Guatemala ein Seminar zu entwicklungspolitischen Themen statt, im selben Jahr in El Salvador zum Beitrag der Kirche zur Demokratieentwicklung in Zentralamerika. Dieser Aspekt war wegen der auch gewaltsamen Auseinandersetzungen in Guatemala, El Salvador und Nicaragua besonders brisant. Die Salesianer wollten sich der Herausforderung nicht entziehen, denn führende Bischöfe gehörten dem Orden an: in Nicaragua war Kardinal Miguel Obando Bravo einer der starken Opponenten der Sandinisten, in El Salvador kämpfte Erzbischof Arturo Rivera Damas, der Nachfolger des am 24. März 1980 ermordeten Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero, für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie. Für die Menschen beider Länder verkörperten sie Hoffnung und Glaubwürdigkeit zugleich.

In den darauffolgenden Jahren wurden Länderseminare in Bolivien und Kolumbien durchgeführt. In dieser ersten Phase der Kooperation mit der Missionsprokur der Salesianer in Bonn konnte die KAS die Einführung und Ausgestaltung der politischen Bildungsarbeit in den Programmen der Salesianer vor allem in Afrika und Lateinamerika unterstützen. Sie bildeten eine maßgebliche Grundlage für die weitere Entwicklung der ganzheitlichen Bildungsarbeit des Ordens.

INLANDSPROGRAMME

Christliche Werte weltweit fördern – dies ist eine Kernaufgabe der KAS nicht nur in ihren Auslandsbüros vor Ort. Sondern auch im Inland – für das Ausland. Immer wieder reisen Besuchergruppen aus Ländern, in denen die Stiftung aktiv ist, nach Deutschland. Dort erfahren sie mehr über die Stellung und Arbeit der Kirchen, ihr Verhältnis zum Staat, den Umgang mit den anderen Religionen des Landes und den Einfluss von christlichen Werten auf die Politik.

SOMMERAKADEMIE

FÜR KATHOLISCHE THEOLOGEN AUS LATEINAMERIKA

Seit 2003 kommen jährlich katholische Theologen aus Lateinamerika zu einer Sommerakademie ins deutsche Bad Honnef. Die Geistlichen sind Priester, die von Bischöfen ihres Landes nach Rom entsandt wurden, um dort ein Zusatzstudium zu absolvieren. Im Rahmen ihrer Reise nach Europa bietet ihnen die KAS in Zusammenarbeit mit dem bischöflichen Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat und dem Katholisch-Sozialen Institut der Erzdiözese Köln den Besuch der Sommerakademie an, deren Schwerpunktthema die christliche Soziallehre und deren Einfluss auf die Gesellschaft und Politik in Deutschland ist. Zusätzlich lernen sie das politische System Deutschlands und die Struktur der Katholischen Kirche mit ihren verschiedenen organisatorischen Ebenen kennen, wie zum Beispiel der Bischofskonferenz und dem Erzbistum Köln. Auch werden die Unterschiede zwischen Katholizismus und Protestantismus diskutiert.



Die Teilnehmer der Sommerakademie 2006 bei der Messe im Kölner Dom

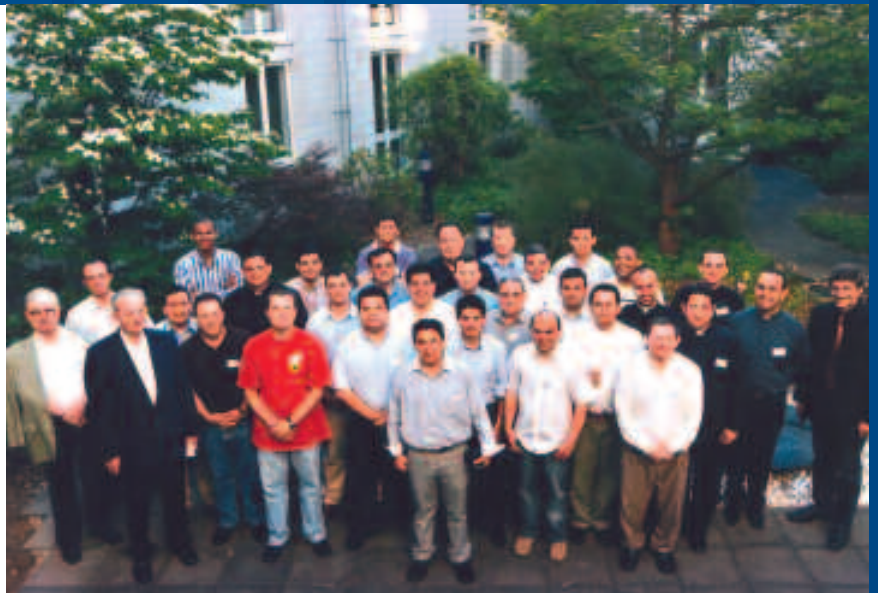
Die Sommerakademie ist nachgefragt, das belegen die steigenden Bewerberzahlen. Den Teilnehmern, die in ihrem Heimatland bereits als Priester gearbeitet haben, konnten vor allem die Kenntnisse in der christlichen Soziallehre in ihrer täglichen Arbeit in Lateinamerika sehr weiterhelfen.

STUDIENPROGRAMME

FÜR CHRISTLICHE THEOLOGEN AUS OST- UND SÜDOSTEUROPA

Auch bei den Religionsvertretern Ost- und Südosteuropas finden die Inlandsprogramme der KAS großen Anklang. Im November 2009 etwa fand für Repräsentanten der katholischen und orthodoxen Kirche Bulgariens sowie für Bildungspolitiker des Landes ein Programm zum Thema religiöse Werteverziehung statt. Seit dem politischen Umbruch in Bulgarien mangelt es an einer Wertebasis, an der sich Politik und Gesell-

*Die Teilnehmer
des Jahrgangs 2008
in Bad Honnef.
1. Reihe, 2.v.l.:
Dr. h.c. Josef The-
sing, ehem. Leiter
des Internationalen
Instituts der KAS
und Initiator sowie
langjähriger Leiter
des Programms*



schaft orientieren können. Daher wurde den bulgarischen Vertretern aus Kirche und Politik aufgezeigt, wie die Kirche – zum Beispiel durch Lobbyarbeit – politische Entwicklungen beeinflussen und eine wichtige Stimme in der Gesellschaft erhalten kann. Außerdem informierte der Arbeitskreis christlicher Kirchen in Lübeck über Möglichkeiten und Beispiele praktischer Ökumene. Der Besuch des Religionsunterrichts in einer deutschen Schule rundete das Programm ab.

DIALOGPROGRAMME

INTERRELIGIÖS ORIENTIERT

Die Programme der KAS im Inland sind auch interreligiös ausgerichtet. So fand im November 2008 ein Studien- und Dialogprogramm für Mitglieder des Interreligiösen Rates aus Mazedonien statt. Die mazedonische Verfassung erkennt fünf Religionsgemeinschaften an – die Orthodoxe Kirche, Katholizismus und Methodistenkirche, Judentum und Islam. Mit dem Interreligiösen Rat wurde ein langerwartetes Instrument zur Koordination geschaffen. Daher waren die Teilnehmer auch besonders an der Zusammenarbeit der verschiedenen Glaubensrichtungen in Deutschland interessiert. Sie trafen sich mit jüdischen und muslimischen Vertretern sowie mit Vertretern der beiden großen christlichen Kirchen zu Informationsgesprächen.

STIPENDIENPROGRAMME

FÜR STUDENTEN DER THEOLOGIE

Das Stipendienprogramm der Internationalen Zusammenarbeit der KAS ist ein weiteres ihrer Instrumente und eine der tragenden Säulen des KAS-Engagements in vielen Regionen. Es verfolgt den Ansatz, qualifizierte und politisch interessierte junge Leute und künftige Entscheidungsträger und Multiplikatoren auf ihrem Weg in gesellschaftliche und politische Schlüsselpositionen zu unterstützen. Studenten der Theologie gehören maßgeblich dazu. Durch die Stipendien ist auch in den Kirchen ein Netzwerk entstanden, das die gemeinsamen Ziele verbreitet und weiterträgt.



AUSGEWÄHLTE VERÖFFENTLICHUNGEN

- *Abmeier, Karlies / Siebert, Anja: Moralische Wegmarke: Die Enzyklika „Caritas in Veritate“ und ihr Echo (Analysen und Argumente), Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2009*
- *Arnold, Norbert et al. (Hrsg.): Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie (Zukunftsforum Politik Nr. 91), Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2008*
- *Barrientos, Manuel Espino: Renovación del humanismo cristiano en América Latina Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA), Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Mexico-City 2008*
- *Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft, Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck, Robert Bosch Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): Religion und Glauben im 21. Jahrhundert (Veranstaltungsreihe Oktober 2005 bis Dezember 2006), Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin 2006*
- *Bernstorff, Dagmar et al. (Hrsg.): Togetherness in Diversity: a Hindu-Christian Dialogue in India (KAS Publication Series 18), Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., New Delhi 2008*
- *Borchard, Michael (Hrsg.): Im Zentrum: Der Mensch, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2006*
- *Böhr, Christoph/Raabe, Stephan (Hrsg.): Eine neue Ordnung der Freiheit: die Sozialethik Johannes Pauls II. – eine Vision für das vereinte Europa, fibre Vlg., Osnabrück 2007*
- *Bosca, Roberto/Floria, Juan Navarro (Hrsg.): La libertad religiosa en el derecho Argentino, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Buenos Aires 2007*
- *Buchstab, Günter/Uertz, Rudolf (Hrsg.): Was eint Europa? Christentum und kulturelle Identität, Herder-Vlg. (hrsg. i.A. der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.), Freiburg 2008*
- *Cvitkovic, Ivan/Abazovic, Dino (Hrsg.): Religion und europäische Integration, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sarajevo 2006*
- *Dabrowski, Martin/Wolf, Judith/Abmeier, Karlies (Hrsg.) Globalisierung und globale Gerechtigkeit (Sozialethik konkret), Schöningh-Vlg., Paderborn 2009*
- *Dörrich, Hans-Jürgen et al.: Educating Leaders for Social Transformation, Don-Bosco-Vlg., München 2008*
- *Fischer, Cathleen: Werte und Politik im amerikanischen Kontext: Lehren für Deutschland? (Arbeitspapier 168/Januar 2007), Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin 2007*
- *Haddad, Mohamed: Religions et réformes religieuses: la réforme religieuse comme paradigme universel (Forum des Opinions III), Simfact Vlg., Tunis 2008*
- *Härle, Wilfried/Vogel, Bernhard: Begründung von Menschenwürde und Menschenrechten, Herder-Vlg. (hrsg. i.A. der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.), Freiburg 2008*
- *Hill, Clauspeter (Hrsg.): Constitutional Jurisdiction between State, Culture and Religion – Striking the Right Balance (Fourth Regional Seminary of Asian Constitutional Court Judges 2006 in Manila, Philippines), Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Singapur 2007*
- *Hornstein-Tomic, Caroline/Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): Interethnische Beziehungen in Südosteuropa: Ein Bericht zur Lage in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bremen 2009*
- *Jelenic, Josip/Vogel, Bernhard (Hrsg.): Werte schaffen. Vom Zweck der Politik in Zeiten der Globalisierung, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2007 (engl. Ausgabe: Building Values. The Purpose of Politics in the Age of Globalization, Rio de Janeiro 2007)*
- *Juárez, José Francisco (Hrsg.): Terceras jornadas de educación en valores: propuestas para el cambio educativo: democracia, tecnología, religión y ecología, Universidad Católica Andrés Bello, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Caracas 2004*

- Koecke, Johannes Christian / Schäfer, Matthias: *Das Soziale neu denken (Analysen und Argumente)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2003
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): *Das christliche Menschenbild in Gesellschaft und Politik (Veranstaltungsreihe des Berliner Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung und des Bildungswerks Berlin der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.)*, Gesellschaft zur Förderung für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Berlin 2008
- *Der Islam und das Christentum – ein Vergleich der Grundwerte als Basis für einen interreligiösen Dialog*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Ankara 2007
- „Du bist die Hoffnung der Kirche“ („Jste Naději církve“), *Budoucnost církve* / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Prag 2010
- *Europa christlich gestalten. Hoffnung und Angst der Menschen in Europa als Herausforderung für die Soziallehre der Kirche*, Drukaria Archidiecezjalna, Katowice 2006
- *Humanismo integral y solidario para un mundo globalizado*, Instituto de Estudios Social Cristianos / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Lima 2009
- *Les religions au Sénégal (Les cahiers de l'alternance 9/2006)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Dakar 2006
- *Ley de cultos, y documentos*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / Instituto Chileno de Estudios Humanísticos 2000
- *Medien und Religion (mediji i religija)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sarajevo 2007
- *Religion and Secular State. Role and Meaning of Religion in a Secular Society from Muslim, Christian, and Jewish Perspectives*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / European Abrahamic Forum / Interreligious Institute in Bosnia-Herzegovina 2008
- *The Role of Faith Based Organizations in Good Governance*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Dar es salaam 2010
- *Visions of a Just Society. Fears, Hopes, and Chances for Living together in a Globalized World from Jewish, Christian, and Muslim Perspectives*, Abrahamic Forum / International Council of Christians and Jews / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sarajevo 2006
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / Institut Supérieur de Théologie de Tunis (Hrsg.): *Religion et culture du comportement civilisationnel dans la Société humaine*, Institut Supérieur de Théologie Université de la Zitouna / Konrad-Adenauer-Stiftung, Tunis 2007
- Krupp, Gerhard / Reifeld, Helmut (Hrsg.): *Church and Civil Society: the Role of Christian Churches in the Emerging Countries of Argentina, Mexico, Nigeria and South Africa*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2007
- Krupp, Michael (Hrsg.): *Religion and Violence: an Interreligious Symposium*, The Israel Interfaith Association / Konrad Adenauer Stiftung e.V. / Graphos Print, Jerusalem 2006
- Lammert, Norbert: *Christ und Politik (Positionen Nr. 12)* Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2009
- Lanzenrath, Dirk: *Herausforderungen der Bioethik (Zukunftsforum Politik Nr. 103)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2010
- Lermen, Birgit / Rüter, Günther (Hrsg.): *In Gottes Namen? Zur kulturellen und politischen Debatte um Religion und Gewalt*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2004
- Maier, Hans: *Demokratischer Verfassungsstaat ohne Christentum – was wäre anders? (Grundfragen der Christlichen Demokratie 2/2006)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2006
- Marshall, Paul: *Liberdade religiosa em questão, (Cadernos Adenauer V. 2004,4)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., São Paulo 2005
- Mazurkiewicz, Piotr: *Vergebung und Gerechtigkeit als Stützpfeiler des Friedens (Christentum – Welt – Politik. Hefte zum gesellschaftlichen Nachdenken aus christlicher Verantwortung 1/2007)*, Media concept, Warschau 2007
- Monychenda, Heng (Hrsg.): *Social Justice in Interreligious Perspective (Occasional Papers on Democratic Development 3/2008)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Phnom Penh 2008

- Nooke, Günter / Lohmann, Georg / Wahlers, Gerhard: *Gelten Menschenrechte universal? Begründungen und Infragestellungen*, Herder-Vlg. (i. A. der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.), Freiburg 2008
- Pöttering, Hans-Gert: *Das europäische Jahr des interkulturellen Dialogs – die Chance richtig nutzen (Positionen 8/2008)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2008
- Pöttering, Hans-Gert (Hrsg.): *Damit ihr Hoffnung habt. Politik im Zeichen des „C“*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin / Sankt Augustin 2010
- Raabe, Stephan (Hrsg.): *Von den Römischen Verträgen zum Reformvertrag. Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Warschau 2008
- Raabe, Stephan (Hrsg.): *Was für ein Christentum für Europa? Was für ein Europa für das Christentum? Die Rolle der katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Warschau 2009
- Raabe, Stephan (Hrsg.): *Wozu Christen in Europa? Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Warschau 2005
- Safjan, Marek: *Recht, Werte und Demokratie (Christentum – Welt – Politik. Hefte zum gesellschaftlichen Nachdenken aus christlicher Verantwortung 3/2009)*, Mediaconcept, Warschau 2009
- Thesing, Josef (Hrsg.): *Die Bibel: zweitausend Jahre zeitgemäß. Bibel, Christentum, Literatur und Kunst*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2003
- Thesing, Josef: *Del pensamiento Josef Thesing: ¿qué es política? – economía y ética – economía social de mercado y ética – democracia, estado y religión – valores y fuerzas de cohesión (in: Revista ASIES 3/2009)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Guatemala Stadt 2009
- Thesing, Josef / Uertz, Rudolf (Hrsg.): *Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche, (Deutsche Übersetzung mit Einführung und Kommentar)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2001
- Troll, Christian W. SJ / Reifeld, Helmut / Hewer, C.T.R. (Hrsg.): *We Have Justice in Common. Christian and Muslim Voices from Asia and Africa*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin / Sankt Augustin 2010
- Uertz, Rudolf / Schmidt, Lars Peter (Hrsg.): *Beginn einer neuen Ära? Die Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche vom August 2000 im interkulturellen Dialog*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Moskau 2004
- Uertz, Rudolf / Schmidt, Lars Peter (Hrsg.): *Die Grundlagen der Lehre der Russisch-Orthodoxen Kirche über die Würde, die Freiheit und die Menschenrechte*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Moskau 2008
- Vogel, Bernhard (Hrsg.): *Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche Ethik als Orientierungshilfe*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin 2006 (2. Aufl.)
- Vogel, Bernhard (Hrsg.): *Zukunft gemeinsam gestalten: christliche Demokraten für Europa*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2007
- Wahlers, Gerhard (Hrsg.): *Integration – Kirche – Politik (Positionen 5/2007)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin / Sankt Augustin 2007
- Weilemann, Peter R. (Hrsg.): *Integration of Adolescents with a Migration Background into European Society (Positionen 13/2009)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin / Sankt Augustin 2009
- Wulff, Christian (2007): *Das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Die Bedeutung des christlichen Glaubens für die Widerstandskämpfer (Positionen Nr. 3)*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2007
- Yusuf, Imtiyaz (Hrsg.): *The Role of Religious and Philosophical Traditions in Promoting World Peace: an Asian Perspective*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Singapur 2007
- Yusuf, Imtiyaz / Atilgan, Canan (Hrsg.): *Religion, Politics and Globalization: Implications for Thailand and Asia*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bangkok 2009



IM DIALOG
MIT MUSLIMEN

Konrad
Adenauer
Stiftung

Analog zu der hiermit vorliegenden Publikation „Im Dialog mit Christen weltweit“ (2010) erörtern die Broschüren „Im Dialog mit Muslimen (2008) und „Im Dialog mit Juden weltweit“ (2009) die Bedeutung und die strukturellen Schwerpunkte des Dialogs der KAS mit Muslimen bzw. mit Juden.

Zudem werden konkrete Projekte und Initiativen vorgestellt, die in beiden Themenbereichen seitens der KAS in den vergangenen Jahren realisiert worden sind.

Sämtliche im Haupttext sowie im Anhang aufgeführten Publikationen sind über die KAS zu beziehen. Für Publikationen der Länderbüros in der jeweiligen Landessprache sowie weitere KAS-Publikationen vgl.: <http://www.kas.de/publikationen>



IM DIALOG MIT JUDEN
WELTWEIT

Konrad
Adenauer
Stiftung

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 02241/246-0
Telefax: 02241/246-2591

Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Telefon: 030/26996-0
Telefax: 030/26996-3261
E-Mail: redaktion@kas.de

Redaktion und Text

Dr. Angelika Klein
Werte und Religion
Internationale Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung

Mit Textbeiträgen von
Dr. Karlies Abmeier, Gabriele Baumann, Hans H. Blomeier, Dr. Andreas Jacobs, Dr. J. Christian Koecke, Nico Lange, Stephan Raabe, Dr. Helmut Reifeld, Dr. Lars Peter Schmidt/Johan Bölts, Wilhelm Staudacher/Silke Schmitt, Dr. h. c. Josef Thesing

Redaktionsassistentz

Laura Bierling

Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Druck

Druckerei Paffenholz, Bornheim

Bildnachweis

Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans H. Blomeier, Dr. Andreas Jacobs, Dr. Angelika Klein, Andrea Kolb, Nico Lange, Stephan Malerius, Kolja Micu, European Union 2010 (S. 33 re. oben, S. 38 re. oben) fotolia (Titelseite, S. 13, 41, 54, 55, 58, 59 re. oben)

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin

www.kas.de

www.kas.de